

DDR

**WERDEN UND WACHSEN
DES SOZIALISTISCHEN
DEUTSCHEN FRIEDENSSTAATES**

TAFELWERK



PARTEIHOCHSCHULE „KARL MARX“
BEIM ZENTRALKOMITEE DER SED

DDR

**WERDEN UND WACHSEN
DES SOZIALISTISCHEN
DEUTSCHEN FRIEDENSSTAATES**

TAFELWERK



PARTEIHOCHSCHULE „KARL MARX“
BEIM ZENTRALKOMITEE DER SED

INHALTSVERZEICHNIS

	Tafel
Begleittext	1
Walter Ulbricht: Wir stehen auf der Seite der Sieger der Geschichte	2
Die Befreiung des deutschen Volkes vom Hitlerfaschismus durch die Sowjetunion	3
Der Grad der Kriegszerstörungen 1945 auf dem Gebiet der DDR	4
Der Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945	5
Das Potsdamer Abkommen (2. August 1945)	6
Die Gründung der SED (21./22. April 1946)	7
Das Studium des Marxismus-Leninismus – Voraussetzung für die Entwicklung der SED zur Partei neuen Typus	8
Die Gründung einheitlicher Gewerkschaften – FDGB (15. Juni 1945) und der einheitlichen Jugendorganisation – FDJ (7. März 1946)	9
Die politische Zusammensetzung der antifaschistisch-demokratischen Machtorgane	10
Die ersten demokratischen Wahlen (September/Oktober 1946)	11
Die Deutsche Wirtschaftskommission	12
Die demokratische Bodenreform	13
Die Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft	14
Die Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher	15
„Was des Volkes Hände schaffen, soll des Volkes eigen sein“	16
Die demokratische Schulreform	17
Die erste Hochschulreform	18
Die demokratische Erneuerung der Kultur	19
„Mehr produzieren, gerecht verteilen, besser leben!“	20
Aktivisten steigern die Arbeitsproduktivität	21
Berufstätige in der Volkswirtschaft (1945–1949)	22
Der Aufbau der Friedensindustrie (I)	23
Der Aufbau der Friedensindustrie (II)	24
Die landwirtschaftliche Produktion (1946–1949)	25
Die Versorgung der Bevölkerung (1945–1949)	26
Die Hilfe der Sowjetunion bei der Errichtung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung	27
Der Demokratische Block und die demokratischen Massenorganisationen (1945–1949)	28
Der Kampf der SED gegen die Zerreißung Deutschlands durch die imperialistischen Kräfte	29
Die Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden (1947–1949)	30
Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (7. Oktober 1949)	31
Das Gesetzeswerk der Volkskammer der DDR (1949/1950)	32
Der III. Parteitag der SED (20. bis 24. Juli 1950)	33
Die Volkswahlen 1950	34
Die 2. Parteikonferenz der SED (9. bis 12. Juli 1952)	35
Der Charakter und die Struktur der Staatsmacht der DDR	36
Die ungünstigen Startbedingungen für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR	37

Der erste Fünfjahrplan (1951–1955)	38
Gesellschaftliches Gesamtprodukt und Nationaleinkommen (1950–1962)	39
Die sozialistische Wettbewerbsbewegung (1953–1961)	40
Die Steigerung der Arbeitsproduktivität (1950–1955)	41
Die Steigerung der Arbeitsproduktivität (1956–1961)	42
Berufstätige in der Volkswirtschaft (1950–1960)	43
Die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft (1952–1960)	44
Die Maschinen-Traktoren-Stationen (1950–1960)	45
Die landwirtschaftliche Produktion (1950–1960)	46
Die Einbeziehung privater Unternehmer, Handwerker und Einzelhändler in den sozialistischen Aufbau (1956–1962)	47
Leistungen des Handwerks (1950–1960)	48
Der Einzelhandel (1950–1960)	49
Allgemeinbildende Schulen, Fach- und Hochschulen (1951–1955)	50
Allgemeinbildende Schulen, Fach- und Hochschulen (1956–1961)	51
Kultur und Sport (1951–1961)	52
Gesundheits- und Sozialwesen (1950–1961)	53
Die Festigung der Freundschaft zwischen der DDR und der UdSSR (1949–1960)	54
Der Warschauer Vertrag	55
Die Bildung des Staatsrates der DDR (September 1960)	56
Die Festigung der sozialistischen Staatsmacht bei der Schaffung der Grund- lagen des Sozialismus	57
Die Nationale Front in der DDR (1949–1961)	58
Der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse	59
Die Maßnahmen vom 13. August 1961 zum Schutz des Friedens und des Sozialismus	60
Der VI. Parteitag der SED (15. bis 21. Januar 1963)	61
Die Volksvertretungen – Grundlage des Systems der Staatsorgane	62
„Arbeite mit, plane mit, regiere mit!“	63
Der VII. Parteitag der SED (17. bis 22. April 1967)	64
Die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros und Sekretäre des Zentral- komitees der SED	65
Der Volksentscheid zur Annahme der sozialistischen Verfassung der DDR (6. April 1968)	66
Gesellschaftliches Gesamtprodukt und Nationaleinkommen (1963–1968)	67
Die Verwendung des Nationaleinkommens (1963–1968)	68
Der Anteil der Eigentumsformen an der Bruttoproduktion der Industrie und des Bauwesens (1963–1968)	69
Arbeiter und Angestellte in der Volkswirtschaft (1963–1968)	70
Die sozialistische Wettbewerbsbewegung (1963–1968)	71
Die Industrieproduktion (1963–1968)	72
Die Entwicklung der modernen sozialistischen Landwirtschaft	73
Die Produktion der sozialistischen Landwirtschaft (1963–1968)	74
Die Produktionsgenossenschaften des Handwerks (1963–1968)	75
Der Einzelhandelsumsatz (1963–1968)	76
Der Freundschaftsvertrag zwischen der DDR und der UdSSR (12. Juni 1964)	77
Die Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR	78

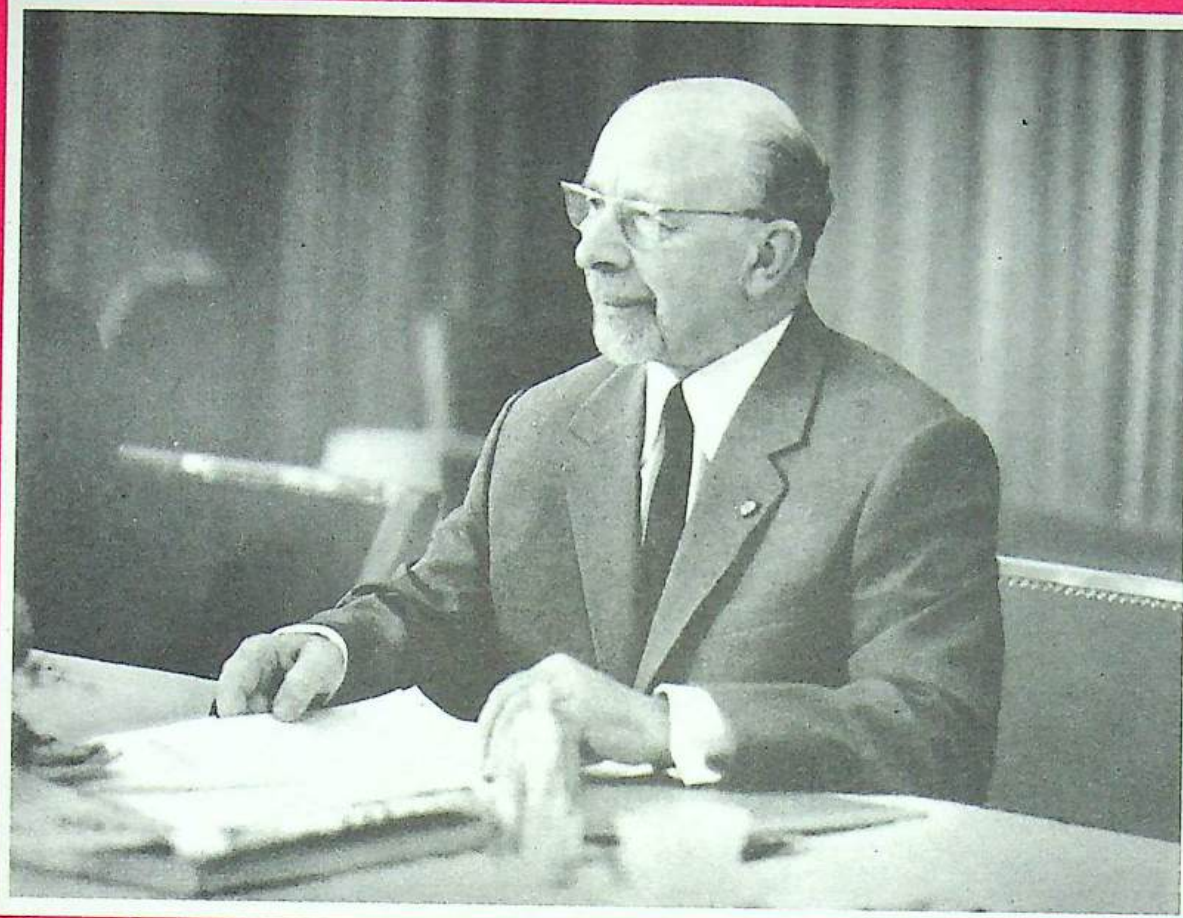
Die DDR im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe	79
Die Außenwirtschaft der DDR (1950–1968)	80
Das einheitliche sozialistische Bildungssystem der DDR	81
Die Entwicklung der sozialistischen Kultur in der DDR	82
Körperkultur und Sport in der DDR	83
Die Hebung des Wohlstandes der Bevölkerung	84
Die Klassenstruktur in der DDR (1968)	85
Die Nationale Front in der DDR – die große sozialistische Volksbewegung	86
Die sozialistische Landesverteidigung der DDR	87
Die internationalen Beziehungen der DDR (I)	88
Die internationalen Beziehungen der DDR (II)	89
Der 20. Jahrestag der Gründung der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik	90
Register	91

Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik war ein Wendepunkt in der deutschen Geschichte. Damit entstand der demokratisch legitimierte rechtmäßige deutsche Staat der Arbeiter und Bauern. In Auseinandersetzung mit den monopolkapitalistischen Kräften sowie den rechten Führern der Sozialdemokratie bewies die DDR bis zum heutigen Tag, daß sie die unumgängliche historische Alternative zum westdeutschen Imperialismus und Militarismus war und ist.

Erfolgreich ist die Bilanz der DDR, des sozialistischen deutschen Friedensstaates, auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens, sicher und stabil das Fundament für den weiteren Weg zur entwickelten sozialistischen Gesellschaft. Wie wohl selten in unserer jüngeren Vergangenheit sind zum 20. Jahrestag der Gründung der DDR Größe und Bedeutung jener geschichtlichen Leistungen der Arbeiterklasse und aller anderen Werktätigen deutlich geworden, die sie unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und unter aktiver Teilnahme aller in der Nationalen Front vereinten Kräfte in den zwei Revolutionen seit der Befreiung Deutschlands vom Joch des Hitlerfaschismus durch die Sowjetunion und die in der Antihitlerkoalition zusammengeschlossenen Völker errungen haben.

Das Wissen um den schweren, aber erfolgreichen Weg der Verwirklichung der Lehren von Karl Marx, Friedrich Engels und W. I. Lenin beflügelt die Arbeiterklasse und alle anderen Werktätigen der DDR zu neuen Leistungen und läßt sie höhere Ziele stecken. Stets schenkte deshalb die SED in ihrer ideologischen Arbeit der Entwicklung eines sozialistischen Geschichtsbewußtseins größte Aufmerksamkeit.

Im Jahr des 100. Geburtstages W. I. Lenins und des 25. Jahrestages der Befreiung des deutschen Volkes vom Hitlerfaschismus durch die Sowjetunion gibt der Lehrstuhl Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung an der Parteihochschule „Karl Marx“ beim Zentralkomitee der SED mit dem vorliegenden Tafelwerk über das Werden und Wachsen des sozialistischen deutschen Friedensstaates den Propagandisten der SED und der anderen gesellschaftlichen Organisationen, den Bildungsstätten, Schulen, Kabinetten und allen interessierten Werktätigen ein Arbeitsmaterial in die Hand. Es soll die Schulungs- und Bildungsarbeit auf dem Gebiet der Geschichte der DDR unterstützen helfen. Das Tafelwerk kann und will nicht das Studium der „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ ersetzen, sondern zu den dort erläuterten historischen Prozessen und getroffenen Verallgemeinerungen Informationen geben und sie veranschaulichen. Bei der Bearbeitung wurde deshalb die historisch-problematische Form der Darstellung gewählt. Die Loseblattform gestattet ein Zusammenstellen sowohl nach einzelnen Entwicklungsperioden als auch nach Fachgebieten über mehrere Perioden hinweg. Anregungen dazu werden in der der Inhaltsangabe folgenden Zusammenstellung gegeben.

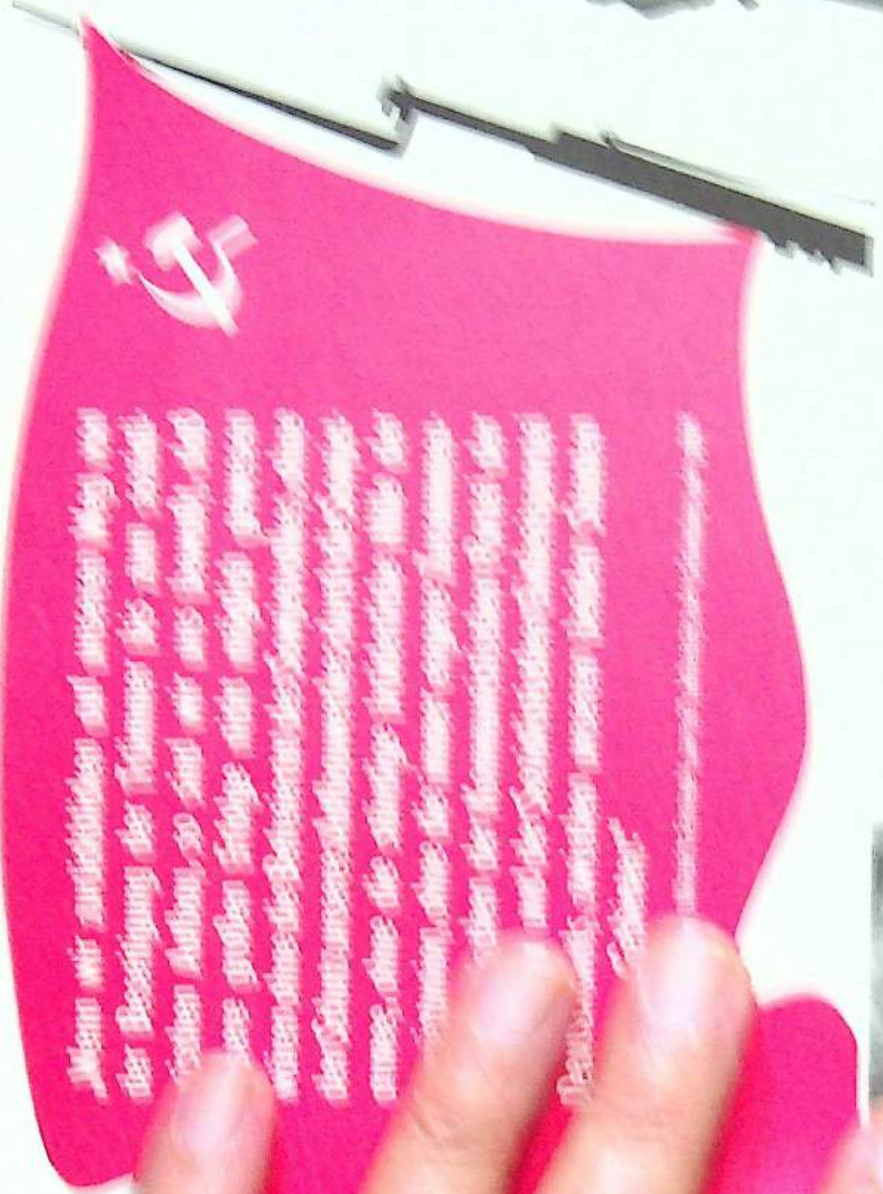


„Der Vorhut der Arbeiterklasse und des ganzen werktätigen Volkes, unserer Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, unserem ganzen Volk werden in den siebziger Jahren neue begeisternde Aufgaben erwachsen. Unsere Partei hat ständig und unermüdlich gearbeitet, gekämpft und gelernt. Sie hat es verstanden, Vertrauen zu schaffen und Vertrauen zu geben. Sie hat alle Werktätigen, alle demokratischen und patriotischen Kräfte unseres Volkes um sich geschart, sie für den gemeinsamen Weg des Friedens und des Sozialismus gewonnen und begeistert.“

Walter Ulbricht, Festrede zum 20. Jahrestag der Gründung der DDR



„Wenn wir zurückblicken auf unseren Weg von der Befreiung der Trümmer bis zum sozialen Aufbau, so sind wir uns bewußt, daß diese großen Erfolge nicht möglich gewesen wären ohne die Beistand des Sowjetvolkes, ohne den Schutz unseres allbewährten „älteren“ Kameraden, ohne die ständige Unterstützung aller Völker, ohne die immer engeren Zusammenhänge der kommunistischen Partei der Sowjetunion und des Sozialistischen Vaterlandes und des Sozialistischen Zusammenbaus der Welt.“



1928-1929. Die ersten Jahre der Sowjetmacht.

„Wenn wir zurückblicken auf unseren Weg von der Beseitigung der Trümmer bis zum sozialistischen Aufbau, so sind wir uns bewußt, daß unsere großen Erfolge nicht möglich gewesen wären ohne die Befreierrat des Sowjetvolkes, ohne den Schutz unseres Aufbauwerkes durch die Sowjetarmee, ohne die ständige brüderliche Hilfe der Sowjetunion, ohne die immer engere Zusammenarbeit zwischen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, zwischen unseren beiden Staaten auf allen Gebieten.“

Walter Ulbricht, Festrede zum 20. Jahrestag der Gründung der DDR



63

Herausgegeben von der Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED

„Unter Führung der Arbeiterklasse, in konsequenter Verwirklichung des Auftrags des ZK der KPD vom 11. Juni 1945 und der Gründungserklärung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien vom 14. Juli 1945 nahmen die werktätigen Massen die antifaschistisch-demokratische Revolution in Angriff.“

Thesen „20 Jahre DDR“

Die KPD wies auf ihren Parteikonferenzen von Brüssel (1935) und Bern (1939) den Weg zur Herstellung einer breiten Einheits- und Volksfront im Kampf gegen Faschismus und Krieg, für eine friedliche und demokratische Zukunft.

Initiativgruppen des Zentralkomitees der KPD unter der Leitung der Genossen Walter Ulbricht, Gustav Sobottka und Anton Ackermann stellten unverzüglich die Verbindung zu Hitlergegnern verschiedener politischer Richtungen her und begannen im engsten Zusammenwirken mit der Sowjetarmee das demokratische Leben in Gang zu setzen.



Befehl Nr. 2

des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärischen Administration
12. Juni 1945

1. Im Bereich der sowjetischen Besetzungszone in Deutschland die Schaffung und Tätigkeit aller antifaschistischen Parteien zu erlauben, die sich die endgültige Ausrottung der Reste des Faschismus und die Festigung der demokratischen

Einheitsfront

der antifaschistisch-demokratischen Parteien

Am 13./14. Juli 1945 traten die Vertreter der antifaschistisch-demokratischen Parteien zu einer ersten Einheitsfront-Besprechung zusammen.

Die Vertreter der vier Parteien beschließen, unter gegenseitiger Anerkennung ihrer Selbständigkeit, die Bildung einer festen Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien, um mit vereinter Kraft die grossen Aufgaben zu lösen. Damit ist ein neues Blatt in der Geschichte Deutschlands aufgeschlagen.

Kommunistische Partei Deutschlands H. Pieck W. Ulbricht F. Dohler A. Ackermann G. Sobottka	Sozialdemokratische Partei Deutschlands L. Pieper A. Grottel F. Dohler H. Pieper G. Sobottka
Christlich-DEMOKRATISCHE Union Deutschlands L. Pieper F. Dohler H. Pieper G. Sobottka	LIBERAL-DEMOKRATISCHE Partei Deutschlands L. Pieper F. Dohler H. Pieper G. Sobottka

Deutsche Volkszeitung

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

AUF RUF
der Kommunistischen Partei Deutschlands

Schaffendes Volk in Stadt und Land!
Männer und Frauen! Deutsche Jugend!

Wir sind die Arbeiterklasse, wir sind die werktätigen Massen, wir sind die Schaffenden. Wir sind die Kraft, die die Welt verändert. Wir sind die Kraft, die den Faschismus zerstört. Wir sind die Kraft, die den Krieg beendet. Wir sind die Kraft, die den Frieden bringt. Wir sind die Kraft, die die Demokratie schafft. Wir sind die Kraft, die die Freiheit bringt. Wir sind die Kraft, die die Gerechtigkeit schafft. Wir sind die Kraft, die die Gleichheit bringt. Wir sind die Kraft, die die Brüderlichkeit schafft. Wir sind die Kraft, die die Liebe bringt. Wir sind die Kraft, die die Hoffnung schafft. Wir sind die Kraft, die die Zukunft bringt. Wir sind die Kraft, die die Welt verändert. Wir sind die Kraft, die den Faschismus zerstört. Wir sind die Kraft, die den Krieg beendet. Wir sind die Kraft, die den Frieden bringt. Wir sind die Kraft, die die Demokratie schafft. Wir sind die Kraft, die die Freiheit bringt. Wir sind die Kraft, die die Gerechtigkeit schafft. Wir sind die Kraft, die die Gleichheit bringt. Wir sind die Kraft, die die Brüderlichkeit schafft. Wir sind die Kraft, die die Liebe bringt. Wir sind die Kraft, die die Hoffnung schafft. Wir sind die Kraft, die die Zukunft bringt.

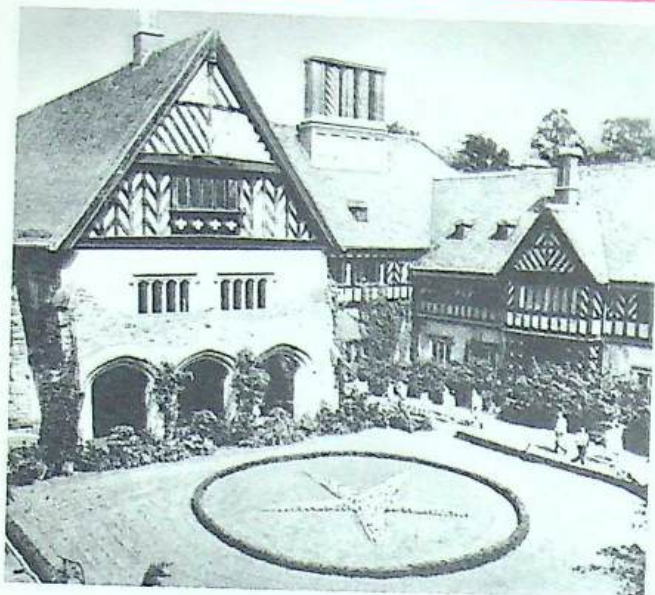
Vereinbarung des Zentralkomitees der Kommunistischen und des Zentralausschusses der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Am 19. Juni fand in Berlin die erste gemeinsame Sitzung der Vertreter der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei Deutschlands statt. Als Vertreter des Zentralkomitees der Sozialdemokratischen Partei waren die Genossen Erich Gaffke, Otto Grottel, Gustav Dohler, Walter Führicht, Anton Ackermann, Othmar Giesche, Hans Jendryak und Otto Winter anwesend. Die Anwesenden waren von dem ersten Willen zur aufrichtigen Zusammenarbeit beider Parteien getrieben. Sie verließen sich auf die gegenseitigen Vertrauen. Unter Achtung der demokratischen Grundgesetze wurden folgende Vereinbarungen getroffen:

- Gemeinsamer Arbeitsausschuss**
- Beide Parteien sind in fünf Vertretern der beiden Zentralstellen gebildet. Dieser Ausschuss, der ein Ausdruck der Aktionsseinheit der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist, stellt sich folgende Aufgaben:
1. Enge Zusammenarbeit bei der Durchführung der gemeinsam beschlossenen dringlichen Aktionsaufgaben zur Liquidierung der Leberreste des Nationalsozialismus und zum Wiederaufbau des demokratisch-parlamentarischen Regimes, die die Fehler und Schwächen der Vergangenheit vermeiden und dem schaffenden Volk alle demokratischen Rechte und Freiheiten sichern.
 2. Es sind alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um mit allen anderen antifaschistischen demokratischen Parteien Vereinbarungen über die Bildung eines festen Einheitsblocks zu treffen.
 3. Gemeinsame Vertretung der Interessen des schaffenden Volkes in Stadt und Land.
 4. Durchföhrung gemeinsamer Veranstaltungen beider Parteien.
 5. Gemeinsame Beratungen zur Klärung ideologischer Fragen.
- Die Vertreter beider Parteien drücken ihren festen Willen aus, alles zu tun, um auf dem Wege guter Zusammenarbeit in allen Fragen des antifaschistischen Kampfes und des Wiederaufbaus die Einheit der politischen Einheitsfront des werktätigen Volkes zu schaffen.

- 11. Juni 1945 Aufruf des Zentralkomitees der KPD
- 15. Juni 1945 Aufruf des Zentralausschusses der SPD
- 15. Juni 1945 Aufruf des Vorbereitenden Gewerkschaftsausschusses von Groß-Berlin
- 19. Juni 1945 Vereinbarung des Zentralausschusses der SPD und des Zentralkomitees der KPD über die Aktionseinheit beider Parteien
- 26. Juni 1945 Gründungsaufwurf der CDU
- 5. Juli 1945 Gründungsaufwurf der LDP
- 14. Juli 1945 Kommuniqué über die Bildung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien

Mit der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung im Osten Deutschlands wurde der Auftrag der Völker verwirklicht, der im Potsdamer Abkommen seinen Ausdruck gefunden hatte und bindendes internationales Recht geworden war.



Erklärung der Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien Deutschlands zu den Beschlüssen der Berliner Konferenz

Die am 12. August 1945 folgende Kundgebung der antifaschistisch-demokratischen Parteien Deutschlands, der Sozialdemokratischen Partei, der Christlich-Demokratischen Union, der Liberal-Demokratischen Partei,

begrüßt die Zusammenarbeit und die feste Einheitsfront der vier Parteien. In dieser Einheitsfront liegt die Gewähr, daß der Nazismus mit allen seinen Wurzeln aus Deutschland und gegen andere Völker ihre Schätze finden und Segen erntet wird. Die Einheitsfront wird die Einheit vertiefen, die nach dem Zusammenbruch von 1918 begannen wurden. Die demokratischen Parteien der Deutschen haben sich neu zu sammeln und haben Maßnahmen wieder den demokratischen Kampf zu führen, der dem deutschen Volk den großen Zusammenbruch seiner Geschichte befreit. Die Parteien der Einheitsfront der Arbeiter und des Militärs werden gegen alle und alle Maßnahmen, die dem deutschen Volk den Weg der Demokratie und der Freiheit, des Friedens und der Gerechtigkeit verwehren, kämpfen.

Die Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien wird diesen Weg gehen.

Die Beschlüsse der Berliner Konferenz stellen die Erklärung der Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien dar. Sie geben die Möglichkeit der Wiederherstellung eines demokratischen Deutschlands. Durch die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht vor den vier großen Siegermächten und die Bildung der Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien ist die Möglichkeit der Wiederherstellung eines demokratischen Deutschlands gegeben.

machen, können wir nicht über die Höhe der Reparationen klagen.

Wir sind auch verpflichtet, nach dem Maße des Möglichen im Rahmen der vorgesehenen Reparationen einen Ausgleich für die den angegriffenen Völkern durch die Nazideutschen verursachten Schäden zu leisten. Zugleich muß unser Verhalten Voraussetzungen seiner eigenen Existenz von neuem schaffen.

Das deutsche Volk darf sich keine Illusionen mehr machen. Auf allen Gebieten seines nationalen Lebens steht es heute vor den schwerwiegenden Folgen, die die Abenteurerpolitik verschuldet hat.

Die Anerkennung Deutschlands als ein einheitliches Volk, eine Friedensindustrie aufzubauen und die landwirtschaftliche Produktion zu steigern.

Die eindeutige Erklärung, daß die Abtragung der Reparationen dem deutschen Volk genügend Wirtschaftskraft lassen wird, um ohne Hilfe von außen zu leben und zu einer mittleren europäischen Lebensstufe zu gelangen, richtet unseren Blick in die Zukunft. Wir werden hart arbeiten müssen. Aber unsere Zukunft wird nicht nach der Vernichtung und dem Tod, wir werden den Weg in eine hellere Zukunft finden.

Wir werden den Weg in eine hellere Zukunft finden. Die Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien und ihrer Gewerkschaften in Preußen und Bayern ist die Grundlage der Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien in ganz Deutschland. Die Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien wird diesen Weg gehen.

Wir rufen auf zu entschlossener Mitarbeit am Aufbau einer glücklicheren Zukunft für unser Volk, für Deutschland!

Herausgegeben von der Parteischule „Karl Marx“ beim ZK der SED

„Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.“

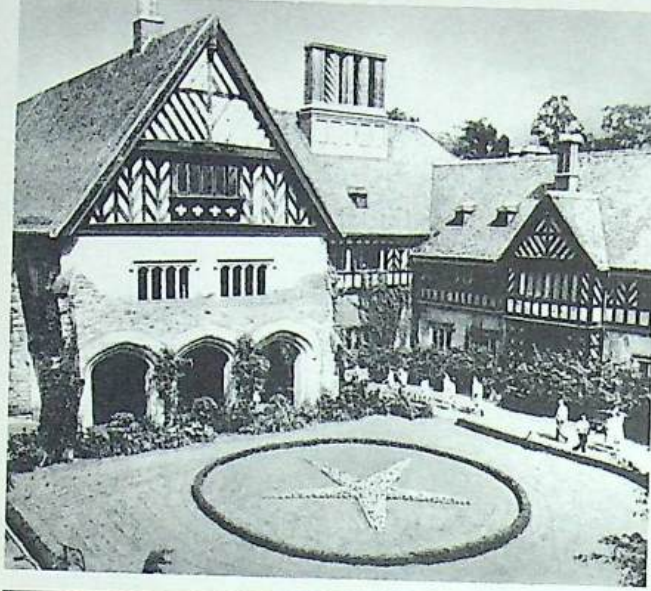
Potsdamer Abkommen

- Völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands
- Liquidierung der Nazi-Partei, aller faschistischen Organisationen und Ämter. Verhinderung, daß sie in irgendeiner Form wieder auferstehen können
- Ausrottung der faschistischen Ideologie
- Endgültige Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage
- Zulassung aller demokratischen politischen Parteien, Gewerkschaften und Organisationen
- Bildung demokratischer Verwaltungen
- Vernichtung des deutschen Kriegspotentials
- Vernichtung der übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt durch die Monopole
- Entwicklung einer Friedensindustrie
- Demokratisierung des Bildungswesens
- Demokratisierung des Gerichtswesens
- Aburteilung der Kriegsverbrecher
- Pflicht der Reparationszahlung

„Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedliebenden Völkern der Welt einzunehmen.“

Potsdamer Abkommen

Mit der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung im Osten Deutschlands wurde der Auftrag der Völker verwirklicht, der im Potsdamer Abkommen seinen Ausdruck gefunden hatte und bindendes internationales Recht geworden war.



Erklärung der Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien Deutschlands zu den Beschlüssen der Berliner Konferenz

Die am 17. August 1945 folgende Kundgebung der antifaschistisch-demokratischen Parteien Deutschlands, der Kommunistischen Partei, der Sozialdemokratischen Partei, der Christlich-Demokratischen Union, der Liberal-Demokratischen Partei, begrüßt die Zusammenarbeit und die feste Einheitsfront der vier Parteien, in dieser Einheit liegt die Gewähr, daß der Nazismus mit allen seinen Wurzeln ausgerottet wird, die unehrenhaften Verbrechen gegen unser Volk und gegen andere Völker ihre Sühne finden und Deutschland einer demokratischen Erneuerung entgegengeführt wird.

Die Einheitsfront wird die Fehler vermeiden, die nach dem Zusammenbruch von 1918 begangen wurden. Demals ermöglichte die Zersplitterung und Uneinigkeit der demokratischen Volkskräfte den Reaktionen, sich neu zu sammeln und ihren Machtapparat wieder aufzubauen. Hitler benutzte diesen Machtapparat, um den deutschen Volk den großen Zusammenbruch seiner Geschichte brachte. Wie dürfen die verantwortlichen Kräfte der Vergangenheit die Kräfte des Militarismus, der Reaktion und des Faschismus wieder Gewalt über unser Volk bekommen. Deshalb muß der Weg von 1945 ein neuer sein.

Der Weg der Demokratie, des Rechts und der Freiheit, des Friedens und der Achtung vor anderen Völkern.

Die Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien wird diesen Weg gehen.

Die Beschlüsse der Berliner Konferenz stehen am Anfang dieses neuen Weges.

So geben die Möglichkeit zur friedlichen Erneuerung unserer Vaterländer. Diese Beschlüsse beruhen auf der durch die bedingungslose Kapitulation bestätigten militärischen Niederlage Deutschlands. Das deutsche Volk muß die Verantwortung für die Ergebnisse des Hitlerregimes und die Folgen des Hitlerkrieges tragen. Angetrieben der Ungeheuerlichkeiten, deren sich das verhasste Naziregime und seine Helfershelfer schuldig

machten, können wir nicht über die Härte der Bedingungen klagen.

Wir sind auch verpflichtet, nach dem Maße des Möglichen im Rahmen der vorgesehenen Reparationen zugefügten Schäden zu leisten. Zugleich muß unser Volk durch harte und unermüdliche Arbeit die notwendigen Voraussetzungen seiner eigenen Existenz von neuem schaffen.

Das deutsche Volk darf sich keine Illusionen mehr machen. Auf allen Gebieten seines nationalen Lebens steht es heute vor den schwerwiegenden Folgen, die Hitlers Abenteurerpolitik verschuldet hat.

Die Anerkennung Deutschlands als ein einheitliches wirtschaftliches Ganzes ermöglicht es dem deutschen Volk, eine Friedensindustrie aufzubauen und die landwirtschaftliche Produktion zu steigern.

Die eindeutige Erklärung, daß die Abtragung der Reparationen dem deutschen Volk genügend Wirt-schaftskraft lassen wird, um ohne Hilfe von außen zu leben und zu einer mittleren europäischen Lebenshaltung zu gelangen, richtet unseren Blick in die Zukunft. Wir werden hart arbeiten müssen. Aber unsere Arbeit wird nicht mehr der Vernichtung und dem Tod sondern dem Wiederaufbau und dem Leben dienen. Die Selbstverwaltung nach demokratischen Grund-sätzen, die endgültige Zulassung antifaschistisch-demokratischer Parteien und ihrer Gewerkschaften in allen Teilen Deutschlands, Versammlungs-, Rede-, Presse- und Religionsfreiheit ermöglichen den politischen Neuaufbau eines freihetlichen Deutschlands.

Je stärker sich alle Energien in unserem Volk entfalten, um so reicher und dauerhafter wird der Wiederaufbau. Bürgerhaft sollte bei der totalen Zusammenarbeit aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte.

Wir rufen auf zu entschlossenem Mitarbeit am Neuaufbau einer glücklicheren Zukunft für unser Volk, für Deutschland!

„Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.“

Potsdamer Abkommen

- Völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands
- Liquidierung der Nazi-Partei, aller faschistischen Organisationen und Ämter. Verhinderung, daß sie in irgendeiner Form wieder auferstehen können
- Ausrottung der faschistischen Ideologie
- Endgültige Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage
- Zulassung aller demokratischen politischen Parteien, Gewerkschaften und Organisationen
- Bildung demokratischer Verwaltungen
- Vernichtung des deutschen Kriegspotentials
- Vernichtung der übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt durch die Monopole
- Entwicklung einer Friedensindustrie
- Demokratisierung des Erziehungswesens
- Demokratisierung des Gerichtswesens
- Aburteilung der Kriegsverbrecher
- Pflicht der Reparationszahlung

„Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedliebenden Völkern der Welt einzunehmen.“

Potsdamer Abkommen

„Die Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands war die größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterklasse seit dem „Manifest der Kommunistischen Partei“, der Entstehung der revolutionären Arbeiterbewegung in Deutschland und der Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands im Jahre 1918.“

Programm der SED



**Grundsätze und Ziele
der Sozialistischen Einheitspartei
Deutschlands**

Zwölf Jahre faschistischer Diktatur, sechs Jahre Hitlerkrieg schwerkten das deutsche Volk in die furchtbarste wirtschaftliche, politische und sittliche Katastrophe seiner Geschichte.
Deutschland wurde in ein Trümmerfeld verwandelt.
Der Hitlerfaschismus war das Herrschaftsinstrument der wildsten reaktionären und imperialistischen Teile des Finanzkapitals, der Herren der Rüstungskonzerne, der Großbanken und des Großgrundbesitzes.
Durch die Spaltung der Arbeiterklasse gelangte der Faschismus zur Macht. Mit grausamem Terror vernichtete er alle demokratischen Rechte und Freiheiten und verwandelte Deutschland in ein Militärzuchthaus.
Damit war der Weg für eine ungehemmte imperialistische Kriegspolitik frei. Der deutsche Imperialismus opferte seinen Weltmachtsansprüchen bedenkenlos das Leben und die Existenz von Millionen Arbeitern, Bauern, Gewerbetreibenden, Christenarbeitern und vor allem der Jugend, er setzte Existenz und Zukunft der Nation aufs Spiel.
Wo ist der Ausweg aus der Katastrophe?
Militarismus und imperialistische Gewalt- und Kriegspolitik haben Deutschland zweimal in das größte nationale Unglück gestürzt.
Die Sicherung des Friedens, der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft und die Erhaltung der Einheit Deutschlands erfordern die Vernichtung der Überreste des Hitlerfaschismus und die Liquidierung des Militarismus und Imperialismus.
Niemals wieder darf die Reaktion zur Herrschaft gelangen!
Dazu ist die Einheit der Arbeiterbewegung und der Block aller antifaschistisch-demokratischen Parteien die wichtigste Voraussetzung.
Von allen Schichten des deutschen Volkes haben die Werktätigen das größte Leid, die größten Lasten getragen. Sie sind die große Mehrheit des Volkes. Auf ihren Schultern ruht in erster Linie die Last des Wiederaufbaus und der Wiedergutmachung.

Wilhelm Pieck:

„Wir werden unsere Sozialistische Einheitspartei Deutschlands zu der Millionenpartei des deutschen werktätigen Volkes machen, um damit alle inneren Feinde zu schlagen, um das große Werk zu vollenden, das wir uns als Ziel gesetzt haben: den Sozialismus.“

Otto Grotewohl:

„Wer einen geschichtlichen Blick hat, der sieht heute Millionen von Sozialisten hinter uns stehen. Ein Aufatmen geht durch ihre Reihen, ein Alpdruck fällt von ihnen und ein Leuchten steht in ihren Augen. Ein alter Traum ist Wirklichkeit geworden: die Einheit der deutschen Arbeiterklasse.“



„Durch die Erziehung der Arbeiterpartei erzieht der Marxismus die Avantgarde des Proletariats, die fähig ist, die Macht zu ergreifen und das ganze Volk zum Sozialismus zu führen, die neue Ordnung zu leiten und zu organisieren...“

W. I. Lenin



„Der Parteivorstand macht die gesamte Parteimitgliedschaft darauf aufmerksam, daß das gründliche Studium des Marxismus-Leninismus die wichtigste Voraussetzung für die Entwicklung der SED zu einer Partei neuen Typus ist.“

Beschluß des Parteivorstandes, Mai 1949



„Wir müssen unsere Sozialistische Einheitspartei Deutschlands zu einer Partei entwickeln,

- ...die unerschütterlich auf dem Fundament des Marxismus-Leninismus steht!
- ...die die Gefühle der Massen ausdrückt, die Sprache der Massen spricht, die mit den Massen aufs engste verbunden ist.
- ...die auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus aufgebaut ist, in der die innerparteiliche Demokratie die Basis für die straffe Disziplin bildet, ohne die eine revolutionäre Kampfpartei nicht existieren kann.“

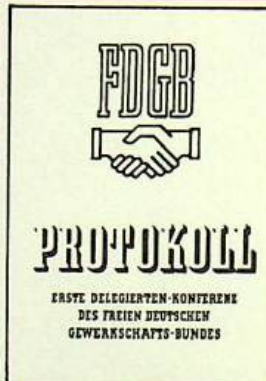
Wilhelm Pieck,
1. Parteikonferenz der SED, Januar 1949



Präsidium der 1. Parteikonferenz der SED

„Mit der Gründung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes wurde ein neues Blatt in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung aufgeschlagen: Die Gewerkschaften wurden im befreiten Teil Deutschlands die größte Massenorganisation der herrschenden Klasse.“

Grüßadresse des ZK der SED zum 20. Jahrestag der Gründung des FDGB



Walter Ulbricht und Bernhard Göring auf einer Delegiertenkonferenz des FDGB, Januar 1946

Aufruf des vorbereitenden Gewerkschaftsausschusses für Groß-Berlin

Die Tyrannei des Hitler-Faschismus hat durch die erblindeten Armeen erschlagen Millionen Toter und Verwundeter, zerstört Städte, vernichtet das Eigentum, Witwen und Waisen klagen an. Furchtbar hat Hitler sein großpropagandistisches Wort wahr gemacht, das er bei seiner Machtgreifung verkündete: „Doch mir sechs Jahre Zeit, und ihr werdet Deutschland nicht mehr wiedererkennen.“ Durch seine beräuberische Raubpolitik und den Verleumdungskrieg gegen andere Völker hat Hitler die eigene Nation geschändet.

Der Weg zum Abgrund begann schon vor 1933. Die demokratischen Kräfte waren gespalten und unentschieden. Der Widerstand

Wirk dem Blutzug der roten Armeen in Berlin wurde mit Genehmigung des Stadtkommandanten eine städtische Verwaltung auf der Grundlage der Einheit aller antifaschistischen demokratischen Kräfte erreicht.

Die notwendigen Maßnahmen zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung und zur Wiederherstellung des normalen Lebens sind in Angriff genommen. Der Befehl des obersten Chefs der Sowjetischen Militärlichen Administration gibt den Arbeitern und Angestellten das Recht zur Vereinigung in freien Gewerkschaften.

Walter Ulbricht

Neue Aufgaben der freien Gewerkschaften

WALTER ULRICHT

„Die Gewerkschaften konnten ihr volles Mitbestimmungsrecht nur dann zur Geltung bringen, wenn in den Gewerkschaftsgruppen selbst ein reges demokratisches Leben entfaltet und mit den Gewerkschaftsmitgliedern in den Betrieben alle wichtigen Fragen beraten wurden, um so in den Gewerkschaftlern das Bewußtsein zu entwickeln, daß sie selbst an der Lösung der Fragen mitzuwirken haben.“

Walter Ulbricht

Herausgegeben von der Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED

„Die Fragen, die heute vor der deutschen Jugend stehen, und auch die Probleme, die morgen und übermorgen an uns herantreten werden, kann man am besten lösen, wenn wirklich alle Kräfte der Jugend in einer einzigen großen Bewegung zusammengefaßt sind.“

Erich Honecker, 1. Parlament der FDJ, 1946



Erich Honecker, Mitbegründer der antifaschistischen Jugendbewegung und Leiter des Zentralen Jugendausschusses, wurde auf dem 1. Parlament der FDJ 1946 zum Vorsitzenden des Zentralrates der FDJ gewählt.



Gründungsbeschluss

Die am 26. Februar 1946 im Sitzungssaal des Magistrats der Stadt Berlin, Torstraße 14, anwesenden Mitglieder des Zentralen Jugendausschusses für die sowjetische Besatzungszone Deutschlands bekundeten hiermit einstimmig ihren Willen, sich zur Gründung einer überparteilichen, einigten, demokratischen Jugendorganisation

„Freie Deutsche Jugend“

an die sowjetische Militärverwaltung in Deutschland zu wenden.

Die Grundlagen hierzu bilden die von allen Unterzeichnenden angenommenen und der Urkunde beigefügten Ziele und Satzungen der Freien Deutschen Jugend.

Berlin, den 26. 2. 1946



Die junge Generation erhebt Anspruch auf vier Rechte, die zu gewährleisten Pflicht aller demokratischen Organe ist:

- die politischen Rechte;
- das Recht auf Arbeit und Erholung;
- das Recht auf Bildung;
- das Recht auf Freude und Frohsinn.

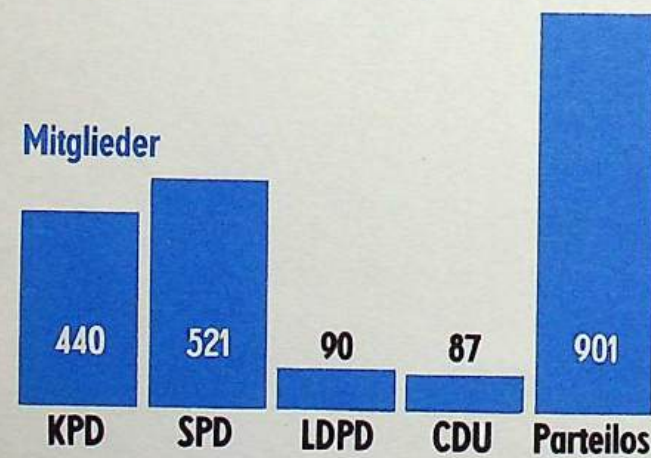
Politische Zusammensetzung der Landes- und Provinzialverwaltungen 1945

Im Juli 1945 waren von den

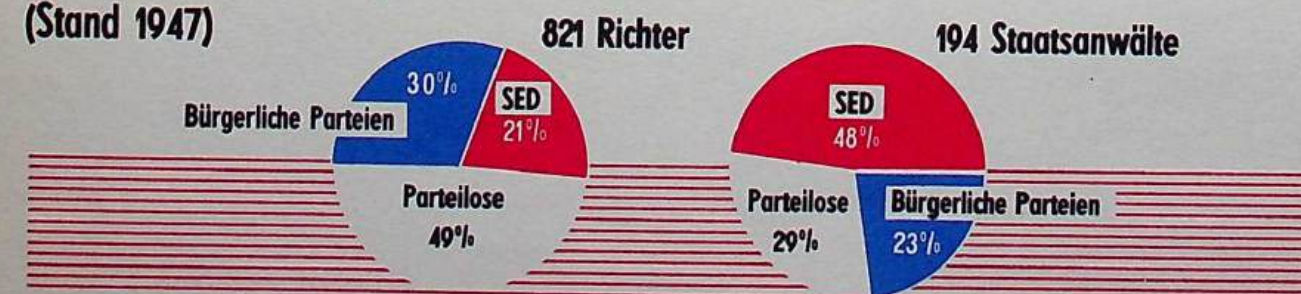
5 Präsidenten	
Mitglieder	Parteien
3	SPD
1	vor 1933 Demokratische Partei
1	vor 1933 parteilos

18 Vizepräsidenten	
Mitglieder	Parteien
6	KPD
4	SPD
2	vor 1933 Zentrumspartei
3	vor 1933 Demokraten
3	vor 1933 parteilos

Politische Zusammensetzung der Mitarbeiter der Landesverwaltung Sachsen vom April 1946



Politische Zusammensetzung der Justizorgane der Länder der sowjetischen Besatzungszone (Stand 1947)



**Politische Zusammensetzung
der Gemeindevertretungen,
Kreistage und Länderparlamente
der sowjetischen Besatzungszone
(nach den Wahlen im September
und Oktober 1946)**



	GEMEINDEVERTRETUNGEN		KREISTAGE		LANDTAGE	
	Mandate	Prozent	Mandate	Prozent	Mandate	Prozent
SED	100 886	76,2	3 124	51,7	249	48,0
CDU	12 525	9,5	1 494	24,7	133	25,6
LDP	10 935	8,3	1 053	17,4	121	23,3
VdgB	6 963	5,2	374	6,2	15	2,9
Frauenausschuß	821	0,6				
Kulturbund					1	0,2
Sonstige	226	0,2				
Gesamt	132 356	100	6 045	100	519	100

Angaben ohne Berlin



Im Herbst 1946 fanden in der sowjetischen Besatzungszone die Wahlen zu den Gemeindevertretungen und zu den Kreis- und Landtagen statt. Sie waren die ersten wahrhaft demokratischen Wahlen in Deutschland. Die neuen Vertretungskörperschaften trugen dazu bei, die antifaschistisch-demokratische Staatsmacht zu festigen und auf eine höhere Stufe zu heben.

Herausgegeben von der Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED

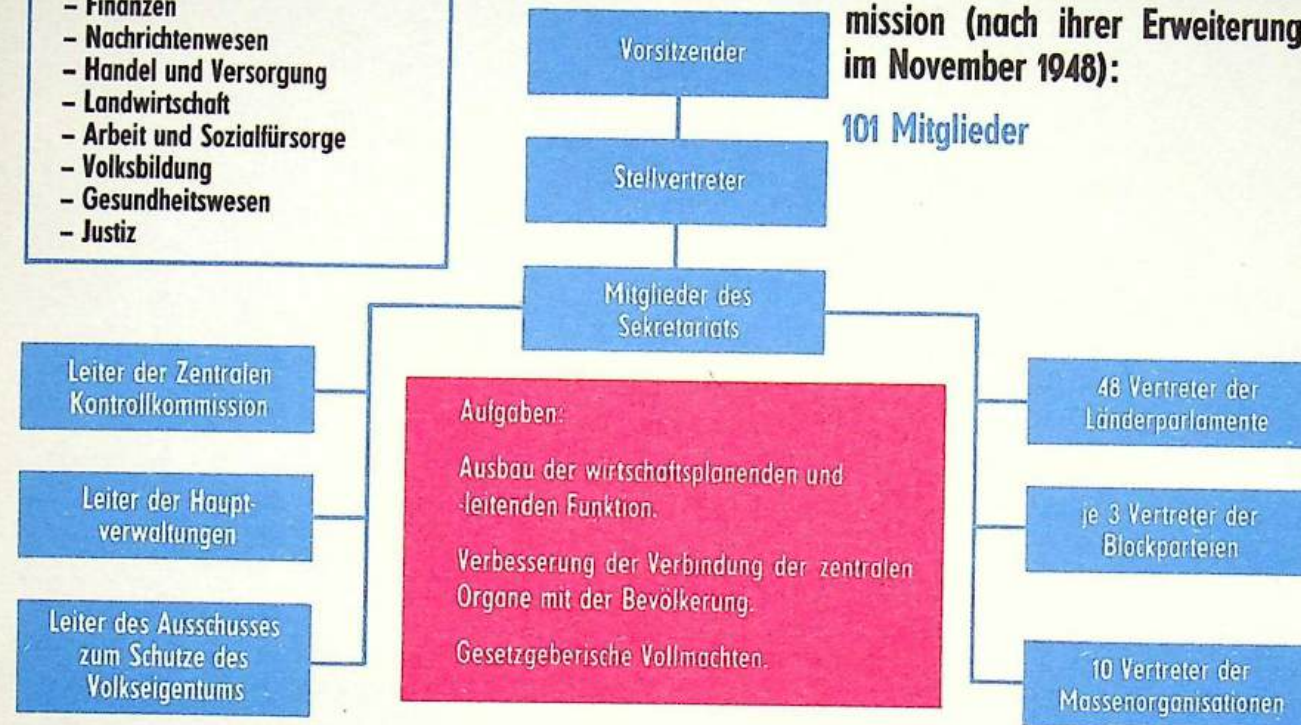
Deutsche Zentralverwaltungen für die sowjetische Besatzungszone (Befehl Nr. 17 der SMAD vom 27. Juli 1945)

- Verkehrswesen
- Brennstoffindustrie
- Industrie
- Finanzen
- Nachrichtenwesen
- Handel und Versorgung
- Landwirtschaft
- Arbeit und Sozialfürsorge
- Volksbildung
- Gesundheitswesen
- Justiz

Die Deutsche Wirtschaftskommission, im Juni 1947 gebildet, war ein Organ der zentralen Lenkung und Kontrolle des Aufbaus einer Friedenswirtschaft

Die Zusammensetzung der Deutschen Wirtschaftskommission (nach ihrer Erweiterung im November 1948):

101 Mitglieder



Zentralverordnungsblatt

Herausgegeben namens aller Zentralverwaltungen von der Deutschen Justizverwaltung der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland
KARL MARX
1948 Berlin.

SMAD in Deutschland

SMAD-Befehl Nr. 183/1948

über die Erweiterung der Deutschen Wirtschaftskommission

Die demokratische Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands macht es erforderlich, daß die Verbindungen der deutschen Zonenverwaltungsorgane mit der Bevölkerung verbessert werden. Dies soll dazu beitragen, daß sich die Arbeit der Verwaltungsorgane verbessert und daß sich die Aktivität der Bevölkerung zum Zweck der Verwirklichung der Wirtschaftspläne für die Zone und der Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung weiter verstärkt.

Hieraus ausgehend und unter Berücksichtigung der Empfehlungen der Deutschen Wirtschaftskommission vom 24. Oktober 1948 sowie der Vorschläge der demokratischen Parteien und Organisationen betreffs der Reorganisation der Deutschen Wirtschaftskommission durch die Schaffung einer umfassenderen Vertretung des Volkes in ihr befehle ich:

1. Die Mitgliederzahl der Deutschen Wirtschaftskommission ist von 36 auf 101 Mitglieder zu erhöhen, mit der Maßgabe, daß die Mehrzahl der Mitglieder gewählte Vertreter der Bevölkerung der Länder sowie Vertreter der demokratischen Parteien und der sonstigen Organisationen der Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone umfaßt.

2. Dementsprechend ist die Mitgliederzahl der Deutschen Wirtschaftskommission folgendermaßen festzusetzen:

- 48 Vertreter der Bevölkerung der Länder der sowjetischen Besatzungszone, die von den Landtagen nach der Norm zu wählen sind: Ein Vertreter für je 360 000 Einwohner, und zwar:
 - 15 Vertreter der Bevölkerung von Sachsen,
 - 12 Vertreter der Bevölkerung von Sachsen-Anhalt,
 - 8 Vertreter der Bevölkerung von Thüringen,
 - 7 Vertreter der Bevölkerung von Brandenburg,
 - 6 Vertreter der Bevölkerung von Mecklenburg.
- 15 Vertreter der deutschen demokratischen Parteien, und zwar je drei Vertreter jeder Partei: für die Sozialistische Einheitspartei drei, für die Christlich-Demokratische Union drei, für die Liberal-Demokratische Partei drei, für die Demokratische Bauernpartei drei und für die National-Demokratische Partei drei.
- 10 Vertreter der demokratischen Massenorganisationen der Werktätigen, und zwar: für den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund drei, für die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe zwei, für die Freie Deutsche Jugend einen, für den Demokratischen Frauenbund einen, für den Kulturbund einen, für die Genossenschaften zwei.

DIE DEMOKRATISCHE BODENREFORM

„Durch die demokratische Bodenreform wurde die bürgerlich-demokratische Revolution zu Ende geführt, die Macht der Junker und Großgrundbesitzer gebrochen und der Grund und Boden denen wiedergegeben, die ihn bearbeiten. So war mit Hilfe der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei das jahrhundertealte Unrecht an den Bauern wiedergutmacht. Das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern erhielt eine feste Basis.“

Programm der SED



Objekte 7 160	Privatbesitz der Junker und Großgrundbesitzer über 100 ha	
	2 517 357 ha	76,3 %
4 537	Privatbesitz der Nazis und Kriegsverbrecher unter 100 ha	
	131 742 ha	4,0 %
1268	Staatsbesitz	
	337 507 ha	10,2 %
169	Siedlungsgesellschaften und Nazi-Institutionen	
	22 764 ha	0,7 %
384	Staatswälder und Forsten	
	200 247 ha	6,1 %
551	Sonstiger Grundbesitz	
	88 465 ha	2,7 %
14 069	Gesamtbodenfond	
	3 298 082 ha	100,0 %

Zusammensetzung des Bodenfonds nach Herkunft der Objekte

Bodenzuteilung

119 121	Landlose Bauern und Landarbeiter	932 487 ha
82 483	Landarme Bauern	274 848 ha
91 155	Umsiedler	763 596 ha
43 231	Kleinpächter	41 661 ha
183 261	Nichtlandwirtschaftliche Arbeiter, Handwerker u. a.	114 665 ha
39 838	Altbauern-Waldzulage	62 742 ha
559 089	insgesamt	2 189 999 ha

Außerdem wurden gebildet: VEG, Saat- und Tierzuchtgüter, Universitätsgüter u. a.

Mitglieder der Bodenreformkommissionen nach sozialer Herkunft und Parteizugehörigkeit

Land	Landarbeiter	Kleinpächter	Umsiedler	Sonstige	KPD	SPD	Bürgerl. Parteien	Parteilose	insgesamt
Sachsen	2 369	5 259	703	1 852	2 562	1 667	200	5 754	10 183
Sachsen/Anhalt	4 879	4 012	939	1 678	3 445	2 579	249	5 235	11 508
Thüringen	2 330	4 499	549	2 102	1 705	1 373	309	6 093	9 480
Brandenburg	3 712	3 487	1 458	1 190	2 111	1 183	87	6 466	9 847
Mecklenburg	6 410	1 299	2 703	862	2 652	2 362	129	6 131	11 274
insgesamt	19 700	18 556	6 352	7 684	12 475	9 164	974	29 679	52 292

Die Sicherung der Ergebnisse der Bodenreform und Vertiefung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft

Bis 1949
erhielten die Bodenempfänger an festen Gebäuden

	Wohnhäuser	Viehställe	Scheunen
Neubauern, ehemalige Landarbeiter und Umsiedler	47 530	50 635	18 988
Kleinbauern und Kleinpächter	3 678	6 513	2 204
VdgB	4 399	5 039	3 759
Nichtlandwirtsch. Bevölkerung	4 228	4 469	832
insgesamt	59 835	66 656	25 783

Finanzielle Hilfe
(in Mill. Mark)

Kredite	1948	1949
	123,0	333,9
Preisstützungen	405,5	194,6
Zuschüsse an die MAS	—	79,0



1945/46: Bildung von Maschinenausleihstellen und Maschinenhöfen der VdgB.

Stand 1947/48:
3427 Maschinenausleihstellen
und 181 Maschinenhöfe mit
insgesamt 6122 Traktoren.

Frühjahr 1949: Die 524 MAS
werden volkseigene Betriebe.

Die Maschinen-Ausleihstationen wurden zu Stützpunkten der Arbeiterklasse auf dem Land und halfen das ökonomische und politische Bündnis der Arbeiter und der werktätigen Bauern festigen.

Verteilung des Traktorenbestandes 1949:

Landwirtschaft insgesamt	30 491 Stück
im Besitz der MAS	7 180 „
im Besitz der Volkseigenen Güter	1 552 „
im Besitz der werktätigen Bauern	8 423 „
im Besitz der Großbauern	13 336 „

ENTEIGNUNG DER KRIEGS- UND NAZIVERBRECHER



**JA
STIMMEN**
77,62%

Abstimmungsberechtigte: 3 693 511
Abstimmungsbeteiligung: 93,11%

**NEIN
STIMMEN**
16,56%

Ergebnisse des Volksentscheids vom 30. Juni 1946 in Sachsen

Für eine friedliche Entwicklung im neuen Deutschland

Beschluß des Gemeinsamen Ausschusses der Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien zum Volksentscheid in Sachsen

Das Volk im Lande Sachsen ist am 30. Juni 1946 über das Gesetz zur Übergabe von Betrieben von Kriegs- und Naziverbrechern an das Volk zu entscheiden. Von Landesregierung und Verwaltung, Parteien und Gewerkschaften blüht es entscheidend ab, daß dieser Volksentscheid sowohl zu einer erfolgreichen Aktion gegen jene verbrecherischen Kräfte als auch zu einer Demonstration der Einheit mit einem demokratischen Rechtsstaat wird.

Der Gemeinsame Ausschuss der Einheitsfront der antifaschistisch demokratischen Parteien stellt dem Volksentscheid mit großer Anteilnahme entgegen. Über Anlaß begrüßt die ar. Volksentscheid einen wichtigen Beitrag für den Aufbau einer auf friedliche demokratische Entwicklung gerichteten Wirtschaft.

Sozialistische Einheitspartei Deutschlands: Wilhelm Pieck
Christlich-Demokratische Union Deutschlands: Otto Grafewohl
Liberal-Demokratische Partei Deutschlands: Jakob Kaiser
Dr. Wilhelm Külz

3843 INDUSTRIEBETRIEBE IN VOLKSEIGENTUM ÜBERFUHRT, davon

38 Braunkohlengruben, Hüttenwerke und andere Betriebe des Flick-Konzerns

59 Betriebe der Elektrokonzerne Siemens und AEG

38 Betriebe der Continental-Gas-AG

11 Betriebe des IG-Farben-Konzerns

9 Betriebe des Mannesmann-Konzerns

„Durch die Bestrafung der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten, die Enteignung der Kriegsgewinnler und Kriegsinteressenten wurde die Macht des Monopolkapitals gebrochen. Das Volk nahm ihre Betriebe in seine Hände. Damit wurde der volkseigene Sektor zur festen sozialökonomischen Grundlage der antifaschistisch-demokratischen Ordnung.“

Programm der SED

»Was des Volkes
Hände schaffen,
soll des Volkes
eigen sein!«



**Zentralverwaltete volkseigene Betriebe in den
Ländern der sowjetischen Besatzungszone (1947)**

Land	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Brandenburg	Thüringen	Mecklenburg
Anzahl der Betriebe	1002	691	600	286	147
Zahl der Beschäftigten	170 000	73 000	35 000	40 000	17 000


Die volkswirtschaftlich wichtigsten Betriebe wurden nach Industriezweigen in „Vereinigungen Volkseigener Betriebe“ zusammengefaßt.

Von den Betriebsleitern der VEB im Land Sachsen

waren im Jahre 1947

Arbeiter	47,6%
Angestellte u. Kaufleute	34,7%
Ingenieure	13,5%
Direktoren	4,2%

Am 15. Juni 1948 unterstanden der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) folgende „Vereinigungen Volkseigener Betriebe“:

Industriezweig	Anzahl der VVB	Gesamtzahl der Betriebe	Gesamtzahl der Beschäftigten
 Kohle	9	300	99 342
 Energie	5	35	19 894
 Metallurgie	5	42	24 690
 Chemie	10	152	30 324
 Steine und Erden	4	59	14 764
 Maschinenbau	19	541	153 093
Leichtindustrie	23	635	163 647
zusammen:	75	1 764	505 754

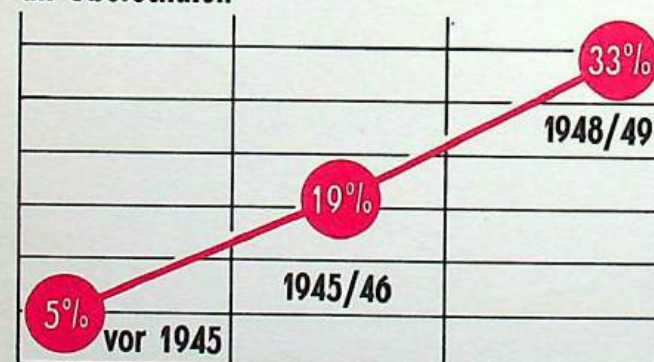
„Durch die demokratische Schulreform wurde das Bildungsprivileg der besitzenden Klasse gebrochen und der Grundstein für die demokratische Erziehung der Jugend gelegt. In Verwirklichung der zielstrebigsten Jugendpolitik unserer Partei gelang es, die Jugend der faschistischen Ideologie zu entreißen und sie weitgehend im Geiste der Demokratie, des Humanismus und der Völkerverständigung zu erziehen.“

Programm der SED



Im Oktober 1945 begann laut Befehl Nr. 40 der SMAD in 11000 Schulen der Unterricht mit etwa 2950000 Kindern.

Anteil der Arbeiter- und Bauernkinder an Oberschulen



Soziale Herkunft der Neulehrer im Land Brandenburg

Arbeiter und unselbständige Handwerker	10 %
Bauern	2 %
Angestellte	36 %
Schüler ohne Abitur	13 %
Schüler mit Abitur	26,5 %
Selbständige Handwerker u. Gewerbetreibende	2 %
Ehemalige Beamte	2 %
Sonstige Berufe	8,5 %

1947 waren von 60 600 Grundschullehrern 63% Neulehrer

Die sowjetische Besatzungszone erlebte in den Jahren 1945 bis 1949 eine beispiellose Entwicklung. Die Zahl der Studierenden an Universitäten und Hochschulen wuchs von 8.171 im Jahr 1945/46 auf 20.801 im Jahr 1947/48. Dies war ein Ergebnis der massiven Unterstützung durch die Sowjetunion, die die Bildung in der DDR förderte. Die Zahl der Arbeiter- und Bauernkinder stieg von 10,1% im Jahr 1945/46 auf 28,3% im Jahr 1947/48. Diese Entwicklung zeigt die soziale Umwälzung in der DDR.

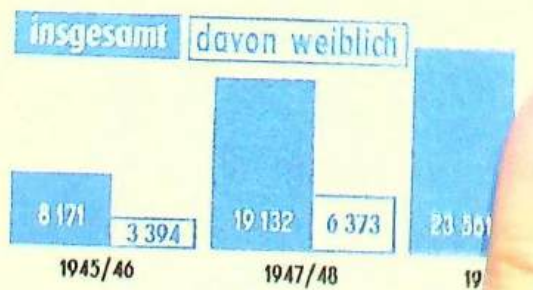


Wiederaufnahme der Universitäten

HEI	JULI 1946
BERLIN	OKT. 1946
HALLE	
LEIPZIG	
FREIBERG	FEBR. 1947
GREIFSWALD	
KÖSTLITZ	
DRESDEN	OKT. 1946



Zahl der Studierenden an Universitäten und Hochschulen der sowjetischen Besatzungszone



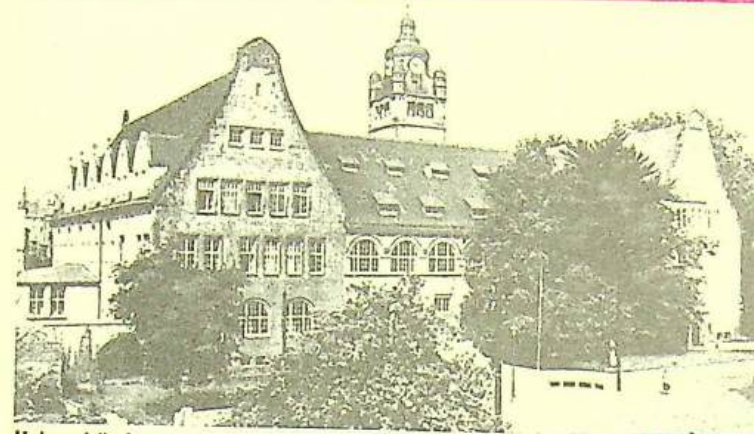
Arbeiter- und Bauernkinder in %



Hinzu gegeben von der Partei...

„Die geistige Erneuerung unseres Volkes würde auf halbem Wege stehenbleiben, würde sie nicht auch eine gründliche Reform des gesamten Hochschul- und Universitätswesens umfassen. Der neue Geist eines wahrhaft fortschrittlichen Humanismus und kämpferischer Demokratie muß in den Hochschulen Einzug halten.“

Gemeinsamer Aufruf von KPD und SPD zur demokratischen Schulreform, Oktober 1945



Universität Jena

32.0000
AUS HOCHSCHUL-NACHRICHTEN DES IN- UND AUSLANDES

Vorläufiges Studentenstatistik für die Hochschulen der sowjetischen Besatzungszone

Die Statistik zeigt die Entwicklung der Hochschullernerschaft in der sowjetischen Besatzungszone. Im Vergleich mit dem Vorjahr 1947/48 ist die Zahl der Studierenden in der Besatzungszone um 10,1% gestiegen. Die Zahl der weiblichen Studierenden ist um 10,1% gestiegen.

Zentralverordnungsblatt
TEIL I

Amtliches Organ der Deutschen Wirtschaftskommission und ihrer Hauptverwaltung sowie der Deutschen Verwaltung für Wissenschaft, Kunst und Kultur
Herausgegeben von der Deutschen Justizverwaltung der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland
1949 Berlin, den 21. April 1949 Nr. 28

Wiedereröffnung der Universitäten:

JENA	OKTOBER 1945
BERLIN	JANUAR 1946
HALLE	
LEIPZIG	
FREIBERG	FEBRUAR 1946
GREIFSWALD	
ROSTOCK	
DRESDEN	OKTOBER 1946

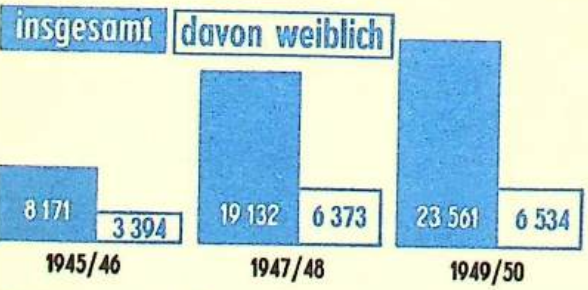
Deutsche Wirtschaftskommission

Vorbereitung
Über die Erhaltung und die Entwicklung der Hochschullernerschaft und Kultur die weitere Vorbereitung der Lage der Hochschulen und die Bewegung ihrer Sache in der Produktion und im öffentlichen Leben.

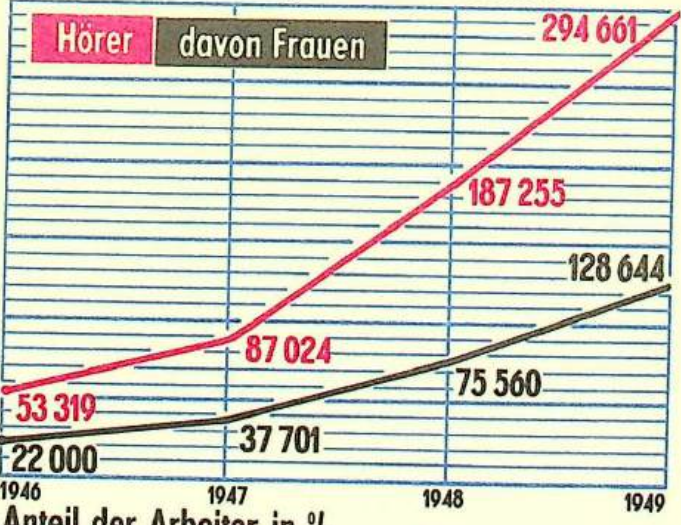
Hochschulprogramm der FDJ

Die bestehenden Kurse zur Vorbereitung von Arbeitern, Bauern und ihren Kindern für das Studium an den Hochschulen (Vorlehre- und Bauernkinderkurse) umzugestalten. Den volkswirtschaftlichen und gewerkschaftlichen und den öffentlichen Institutionen wird empfohlen, sich an der Sicherung des Unterhaltes der von ihnen an die Hochschulen entsandten Studierenden zu beteiligen.

Zahl der Studierenden an Universitäten und Hochschulen der sowjetischen Besatzungszone



Entwicklung der Fachschulen



Herausgegeben von der Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED

„Unser Ziel einer demokratischen Erneuerung der deutschen Kultur bedeutet den Kampf für die Hebung des Menschengeschlechtes. Der schaffende Mensch mit allen seinen Nöten, seinen Bedürfnissen und Rechten, aber auch mit all seinen unerschöpflichen Fähigkeiten soll im Mittelpunkt der kulturellen Gestaltung stehen.“

Entscheidung des Ersten Kulturtages der SED, Berlin 1948

PROTOKOLL
DER VERHANDLUNGEN

des Ersten Kulturtages
DER SOZIALISTISCHEN
EINHEITSPARTEI
DEUTSCHLANDS

1948



JOHANNES R. BECHER
ERZIEHUNG
ZUR
FREIHEIT

HEINRICH MANN
EIN ZEITALTER
WIRD
BESICHTIGT

ANNA SEGHED
Das
übige
Keitz



WILLI BREDEL
die
Söhne



- **September 1945**
Neueröffnung des Deutschen Theaters in Berlin mit Lessings „Nathan der Weise“
- **November 1945**
Wiedereröffnung der Deutschen Bücherei, Leipzig
- **Februar 1946**
Zentrale Kulturtagung der KPD in Berlin
- **April 1946**
Gründung des Dietz Verlages, Berlin
- **Mai 1946**
Verleihung der Lizenz an die DEFA durch die SMAD
- **August 1946**
I. Deutsche Kunstausstellung in Dresden
- **Oktober 1946**
Uraufführung des ersten DEFA-Spielfilmes „Die Mörder sind unter uns“
- **Januar 1947**
Kulturkonferenz der SED in Berlin
- **Oktober 1947**
I. Deutscher Schriftstellerkongreß in Berlin
- **Dezember 1947**
Erscheinen des Band 1 von Karl Marx „Das Kapital“ im Dietz Verlag, Berlin
- **Januar 1948**
Uraufführung von Brechts „Furcht und Elend des Dritten Reiches“
- **Mai 1948**
Erster Kulturtag der SED in Berlin
- **März 1949**
Verordnung der DWK über die Erhaltung und Entwicklung der deutschen Wissenschaft und Kultur
- **August 1949**
Goethe-Festtage der deutschen Nation in Weimar · Verleihung des Nationalpreises

„In heroischen Kämpfen überwand die Werktätigen die furchtbaren Folgen der Kriegs- und Katastrophenpolitik des deutschen Imperialismus.

Mit dem Halbjahrplan von 1948, mit dem Zweijahresplan 1949/50, unter der Losung

» Mehr produzieren, gerecht verteilen, besser leben «

begannen sie die materiellen Grundlagen für eine gesicherte Zukunft des Volkes zu schaffen.“
Thesen „20 Jahre DDR“

Referat und Diskussion
über die
Richtlinien der KPD
zur Wirtschaftspolitik
VERLAG NEUER WEG/BERLIN

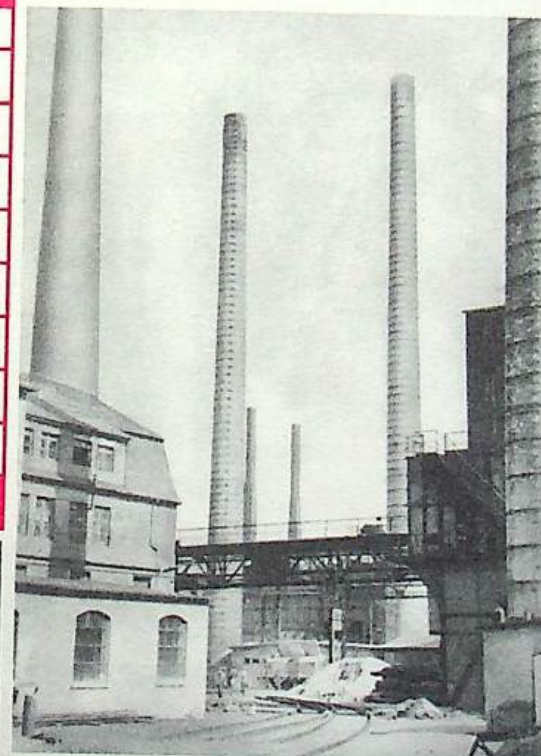
DER
DEUTSCHE
ZWEIJAHR
PLAN
für 1949-50

Der Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands beschließt den Zweijahr-Wirtschaftsplan für 1949-1950 und stimmt der Begründung von Walter Ulbricht zu. Das Zentralsekretariat wird beauftragt, der Deutschen Wirtschaftskommission den Plan mit dem Ersuchen zu überreichen, den Zweijahresplan zu beraten und als Gesetz zu beschließen. Außerdem soll der Plan dem Deutschen Volksrat zur Kenntnisnahme und zur eventuellen Beratung im Wirtschaftsausschuss überreicht werden.

Beschluß vom 30. Juni 1948



des Vorkriegsstandes



VEB Stahl- und Walzwerk Riesa



Die Investitionen in den Jahren 1949/50 betragen 2,5 Mrd. Mark, das waren 128% des vorgegebenen Planzieles.

Steigerung
der
Arbeitsproduktivität
und Verbesserung
der materiellen Lage
der
Arbeiter und Angestellten

Beatz Nr. 234

und Arbeitsverordnungen

VERORDNUNG

über die Arbeitsverhältnisse in
Betrieben des öffentlichen Dienstes
in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands

VERORDNUNG

über Jugendarbeitsverhältnisse
in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands

VERORDNUNG

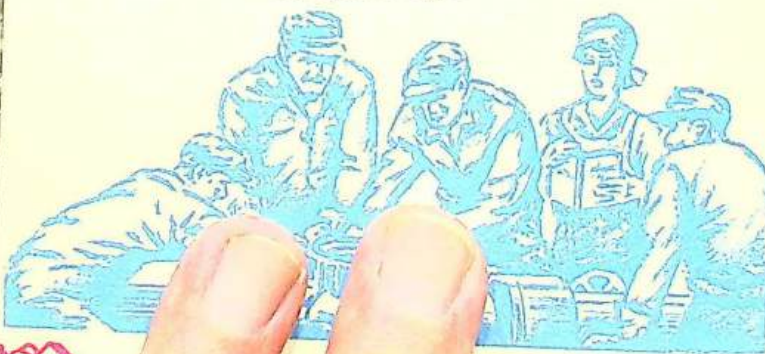
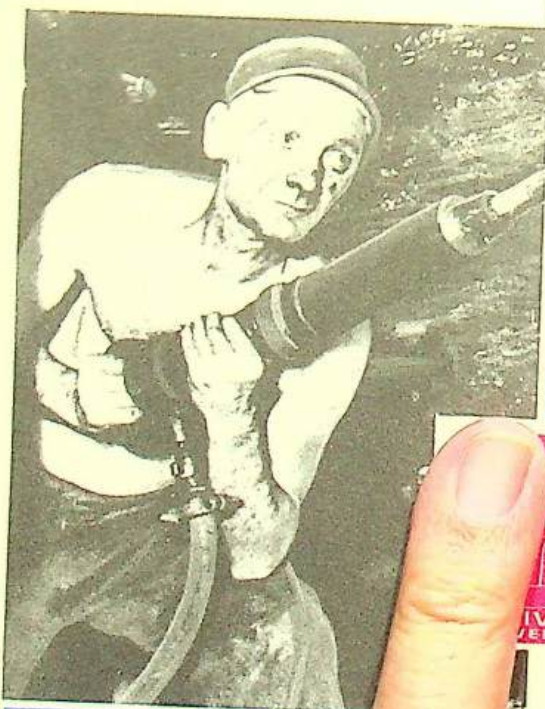
über die Verbesserung der ärztlichen Betreuung
der Arbeiter und Angestellten und über
Maßnahmen zur Regelung der Arbeitsbefreiung
im Krankheitsfalle

VERORDNUNG

über die Ausbildung von Industriearbeitern
in den Berufsschulen

RICHTLINIEN

für die Durchführung
der warmen Zusatzverpflegung in Werkküchen
der Betriebe führender Industriezweige und
des Transportwesens



3. O 49
der ... rktät
A ... jezeich

„Unsere Menschen in
des Volkes Eigentum
und dem ganzen V...

erne
geb
t ihnen
necke

Herausgegeben von der Parteihochschule

„Und da veranstalten diese hungernden Arbeiter, umgeben von einer Atmosphäre böswilliger konterrevolutionärer Agitation der Bourgeoisie, der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre, „kommunistische Subbotniks“, leisten ohne jede Bezahlung Übersundenarbeit und erreichen eine ungeheure Erhöhung der Arbeitsproduktivität, obwohl sie müde, abgerackert, durch Unterernährung erschöpft sind. Ist das etwa nicht das größte Heldentum? Ist das etwa nicht der Anfang einer Wendung, der weltgeschichtliche Bedeutung zukommt?“

Lenn „Die große Initiative“

**Steigerung
der
Arbeitsproduktivität
und Verbesserung
der materiellen Lage
der
Arbeiter und Angestellten**

Befehl Nr. 234
und Ausführungsbestimmungen

ARBEITSORDNUNG
für volkseigene, SAG- und andere Betriebe
in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands

VERORDNUNG
über Jugendarbeitsschutzbestimmungen
für die sowjetische Besatzungszone Deutschlands

VERORDNUNG
über die Verbesserung der ärztlichen Betreuung
der Arbeiter und Angestellten und über
Maßnahmen zur Regelung der Arbeitsbefreiung
im Krankheitsfalle

VERORDNUNG
über die Ausbildung von Industriearbeitern
in den Berufsschulen

RICHTLINIEN
für die Durchführung
der warmen Zusatzverpflegung in Werkküchen
der Betriebe führender Industriezweige und
des Transportwesens

„Und da veranstalten diese hungernden Arbeiter, umgeben von einer Atmosphäre böswilliger konterrevolutionärer Agitation der Bourgeoisie, der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre, „kommunistische Subbotniks“, leisten ohne jede Bezahlung Überstundenarbeit und erreichen eine ungeheure Erhöhung der Arbeitsproduktivität, obwohl sie müde, abgerackert, durch Unterernährung erschöpft sind. Ist das etwa nicht das größte Heldentum? Ist das etwa nicht der Anfang einer Wendung, der weltgeschichtliche Bedeutung zukommt?“

Lenin „Die große Initiative“



**Am 13. Oktober 1949
wurden 25000 Werktätige
als Aktivist ausgezeichnet**

„Unsere Menschen in den volkseigenen Betrieben müssen lernen, daß es ihr und des Volkes Eigentum ist, das sie verwalten, und daß das Ergebnis ihrer Arbeit ihnen und dem ganzen Volke zugute kommt.“

Adolf Hennecke

„Etwas Neues, Großes ist in der Deutschen Demokratischen Republik Wirklichkeit geworden. Werktätige, die vor einigen Jahren noch verzagt ihres Weges gingen, die keine Möglichkeit sahen, wie man die Folgen des Hitlerkrieges überwinden und zu einem neuen Leben kommen kann, stehen jetzt stolz an ihren Maschinen und vollbringen Leistungen, wie sie im alten Deutschland nicht möglich waren.“

Walter Ulbricht, III. Parteitag der SED, Juli 1950



Berufstätige in der Volkswirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone 1945

Land	Berufstätige		darunter Arbeiter und Angestellte	
	insgesamt	davon weiblich	in Industrie und Handwerk	in Land- und Forstwirtschaft
Brandenburg	797 238	365 841	221 579	108 193
Mecklenburg	524 977	235 877	95 757	99 706
Sachsen-Anhalt	1 378 080	576 194	452 311	229 947
Thüringen	1 040 648	457 019	382 007	82 576
Sachsen	2 065 341	951 839	924 320	153 023
Sowjetische Besatzungszone	5 806 284	2 586 770	2 075 974	673 445

Berufstätige, darunter Arbeiter und Angestellte (in 1000)

Jahr	Berufstätige (ohne Lehrlinge)		Arbeiter und Angestellte	
	insgesamt	davon weiblich	insgesamt	davon weiblich
1945*	5 806	2 587	2 749	—
1949	7 313	2 989	4 900	1 715

*ohne Berlin, ohne Umsiedler

Die Zerstörungen des Krieges und die Disproportionen aus der Spaltung Deutschlands erschwerten den Aufbau einer Friedenswirtschaft gewaltig. Durch den Heroismus der Arbeiter und aller Werktätigen, durch die kluge, auf zentraler Planung und Leitung aufgebaute Wirtschaftspolitik der SED wurden diese Schwierigkeiten überwunden.

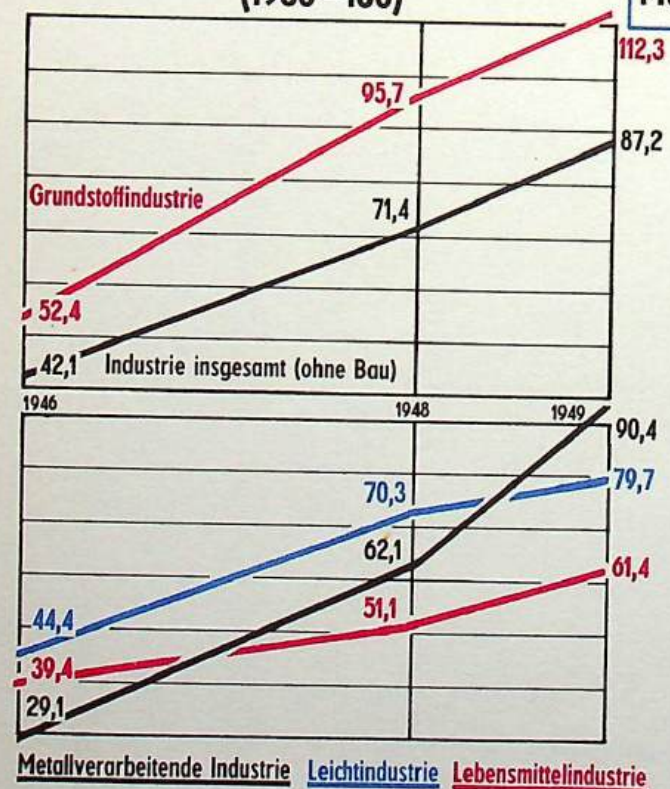
Produktion insgesamt/Mio Mark

1946	1948	1949
8894	15071	18402
Industrie insgesamt (ohne Bau)		
3019	5511	6472
Grundstoffindustrie		
1370	2925	4259
Metallverarbeitende Industrie		
2769	4384	4970
Leichtindustrie		
1736	2251	2701
Lebensmittelindustrie		

Produktion ausgewählter Erzeugnisse

1948	1946	1936
14599	11536	14000
Elektroenergie Mio kWh		
29822	29000	23529
Braunkohlenbrikett/1000 t		
936	655	953
Kalisalze K₂O 1000 t		
305	153	1199
Rohstahl in Blöcken/1000 t		
155134	88010	301220
Schwefelsäure t SO₃		
936	570	1686
Zement/1000 t		
27,4	12,2	98,9
Landwirtschaftl. Maschinen/Mio M		

Bruttoproduktion in der Industrie (1936=100)



Produktion pro Kopf der Bevölkerung in Mark

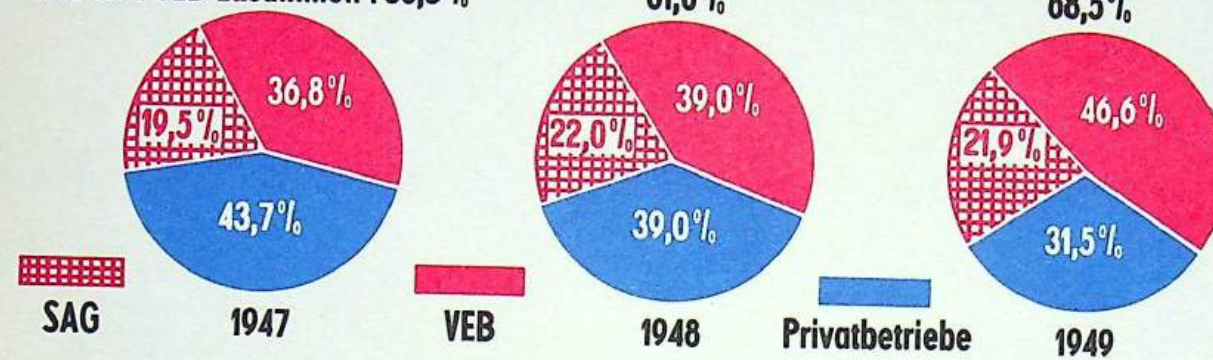
1946	1948	1949
492	790	974
Industrie insgesamt (ohne Bau)		
167	289	343
Grundstoffindustrie		
76	153	225
Metallverarbeitende Industrie		
153	230	263
Leichtindustrie		
96	118	143
Lebensmittelindustrie		

„Vom Erfolg der volkseigenen Betriebe wird der Gesamterfolg unserer Arbeit zur Steigerung der Wirtschaft . . . abhängen. Die volkseigenen Betriebe haben eine große Zukunft vor sich.“

Beschluß des Parteivorstandes der SED, Juni 1948

Anteil an der Bruttonproduktion der Industrie (ohne Bau)

SAG und VEB zusammen : 56,3%



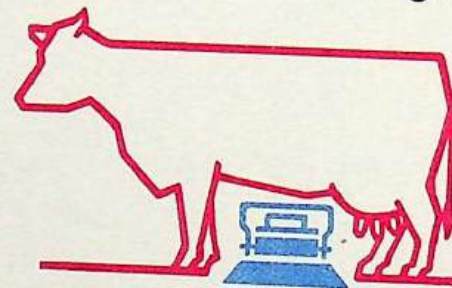
Anteil an der Bruttonproduktion des Industriezweiges in %

Industriezweig	1947		1948		1949		
Grundstoffindustrie							
Energie	92,6	7,4	93,3	6,7	98,9	1,1	
Bergbau- erzeugnisse	97,8	2,2	95,0	5,0	97,8	2,2	
Metallurgie- erzeugnisse	97,1	2,9	97,3	2,7	97,7	2,3	
Chemie- erzeugnisse	74,4	25,6	78,8	21,2	83,8	16,2	
Metallverarbeit. Industrie							
Maschinenbau- erzeugnisse	98,5	1,5	73,1	26,9	77,5	22,5	
Elektrotechnische Erzeugnisse	80,2	19,8	78,9	21,1	86,1	13,9	
Feinmechanische und optische Erzeugnisse	66,6	33,4	71,5	28,5	80,0	20,0	
Leichtindustrie							
Textilien	53,9	46,1	53,0	47,0	60,4	39,6	
Konfektionserzeugnisse, Leder, Schuhe	25,1	74,9	36,2	63,8	41,5	58,5	
Zellstoff und Papier			46,3	53,7	57,0	43,0	
Nahrungs- u. Genußmittel- industrie	23,8	76,2	35,8	64,2	41,9	58,1	

Ernteerträge der Landwirtschaft in dt/ha


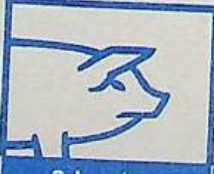


					
Jahr	Getreide insgesamt	Kartoffeln	Zuckerrüben	Gemüse	Feldfutterpflanzen (Heuertrag)
1934/38	20,6	173,0	291,0	133,3	51,1
1946	14,8	135,3	203,2	—	42,1
1948	16,0	154,3	229,7	158,1	38,0

Milchproduktion (durchschnittliche Jahresleistung in kg je Kuh)



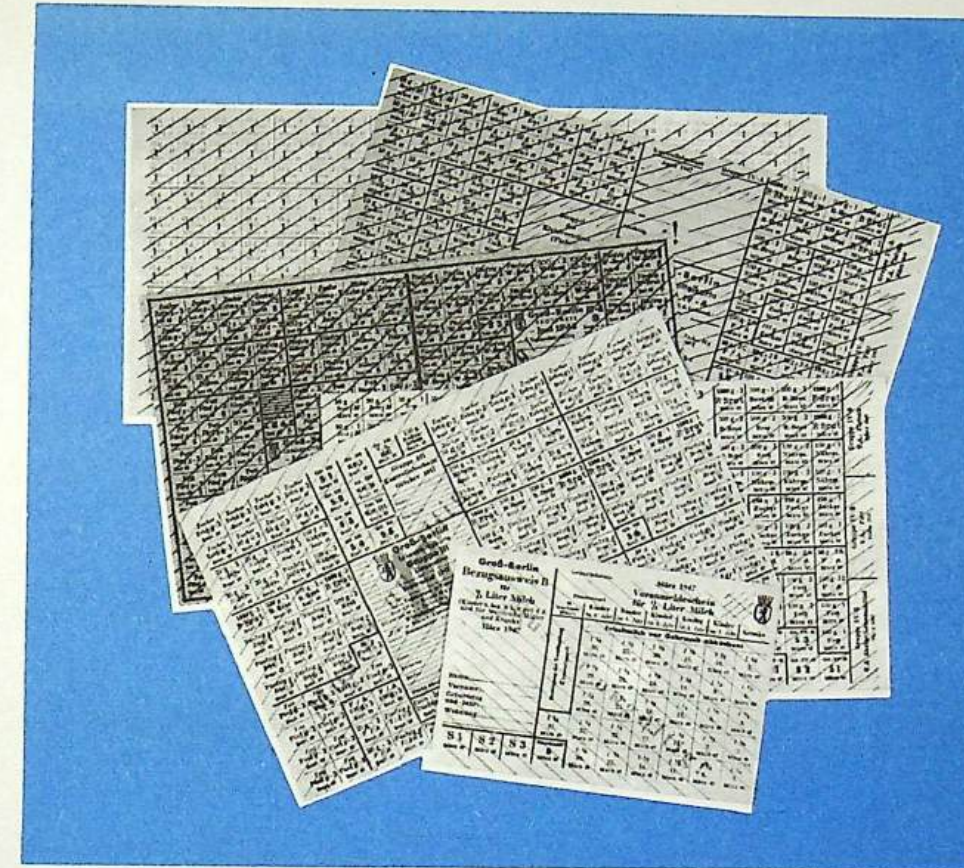
1934/38	2537
1946	1849
1949	1992

Der Nutzviehbestand (Stand vom 3. Dezember) – in 1000 Stück

				
Jahr	Rinder	Schweine	Schafe	Ziegen
1938	3653	5707	1763	679
1946	2764	1967	878	898
1949	3311	4317	900	1007

Die Versorgung der Bevölkerung durch den Einzelhandel (1950 = 100)

Jahr	1946	1948	1949
Fleisch und Fleischwaren	29,0	37,6	47,2
Fette insgesamt	33,0	35,8	56,0
Trinkmilch und Sahne	53,6	45,5	69,8
Weißzucker	44,4	77,3	92,4
Obertrikotagen	25,1	83,3	94,4
Untertrikotagen	13,1	21,2	74,2
Lederschuhe	6,8	31,9	62,8



Rationssätze der Lebensmittelkarten (Gramm je Tag)

	Brot		Nährmittel		Fleisch u. Wurst		Fett		Zucker		Marmelade	
	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b
a - für Arbeiter												
b - für Kinder bis 15 J.												
November 1945	350	250	20	15	25	20	10	20	20	25	30	30
Dezember 1949	475	400	68,3	55	40	40	18,3	30	35	55	30	—

26

„Die Sowjetunion hat dem deutschen Volke in all den Jahren nach der Zerschlagung der Hitlermacht eine große unschätzbare Hilfe geleistet, in materieller Hinsicht durch die Lieferung wertvoller Lebensmittel, Maschinen und Betriebsausrüstungen, durch die Vermittlung der reichen Erfahrungen beim planmäßigen wirtschaftlichen Aufbau, in politischer Hinsicht durch die Ermöglichung demokratischer Reformen auf allen Gebieten des Lebens, in der Schaffung einer demokratischen Ordnung.“

Antrittsrede des Präsidenten der DDR, Wilhelm Pieck, am 11. Oktober 1949

Befehle des Obersten Chefs
der Sowjetischen Militärverwaltung
in Deutschland
—
Aus dem Stab
der Sowjetischen Militärverwaltung
in Deutschland
SAMW/ST/ST
Jänner bis Juni
1948
Befehl des Obersten Chefs
der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland und
des Stabs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland
an die Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland



Die Sowjetunion half uns durch:

- Gewährung der Rechte zur Durchführung demokratischer Reformen;
- Übermittlung großer Erfahrungen auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens;
- Wirtschaftliche Unterstützung zur Sicherung der Ernährung der Bevölkerung, des Aufbaus von Industrie und Landwirtschaft;
- Auftreten und Wirken auf internationaler Ebene.
- Militärischen Schutz des antifaschistisch-demokratischen Aufbaus vor konterrevolutionären imperialistischen Anschlägen;

Durch die Offiziere und Soldaten der Sowjetarmee kam den deutschen Antifaschisten „die konzentrierte Weisheit eines Volkes zu Hilfe, das sich selbst in Jahrzehnten härtester Kämpfe und größter Schwierigkeiten ein neues Leben aufgebaut hat und ungeheure Erfahrungen in allen Fragen der Leitung von Staat und Wirtschaft, in der Führung großer Massenorganisationen und in der Vernichtung der Anschläge der Volksfeinde mitbrachte. Von der Kommunistischen Partei der Sowjetunion erzogen, setzten sich die Sowjetmenschen in Uniform selbstlos für die Sache des Friedens und der Völkerfreundschaft ein.“

Walter Ulbricht

„Wir sind stets davon ausgegangen, daß die demokratischen Kräfte gemeinsam die Verantwortung für die Geschicke des Volkes tragen müssen. Natürlich ruht auf den Schultern der Arbeiterklasse, dem fortschrittlichsten Kern der modernen Gesellschaft, die Hauptlast. Durch die in jahrelanger gemeinsamer Arbeit gesammelten Erfahrungen haben sich alle Parteien von der Notwendigkeit der führenden Rolle der Arbeiterklasse und der Richtigkeit ihrer Bündnispolitik überzeugen können.“

Walter Ulbricht zum 20. Jahrestag der Gründung des Demokratischen Blocks

1945	KPD · SPD · CDU · LDPD
1948	SED · CDU · LDPD · DBD · NDPD · FDGB
1950	SED · CDU · LDPD · DBD · NDPD · FDGB · FDJ
1952	SED · CDU · LDPD · DBD · NDPD · FDGB · FDJ · DFD



Die antifaschistische demokratische Einheit ist da

Einheitsfront der Kommunistischen Partei Deutschlands, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands und der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands



Die Nationale Front verteidigt Deutschlands Frieden

Der Demokratische Block der antifaschistischen Parteien beschloß grundsätzliche Programme für seine Arbeit im Interesse Gesamtdeutschlands

Die Entwicklung der Massenorganisationen

	Dez. 1946	3,3 Mill. Mitglieder		Juni 1947	2200 Mitglieder
	Dez. 1949	4,7 Mill. Mitglieder		März 1949	69 707 Mitglieder
	Nov. 1946	395 500 Mitglieder		Mai 1947	93 000 Mitglieder
	Nov. 1949	936 460 Mitglieder		Dez. 1949	152 530 Mitglieder
	1947	180 000 Mitglieder		Febr. 1946	43 076 Mitglieder
	1949	506 000 Mitglieder		Jan. 1949	528 993 Mitglieder

„Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist die wahrhaft nationale Partei des deutschen Volkes, denn ihr Programm dient der Gegenwart und Zukunft Deutschlands... Als demokratische und sozialistische Partei tritt sie entschieden für die Erhaltung der Einheit Deutschlands ein und erstrebt durch die Sicherung der demokratischen Entwicklung und des Friedens die baldmöglichste Wiederherstellung der inneren und äußeren staatlichen Unabhängigkeit Deutschlands.“

Manifest an das Deutsche Volk!, April 1946



„Gegen den Widerstand der in der Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden zusammengeschlossenen friedliebenden, antifaschistischen und demokratischen Kräfte des deutschen Volkes ging die westdeutsche Großbourgeoisie gemeinsam mit den imperialistischen Westmächten dazu über, die Westzonen aus dem deutschen Nationalverband abzuspalten. Sie wollten damit ihre Machtpositionen wenigstens in einem Teil Deutschlands sichern und eine Basis für ihre Revanchepolitik und Kriegsvorbereitung schaffen.“

Programm der SED

- **September 1946** Der Parteivorstand der SED veröffentlicht das Dokument „Die Grundrechte des deutschen Volkes“
- **November 1946** Der Parteivorstand der SED legt den Entwurf einer Verfassung für eine deutsche demokratische Republik der Öffentlichkeit zur Diskussion vor.
- **Februar 1947** Der Parteivorstand der SED fordert einen Volksentscheid über die Bildung eines Einheitsstaates mit demokratischer Selbstverwaltung der Länder und Gemeinden.
- **Juli 1947** Die SED protestiert gegen die Versklavung Westdeutschlands durch den Marshall-Plan.
- **November 1947** Aufruf des Parteivorstandes der SED zu einem deutschen Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden.
- **März 1948** Der 2. Deutsche Volkskongreß wählt den Deutschen Volksrat
- **Juni 1948** Protest des Parteivorstandes der SED gegen die separate Währungsreform.
- **November 1948** Manifest des deutschen Volksrates „Schließt Frieden mit Deutschland“.
- **Januar 1949** Manifest der 1. Parteikonferenz der SED „Es lebe der Kampf für Einheit und gerechten Frieden“.

Etappen der imperialistischen Spaltung Deutschlands

Dezember 1946
Bildung der Bizone
Juni 1948
Separate Währungsreform in den Westzonen und Westberlin
August 1948
Bildung der Trizone

Oktober 1948
Spaltung des einheitlichen Magistrats von Groß-Berlin
Mai 1949
Inkraftsetzen des Bonner Grundgesetzes durch die Militärgouverneure der Westmächte
September 1949
Bildung der westdeutschen Separatregierung Adenauer

**Aufruf
zu einem Deutschen Volkskongreß
für Einheit und gerechten Frieden**

Die Londoner Außenministerkonferenz hat begonnen. Es geht um die Gestaltung des Friedens für Deutschland. Das deutsche Volk wünscht, daß es darüber zu einer Verständigung der alliierten Mächte kommt. Von einem gerechten Friedensvertrag hängt die Zukunft Deutschlands ab. Es ist der Wille des deutschen Volkes, daß der Friedensvertrag mit ihm abgeschlossen und es durch eine Vertretung auf der Londoner Konferenz gehört wird. Die politischen Parteien in Deutschland wären dafür die berechneten Vertreter.

Leider sind alle Bemühungen zur Bildung einer gesamtdeutschen Beratung der Parteien über die Vertretung der Interessen des deutschen Volkes auf der Außenministerkonferenz an dem Widerstande führender Männer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und bürgerlicher Parteien in den westlichen Besatzungszonen gescheitert. Schließlich hat auch noch der Führer der Christlich-Demokratischen Union in der sowjetischen Besatzungszone seine Zustimmung verweigert. In einem der entscheidendsten Augenblicke versagen die Führer dieser Parteien und lassen das deutsche Volk im Stich.

Allen Parteien, Organisationen und Großbetrieben empfehlen wir, sofort Stellung zu unserem Vorschlag zu nehmen und die Vorbereitungen für die Entsendung der Delegierten zu diesem Volkskongreß zu treiben. Weitere Verständigung zwischen den zur Teilnahme bereiten Organisationen soll unmittelbar erfolgen.

Berlin, den 20. November 1947

**Der Parteivorstand
der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands**
Wilhelm Pieck Otto Grotewohl



Der Deutsche Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden am 6. und 7. Dezember 1947 in Berlin, zusammengesetzt aus Vertretern aller Volkskreise, der politischen Parteien und aller weltanschaulichen Richtungen, der Gewerkschaften und aller anderen antifaschistisch-demokratischen Organisationen aus ganz Deutschland, ist der lebendige Willensausdruck des deutschen Volkes für einen baldigen gerechten und demokratischen Frieden.

**Soziale Zusammensetzung der Deutschen
Volkskongresse für Einheit und gerechten Frieden**

	1. Volkskongreß 1947	2. Volkskongreß 1948	3. Volkskongreß 1949
Delegierte	2 215	1 989	2 088
davon aus den Westzonen	664	512	647
Arbeiter (einschließl. Landarbeiter)	582	346	514
Angestellte (einschl. Funktionäre der Parteien u. Organisationen)	921	871	826
Bauern	35	79	110
Handwerker	93	99	95
Ingenieure und Techniker	39	74	66
Lehrer	117	68	85
Akademische Berufe, Freischaffende und Sonstige	428	452	392

Wahlen zum 3. Deutschen Volkskongreß, Mai 1949, – Wahlergebnisse:

13,5 Mill. Stimmberechtigte

95,2 Prozent Wahlbeteiligung

66,1 Prozent JA-STIMMEN

33,9 Prozent NEIN-STIMMEN

**Die politische Zusammensetzung des vom 3. Deutschen Volkskongreß
gewählten Deutschen Volksrates**

90	SED
45	CDU
45	LDPD
15	NDPD
15	DBD

30	FDGB
10	FDJ
10	DFD
10	VVN
10	Kulturbund

5	VdgB
5	Genossenschaften
5	SPD-Berlin
35	hervorragende Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Kunst

„Die Partei ist sich dessen bewußt, daß sie ihre große geschichtliche Aufgabe der Festigung der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands nur erfüllen kann, wenn sie ihre eigenen Reihen festigt. Die Bildung der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands macht die Umwandlung der SED zu einer Partei neuen Typus noch dringender erforderlich; denn die Schaffung und Stärkung der Nationalen Front... ist eine wichtige politische Aufgabe.“

Entscheidung des Parteivorstandes der SED, Oktober 1949



GRÜNDUNG DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK



Wilhelm Pieck
Präsident der DDR

Am 3. 1. 1876 in Guben geboren. Tischler. Seit 1895 Mitglied und Funktionär der SPD. Kampfgefährte K. Liebknechts und R. Luxemburgs. Mitbegründer des Spartakusbundes und der KPD. Mitglied des ZK der KPD und Reichstagsabgeordneter. Hervorragender Marxist-Leninist und konsequenter Verfechter der Freundschaft mit der Partei Lenins und der UdSSR. Mitglied des Präsidiums des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. 1935 Vorsitzender der KPD (nach der Einkerkung E. Thälmanns durch die Faschisten). Vorkämpfer für die revolutionäre Einheit der Arbeiterbewegung. 1946 zusammen mit O. Grotewohl Vorsitzender der SED.

Am 11. 3. 1894 in Braunschweig geboren. Buchdrucker. Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend und seit 1912 Mitglied der SPD. In der Novemberrevolution Vorsitzender und Mitglied von Arbeiter- und Soldatenräten. In den Jahren der Weimarer Republik Vorsitzender des Landesverbandes Braunschweig der SPD und Reichstagsabgeordneter. Während der Hitlerdiktatur illegale antifaschistische Arbeit, von der Gestapo verfolgt und verhaftet. 1945 Vorsitzender des Zentralkomitees der SPD. Vorkämpfer für die revolutionäre Einheit der Arbeiterbewegung. 1946 zusammen mit W. Pieck Vorsitzender der SED.



Otto Grotewohl
Ministerpräsident



Johannes Dieckmann
Präsident der Volkskammer

„Der Deutsche Volksrat erklärt sich zur Provisorischen Volkskammer im Sinne der von ihm am 19. März 1949 beschlossenen und vom 3. Deutschen Volkskongreß am 30. Mai 1949 bestätigten Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik.“

Beschluß der 9. Tagung des Deutschen Volksrates, 7. Oktober 1949



Dr. Reinhold Lobedan
Präsident d. Länderkammer

„Als Antwort auf die Spaltung Deutschlands und mit dem erklärten Ziel, dem deutschen Imperialismus ein für allemal den Weg zu versperren, schufen die patriotischen Kräfte des deutschen Volkes am 7. Oktober 1949 die Deutsche Demokratische Republik. Sie entstand als der historisch legitimierte deutsche Staat... Mit der Gründung der DDR nahm eine alte humanistische Idee, der Gedanke von der Volkssouveränität, reale Gestalt an, wurde das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes verwirklicht. Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik war ein Wendepunkt in der Geschichte des deutschen Volkes, ein Wendepunkt auch für die Geschichte Europas.“

Thesen „20 Jahre DDR“



Die Jugend begrüßt die junge Republik



Übergabe der Verwaltungsfunktionen an die Provisorische Regierung der DDR durch die SMAD

**GESETZESWERK
DER VOLKSKAMMER
1949/1950**

Von der Volkskammer wurde ein bis dahin einmaliges und umfassendes Gesetzeswerk verabschiedet. Die Initiative ging von der SED aus. Ihre Vorschläge wurden im Demokratischen Block beraten, so daß an der Ausarbeitung der Gesetze alle Parteien und Massenorganisationen mitwirkten.

7. 12. 49	Landarbeiterschutzgesetz
8. 2. 50	Jugendförderungsgesetz
22. 3. 50	Verordnung zur Entwicklung einer fortschrittlichen demokratischen Kultur
19. 4. 50	Gesetz der Arbeit
9. 8. 50	Gesetz zur Förderung des Handwerks
8. 9. 50	Gesetz über die Entschuldung und Kredithilfe für Klein- und Mittelbauern
8. 9. 50	Umsiedlergesetz
27. 9. 50	Gesetz über den Schutz von Mutter und Kind und die Rechte der Frau
15. 12. 50	Gesetz zum Schutze des Friedens



32

Herausgegeben von der Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED



III. PARTEITAG DER SED

„Er ist ein Parteitag des verstärkten Kampfes um den Frieden, des gesteigerten und offensiven Kampfes für die demokratische Einheit unseres Vaterlandes, des Kampfes und der Arbeit für eine rasche Entwicklung unserer Volkswirtschaft durch die Erfüllung unseres großen Fünfjahrplans.“

Wilhelm Pieck, III. Parteitag der SED, Juli 1950

STATUT

DER
SOZIALISTISCHEN
EINHEITSPARTEI
DEUTSCHLANDS



Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Entschliessung des III. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom 20. bis 24. Juli 1950

I. Der Kampf um den Frieden

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist entschlossen, den Kampf um den Frieden zu führen. Sie fordert die Abschaffung des Atomwaffenbegriffs und die Verhinderung der Ausbreitung der Atomkraft. Sie fordert die Abschaffung der Atomwaffen und die Verhinderung der Ausbreitung der Atomkraft. Sie fordert die Abschaffung der Atomwaffen und die Verhinderung der Ausbreitung der Atomkraft.

Der Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik (1951-1955)

Indikator	1950	1951	1952	1953	1954	1955
Produktionswert	100	115	130	145	160	175
Industrie- und Bauwesen	100	115	130	145	160	175
Handel und Dienstleistungen	100	115	130	145	160	175
Landwirtschaft	100	115	130	145	160	175
Transport	100	115	130	145	160	175
Wissenschaft und Kultur	100	115	130	145	160	175
Wohlfahrt	100	115	130	145	160	175



Walter Ulbricht begründete den Entwurf des ersten Fünfjahrplans



Delegation des Stahlwerks Brandenburg grüßt den Parteitag

VOLKSWAHLEN 1950

„Die neue Stufe der Zusammenarbeit kam sehr deutlich in dem neuen Charakter der Volkswahlen zum Ausdruck. In ihnen stellten sich die Vertreter der verschiedenen Parteien und Massenorganisationen dem Volke mit einem gemeinsamen Programm und auf einer gemeinsamen Liste zur Wahl . . . Wir sehen darin einen großen Beitrag zur Festigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht und zur Entwicklung neuer politischer und gesellschaftlicher Beziehungen.“

Walter Ulbricht



„Wir können uns den Luxus nicht leisten, getrennt zu den Wahlen zu marschieren. Wir wissen aber, daß gerade in dieser Einigkeit aller Richtungen jetzt ein großes wirtschaftliches und politisches und letzten Endes auch moralisches Plus liegt.“

Otto Nuschke,
Nationalkongreß, August 1950



98,5 %
Wahlbeteiligung

Ergebnisse der Wahlen:

99,7 %
Stimmen für die gemeinsame
Liste der Nationalen Front

Stand November 1950

Fraktionen	Volkskammer	Länderkammer (einschl. Berliner Vertreter)
SED	100	17
CDU	60	7
LDPD	60	7
NDPD	30	7
DBD	30	7
FDGB	40	8
FDJ	20	3
DFD	15	3
VVN	15	—
Kulturbund	20	2
VdgB	5	—
Genossenschaften	5	2

Zusammensetzung der Regierung	
SED	10 Minister
CDU	4 Minister
LDPD	2 Minister
NDPD	2 Minister
DBD	1 Minister
FDGB	1 Minister
Parteilos	1 Minister

2. Parteikonferenz der SED

„Die demokratische und wirtschaftliche Entwicklung sowie das Bewußtsein der Arbeiterklasse und der Mehrheit der Werktätigen sind jetzt so weit entwickelt, daß der Aufbau des Sozialismus zur grundlegenden Aufgabe geworden ist.“

Walter Ulbricht, 2. Parteikonferenz der SED, Juli 1952



Die Beschlüsse der 2. Parteikonferenz der SED fanden in der Arbeiterklasse und bei den fortgeschrittenen Menschen in den anderen Schichten lebhaften Widerhall. In Leipzig bekundeten 200 000 Werktätige in einer machtvollen Demonstration ihre Bereitschaft, am Aufbau des Sozialismus mitzuarbeiten. In Dresden und Halle waren es 80 000, in Erfurt über 60 000 Werktätige, die auf Großkundgebungen die Beschlüsse der Parteikonferenz begrüßten. Tausende von Arbeitern, Technikern und Ingenieuren übernahmen neue Produktionsverpflichtungen.

35

Herausgegeben von der Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED

NEUE ZEIT

BERLINER AUFGABE
TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCH-DEMOKRATISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS
Vorwärts zum 6. Parteitag und zum Aufbau des Sozialismus!
Die Entschliessung des Parteivorstandes der National-DEMOKRATISCHEN Partei Deutschlands vom 25. Juli 1952

Der Morgen

ZENTRALORGAN DER LIBERAL-DEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS
Unsere Mitarbeit in der neuen Epoche
Stellungnahme der Liberal-DEMOKRATISCHEN Partei Deutschlands

National-Zeitung

DAS BLATT DER NATIONAL-DEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS
ENTSCHESSUNG
des Parteivorstandes der National-DEMOKRATISCHEN Partei Deutschlands zu dem Beschluß der 2. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, den Aufbau des Sozialismus zu gewährleisten

Bauern Echo

Organ der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands
Die werktätigen Bauern wollen in Wohlstand und Kultur leben
Ernst Goldenbaum zum Aufbau des Sozialismus in der DDR

Die mit der Arbeiterklasse verbündeten Parteien gaben dem historischen Beschluß der 2. Parteikonferenz der SED ihre volle Zustimmung.

„Der Staat der Deutschen Demokratischen Republik führt erfolgreich die Funktionen der Diktatur des Proletariats aus. Das heißt, er löst die Grundaufgabe der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus -- den Aufbau der wirtschaftlichen und kulturellen Grundlagen des Sozialismus sowie die Unterdrückung der volkfeindlichen Kräfte -- und organisiert den Schutz der Heimat.“

Walter Ulbricht, Rede zum Karl-Marx-Jahr, Mai 1953



Grenzen der Länder

Veränderung der Struktur der staatlichen Organe 1952

Durch Gesetz der Volkskammer vom 23. Juli 1952 wurden anstelle der bisherigen fünf Länder 14 Bezirke gebildet. Dazu kam das Stadtgebiet von Groß-Berlin.

Diese Gliederung entsprach im wesentlichen den wirtschaftlichen Schwerpunkten. Gleichfalls sind die Kreise verkleinert und ihre Zahl von 132 auf 217 erhöht worden. Durch die Veränderung der staatlichen Organe wurden die Formen der Staatsmacht mit ihrem neuen Inhalt in Übereinstimmung gebracht, ihre Struktur der neuen Ökonomie angepaßt, der Staatsapparat enger mit den Werktätigen verbunden und das Prinzip des demokratischen Zentralismus konsequenter durchgesetzt.

Bei den Bezirks- und Kreistagen wurden erstmals ständige Kommissionen als Organe der gewählten Volksvertretungen geschaffen.

Mit all diesen Maßnahmen wurde die führende Rolle der Arbeiterklasse erhöht und die sozialistische Staatsmacht gestärkt.

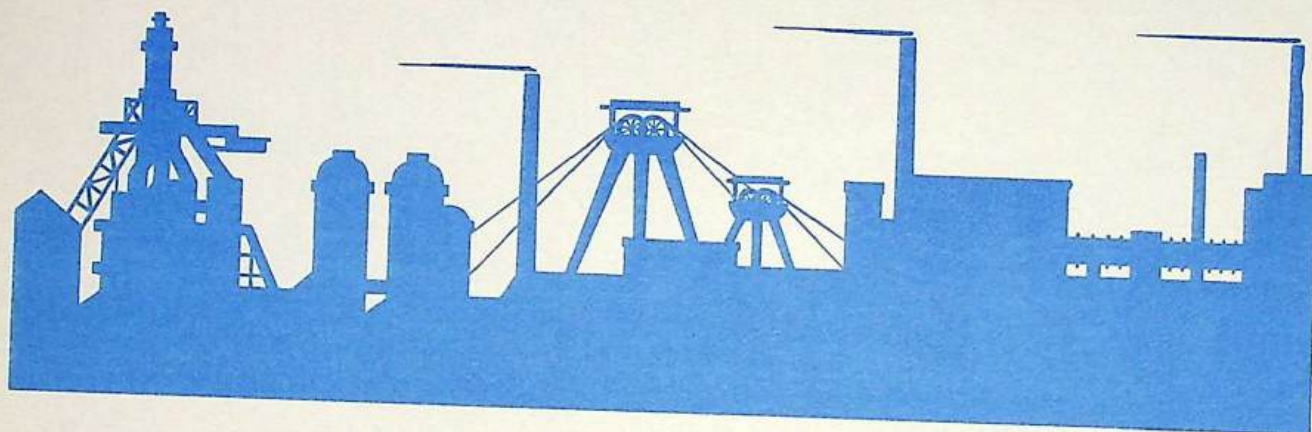


Einteilung der Bezirke

Die ungünstigen Startbedingungen für die Entwicklung der Wirtschaft in der DDR

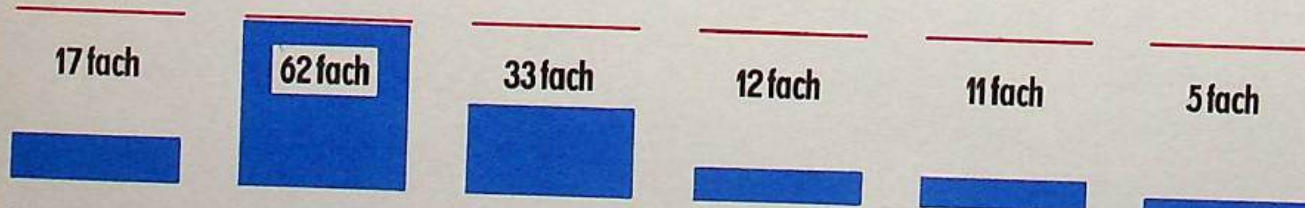
„1949 hatten wir die alten Betriebe zwar größtenteils wiederhergestellt, aber infolge der Zerreißung der deutschen Wirtschaft durch die Bildung des westdeutschen Separatstaates bestanden große Disproportionen in der Wirtschaft.“

Walter Ulbricht,
4. Sitzung der Volkskammer, Dezember 1967



Anteil an der Produktion 1936:

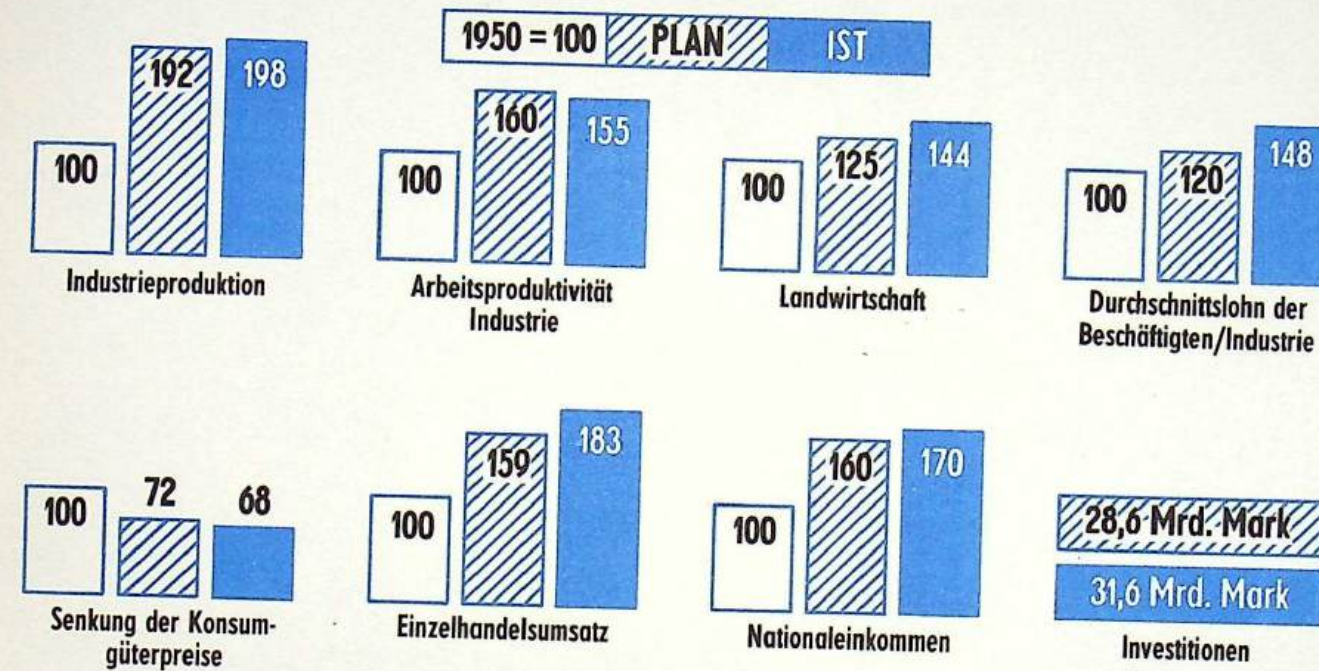
Gebiet der DDR
Gebiet Westdeutschlands



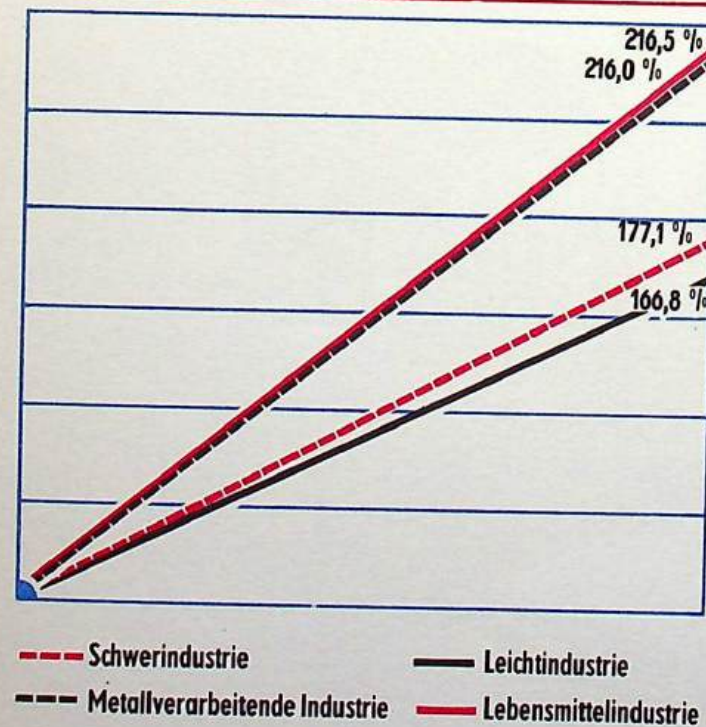
Herausgegeben von der Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED

DER 1. FÜNFJAHRPLAN 1951-1955

Der Fünfjahrplan diente der Konzeption der Arbeiterklasse und aller demokratischen Kräfte, die Deutsche Demokratische Republik zu stärken. Mit dem Fünfjahrplan stellte die SED den aggressiven Plänen der imperialistischen Großbourgeoisie das Programm des friedlichen Aufbaus und der schöpferischen Arbeit zum Wohle des Volkes und des Friedens gegenüber.



Entwicklung der Hauptzweige der Industrie von 1950 (= 100) bis 1955



Großbauten des ersten Fünfjahrplanes

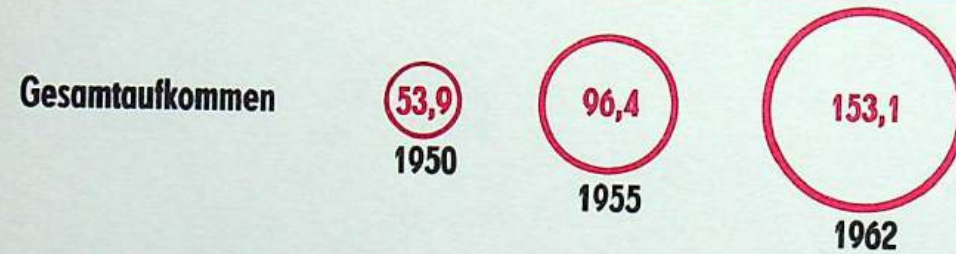
- Eisenhüttenkombinat Ost
- Eisenwerke West bei Calbe
- Großkokerie Lauchhammer
- Edelstahlwerk Freital
- Kraftwerk Elbe
- Kraftwerk Trattendorf
- Matthias-Thesen-Werft, Wismar
- Warnow-Werft, Warnemünde



„Die Arbeiter hatten das Volkseigentum geschaffen. Doch nun galt es, dieses Eigentum zu nutzen, es planmäßig zu vermehren und den größten Nutzen für alle daraus zu erwirtschaften.“

Walter Ulbricht, 4. Sitzung der Volkskammer, Dezember 1967

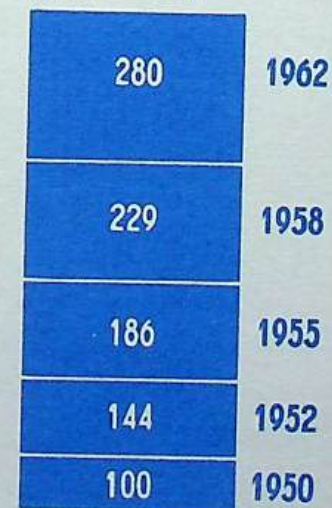
Anteil am Aufkommen des gesellschaftlichen Gesamtprodukts in Mrd. Mark und Prozent



Produziertes Nationaleinkommen in vergleichbaren Preisen (Mrd. Mark)



Index des produzierten Nationaleinkommens in vergleichbaren Preisen (1950 = 100)





„Organisiert und geführt von der Partei, die Erfahrungen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion studierend, begannen die Arbeiter zu lernen und zu begreifen, daß Klassenbewußtsein nicht nur den kompromißlosen Kampf gegen die Imperialisten und Gutsbesitzer bedeutet, sondern auch die Forderung nach höherer Leistung, nach Achtung vor dem gesellschaftlichen Eigentum und nach dem eigenen größtmöglichen Beitrag zur ständigen Steigerung des gesellschaftlichen Reichtums.“

Walter Ulbricht, 4. Sitzung der Volkskammer, Dezember 1967



Teilnehmer an innerbetrieblichen Wettbewerben (jeweils IV. Quartal)

1953	1955	1958	1961
1 309 483	1 773 594	2 460 509	2 900 896

Verbesserungsvorschläge und Erfindungen

Jahr	Eingereichte Neuerungen	In Benutzung genommene Neuerungen		Berechneter Nutzen der realisierten Verbesserungsvorschläge und Erfindungen (in 1000 M)
		Anzahl	Prozent	
1954	437 114	193 585	44	242 451
1955	412 577	162 717	39	262 028
1958	294 955	160 695	56,4	329 491
1961	563 868	357 868	63,3	852 972

Im Wettbewerb um den Titel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ stehende Produktionskollektive und Arbeits- und Forschungsgemeinschaften

Jahr	Anzahl	Mitglieder
1959	59 364	706 657
1960	130 074	1 669 208
1961	130 855	1 752 069



Jahr	Anzahl	Mitglieder
1959	25 684	213 792
1960	37 912	306 298
1961	34 381	268 516



TRIBÜNE

Zu Ehren des 10. Jahrestages der Gründung der DDR Wir wollen auf sozialistische Weise arbeiten, lernen, leben

Jugendbrigade „Nikolai Mami“ fordert Jugendkomplexbrigade „Einheit“ des EKB zum sozialistischen Wettbewerb um den Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit“ auf

Bitterfeld (Fig. Ber.). Nach einer gründlichen Aussprache in einer Versammlung der Brigade „Nikolai Mami“ des Aluminiumwerkes I im Elektrochemischen Kombinat Bitterfeld am 3. Januar 1959 und nach Diskussionen an den Arbeitsplätzen der einzelnen Kollegen im Verlauf des Sonntags beschließen die Mitglieder der Jugendkomplexbrigade, in diesem Jahr einen Wettbewerb um die ehrenvolle Bezeichnung „Brigade der sozialistischen Arbeit“ zu führen. Die Mitglieder der Brigade, die sich das Ziel gestellt haben, auf sozialistische Weise zu arbeiten, zu lernen und zu leben, fordern die Jugendbrigade „Einheit“ des gleichen Werkes auf, mit ihnen in den Wettbewerb zur Erreichung dieses



„Organisiert und geführt von der Partei, die Erfahrungen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion studierend, begannen die Arbeiter zu lernen und zu begreifen, daß Klassenbewußtsein nicht nur den kompromißlosen Kampf gegen die Imperialisten und Gutsbesitzer bedeutet, sondern auch die Forderung nach höherer Leistung, nach Achtung vor dem gesellschaftlichen Eigentum und nach dem eigenen größtmöglichen Beitrag zur ständigen Steigerung des gesellschaftlichen Reichtums.“

Walter Ulbricht, 4. Sitzung der Volkskammer, Dezember 1967



Teilnehmer an innerbetrieblichen Wettbewerben (jeweils IV. Quartal)

1953	1955	1958	1961
1 309 483	1 773 594	2 460 509	2 900 896

Verbesserungsvorschläge und Erfindungen

Jahr	Eingereichte Neuerungen	In Benutzung genommene Neuerungen		Berechneter Nutzen der realisierten Verbesserungsvorschläge und Erfindungen (in 1000 M)
		Anzahl	Prozent	
1954	437 114	193 585	44	242 451
1955	412 577	162 717	39	262 028
1958	294 955	160 695	56,4	329 491
1961	563 868	357 868	63,3	852 972

Im Wettbewerb um den Titel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ stehende Produktionskollektive und Arbeits- und Forschungsgemeinschaften

Jahr	Anzahl	Mitglieder
1959	59 364	706 657
1960	130 074	1 669 208
1961	130 855	1 752 069



Jahr	Anzahl	Mitglieder
1959	25 684	213 792
1960	37 912	306 298
1961	34 381	268 516



TRIBÜNE

Zu Ehren des 10. Jahrestages der Gründung der DDR
Wir wollen auf sozialistische Weise arbeiten, lernen, leben
 Jugendbrigade „Nikolai Mamas“ fordert Jugendkompleksbrigade „Einheit“ des EKB zum sozialistischen Wettbewerb um den Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit“ auf

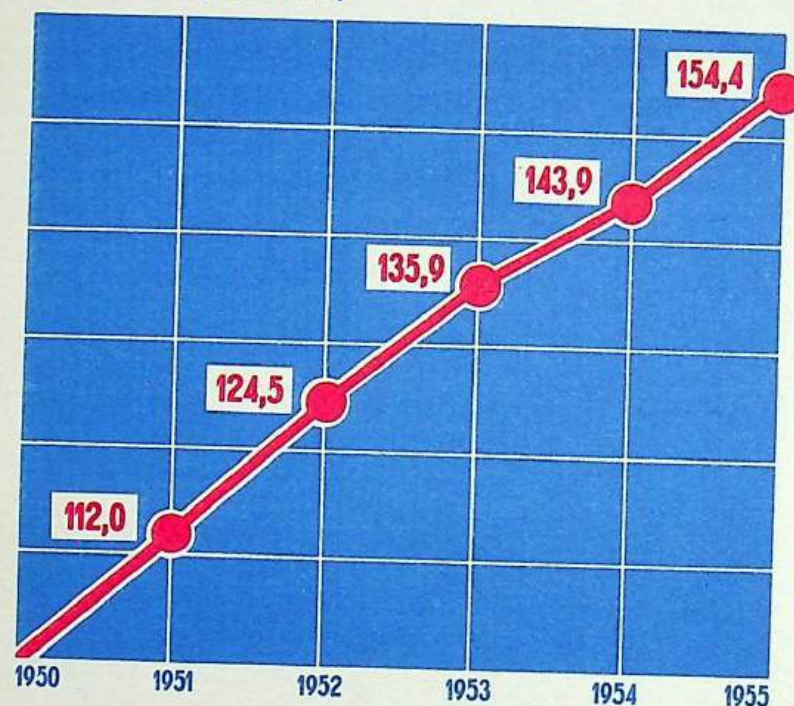
Bitterfeld (Eig. Ber.). Nach einer gründlichen Aussprache in einer Versammlung der Brigade „Nikolai Mamas“ des Aluminiumwerkes I im Elektrochemischen Kombinat Bitterfeld am 3. Januar 1959 und nach Diskussionen an den Arbeitsplätzen der einzelnen Kollegen im Vorlauf des Sonntags beschloßen die Mitglieder der Jugendkompleksbrigade, in diesem Jahr einen Wettbewerb um die ehrenvolle Bezeichnung „Brigade der sozialistischen Arbeit“ zu führen. Die Mitglieder der Brigade, die sich das Ziel gesetzt haben, auf sozialistische Weise zu arbeiten, zu lernen und zu leben, forderten die Jugendbrigade „Einheit“ des gleichen Werkes auf, mit ihnen in den Wettbewerb zur Erreichung dieser

„Die Arbeitsproduktivität ist in letzter Instanz das allerwichtigste, das ausschlaggebende für den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung.“

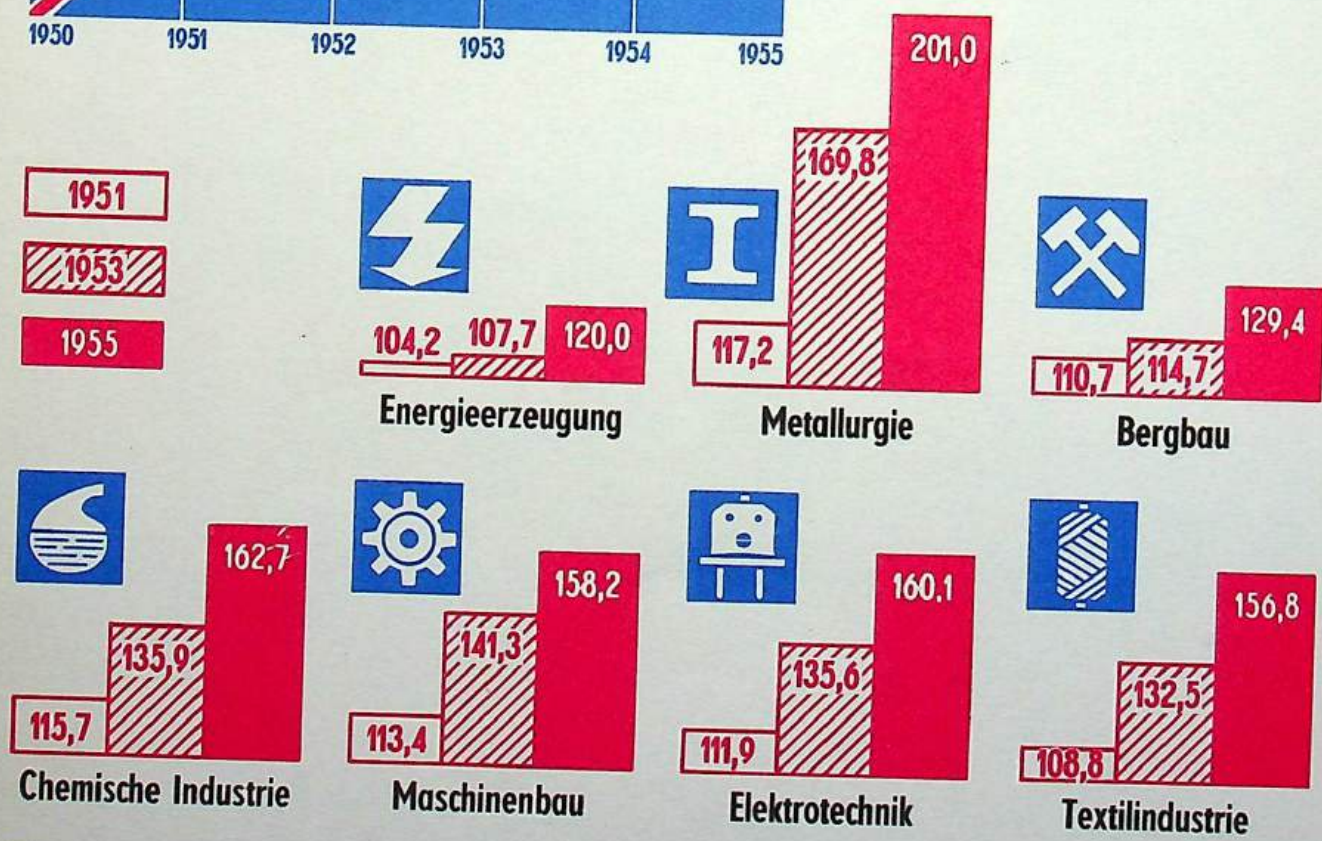
Lenin „Die große Initiative“



INDUSTRIE (ohne Bau)



Steigerung der Arbeitsproduktivität je Produktionsarbeiter in der sozialistischen Industrie (1950=100)

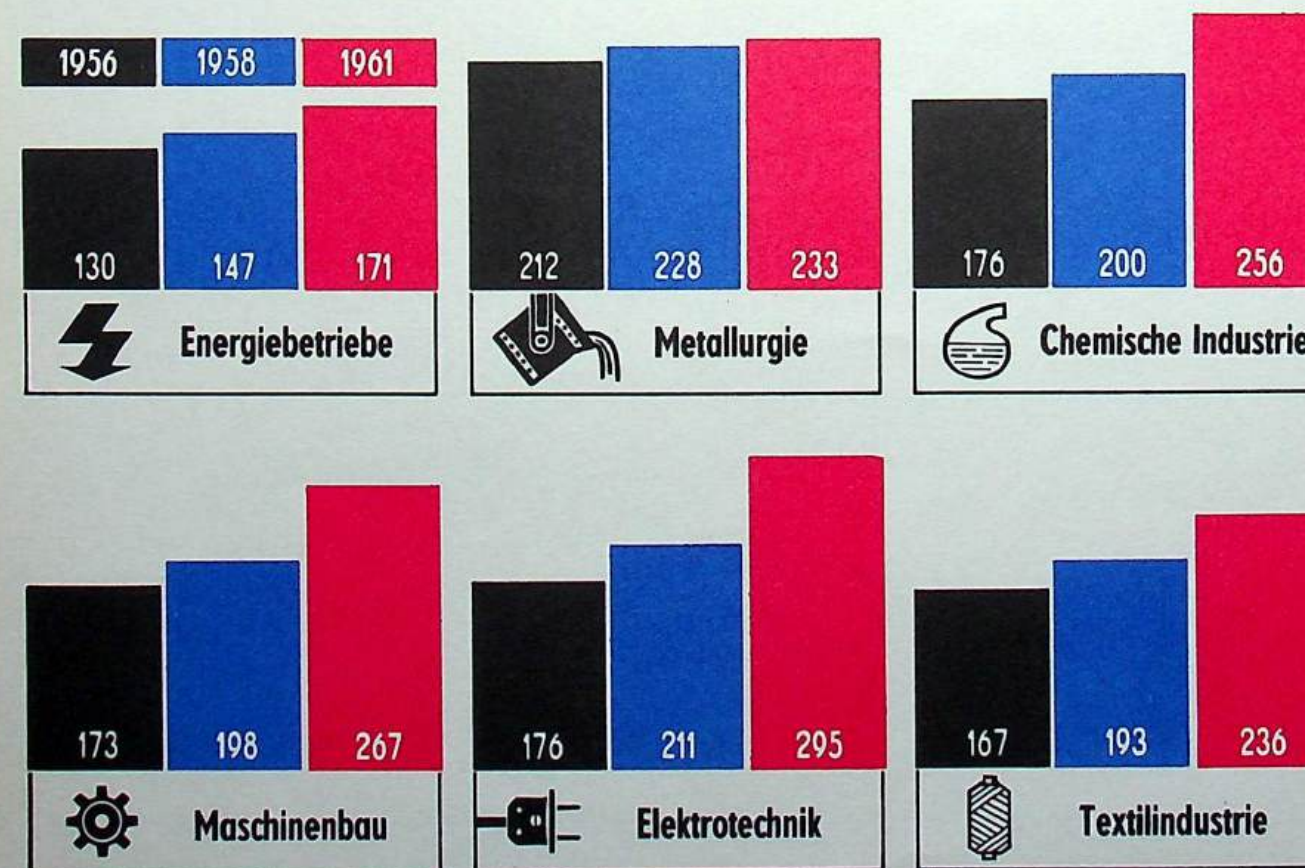
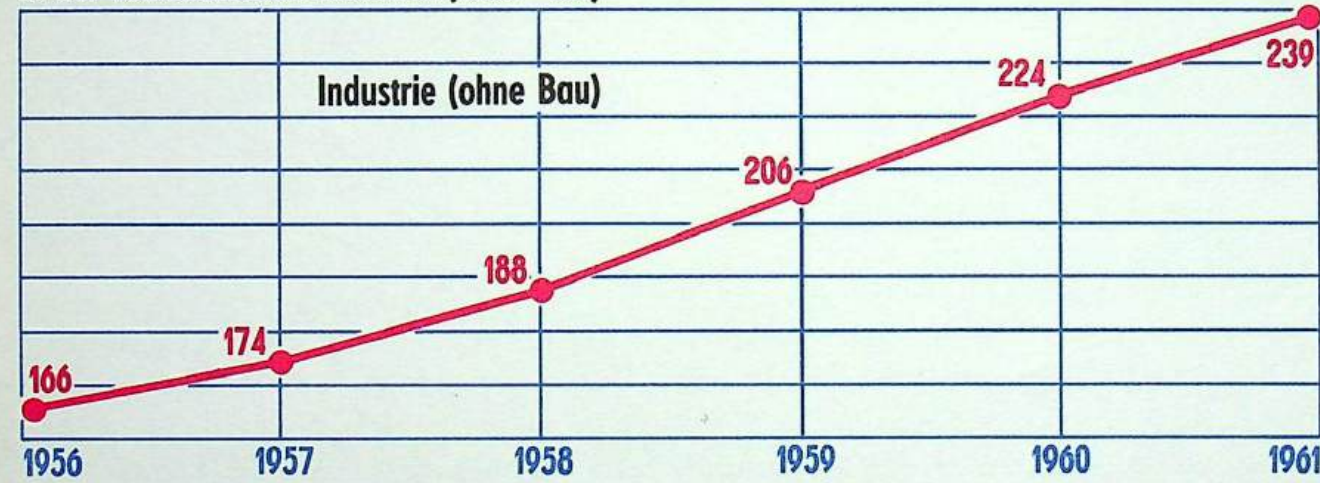


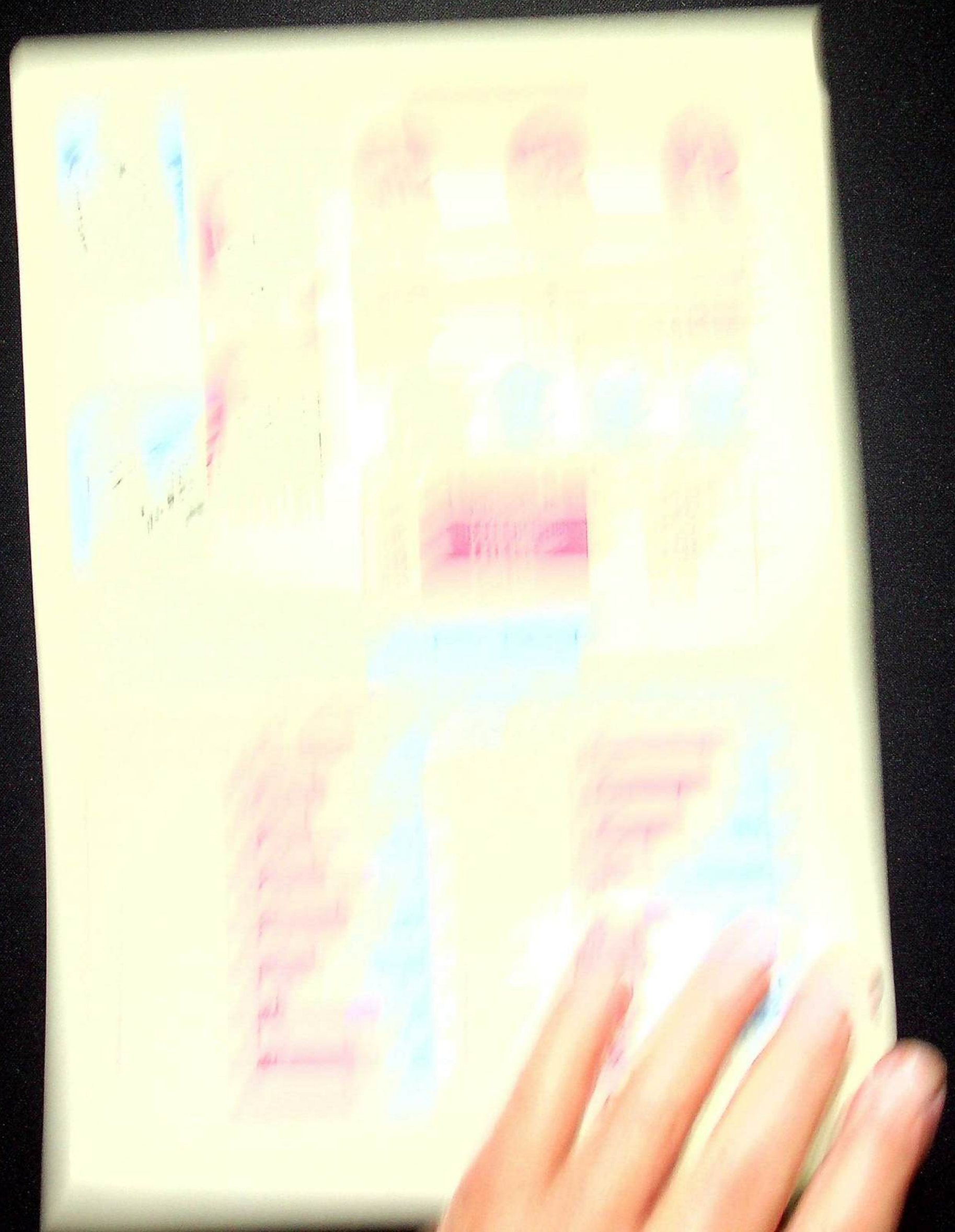
„Auf sozialistische Weise arbeiten heißt: Die Arbeitsproduktivität ständig steigern und die Neuererbewegung fördern, die moderne Technik meistern, indem wir alle Reserven ausnutzen, mit jeder Minute, mit jedem Pfennig und jedem Gramm rechnen, echte sozialistische Beziehungen der kameradschaftlichen Hilfe und der Zusammenarbeit zwischen den Werktätigen herstellen.“

Walter Ulbricht: V. Parteitag der SED, Juli 1958



Steigerung der Arbeitsproduktivität je Produktionsarbeiter
in der sozialistischen Industrie (1950 = 100)



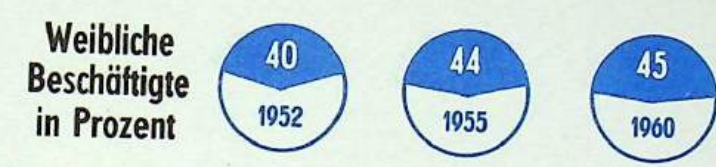
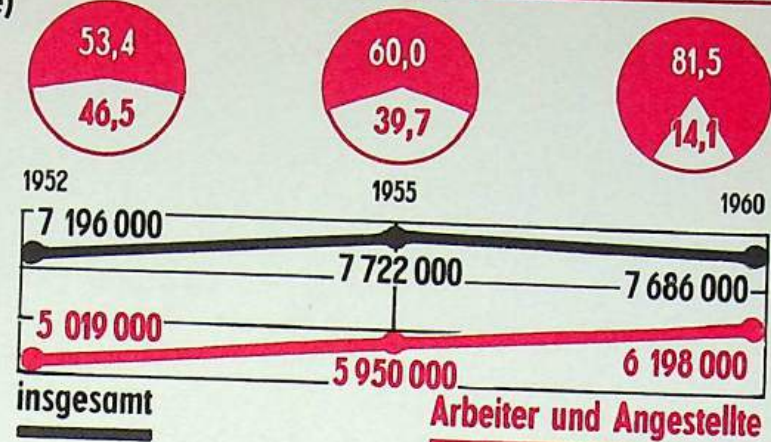




BERUFSTATIGE (ohne Lehrlinge)



im sozialistischen Sektor in % im privaten Sektor in %



Arbeiter und Angestellte in der Industrie (ohne Bau)

Jahr	im sozialistischen Sektor	im privaten Sektor
1950	1 575 509	579 093
1955	2 270 789	499 255
1960	2 317 666	173 612

Weibliche Beschäftigte in Prozent zur arbeitsfähigen weiblichen Bevölkerung	1950	1955	1960
	50,1	55,8	63,1

Anteil der Beschäftigten in Industrie und Landwirtschaft nach Bezirken in Prozent 1952/1960

Bezirk	Industrie (ohne Bau)		Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	
	1952	1960	1952	1960
DDR	33,4	21,7	21,7	10,5
Hauptstadt Berlin	29,5	1,6	1,6	8,3
Cottbus	30,9	32,4	32,4	14,3
Dresden	39,4	15,6	15,6	12,3
Erfurt	30,3	27,0	27,0	26,4
Frankfurt/O	17,9	35,7	35,7	25,7
Gera	40,9	19,4	19,4	55,7
Halle	40,0	17,0	17,0	45,3
Karl-Marx-Stadt	48,2	10,5	10,5	31,3
Leipzig	39,7	14,3	14,3	25,9
Magdeburg	27,6	26,4	26,4	33,5
Neubrandenburg	7,7	55,7	55,7	25,6
Potsdam	21,0	31,3	31,3	45,2
Rostock	21,2	33,5	33,5	36,1
Schwerin	11,5	45,2	45,2	24,3
Suhl	38,8	17,3	17,3	

Herausgegeben von der Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED

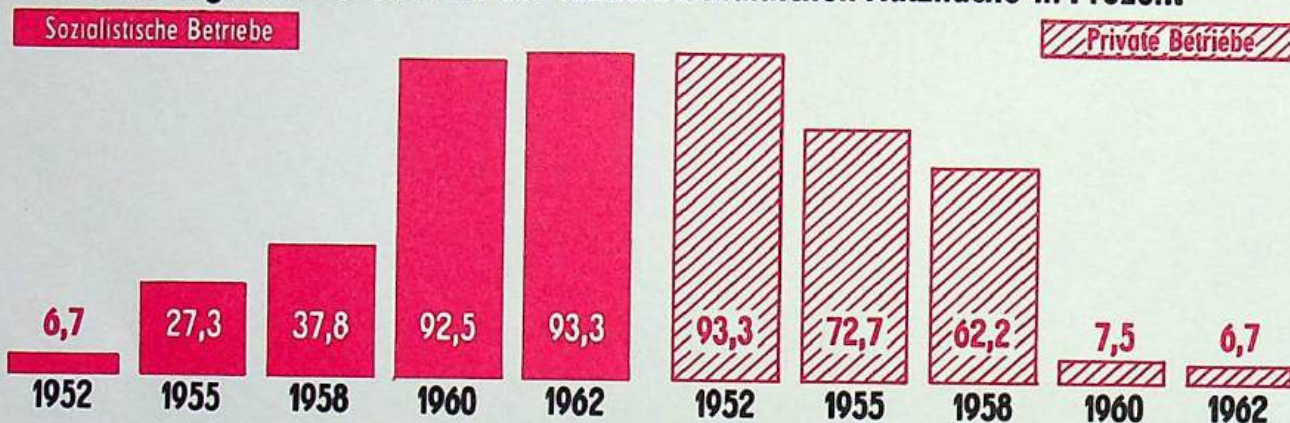
Die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft

„Aus der praktischen Erfahrung der Bauern und den Ideen des Leninschen Genossenschaftsplanes wuchs die Erkenntnis, durch den Zusammenschluß der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zu rationellem Wirtschaften überzugehen und die alte Rückständigkeit des Dorfes zu überwinden.“

Walter Ulbricht, 4. Sitzung der Volkskammer, Dezember 1967



Anteil der Eigentumsformen an der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Prozent



Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften



Mit dem auf freiwilliger Grundlage erfolgten Zusammenschluß der Bauern in LPG wurde der jahrhundertalte Befreiungskampf der deutschen Bauern auf dem Gebiet der DDR siegreich beendet. Durch die sozialistische Umgestaltung auf dem Lande erhielt das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Klasse der Genossenschaftsbauern einen neuen Inhalt. Die Einheit der Bauernschaft wurde auf einer höheren Stufe hergestellt.

„Die Maschinen-Traktoren-Stationen sind das Hauptmittel der Arbeiterklasse zur Unterstützung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und zur Stärkung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern.“

Walter Ulbricht



Sowjetischer Mährescher S 4 auf unseren Feldern

Maschinenbestand der MTS

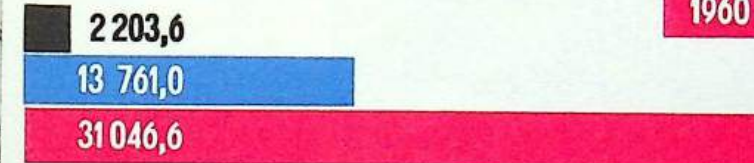
Jahr	Zahl der MTS	Traktoren	LKW	Mährescher	Kartoffel-Kombines	Rüben-Kombines
1950	514	10 834	675	—	—	—
1955	600	31 531	2 859	2 115	170	261
1960	599	45 942	3 810	5 500	5 680	3 143

Leistungen der MTS (umgerechnet auf Hektar mittleren Pflügens)

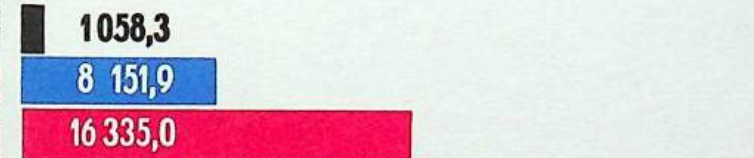


Bruno Kiebler war der Initiator der Aktivistenbewegung in den MTS und der Landwirtschaft

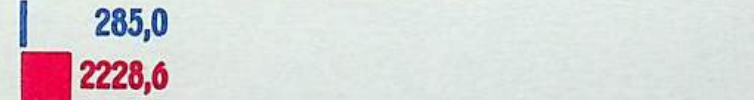
Leistungen insgesamt (in 1000 ha)



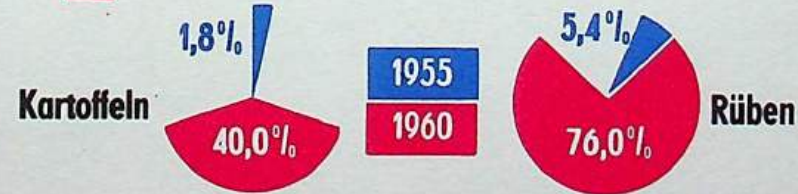
Feldarbeiten mit Traktor (in 1000 ha)



Mährescherarbeiten (in 1000 ha)








Anteil des Rodens mit Kombines



„Die Parteimitglieder und klassenbewußten Arbeiter haben die ehrenvolle Aufgabe, im Rahmen der Patenschaften der volkseigenen Betriebe oder durch Übernahme von Funktionen in den MTS, VEG oder als Bürgermeister führend an der sozialistischen Umgestaltung des Dorfes mitzuarbeiten.“

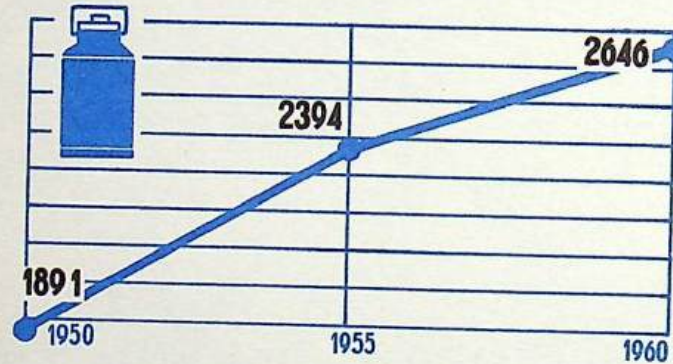
Beschluß des Sekretariats des ZK der SED vom 23. April 1953

Ernteerträge der Landwirtschaft in dt/ha


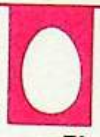
					
Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zuckerrüben	Gemüse	Oelfrüchte
1950	20,7	181,2	273,1	194,9	9,5
1955	24,8	132,8	265,9	189,2	14,4
1960	27,5	192,4	287,6	161,9	14,4

Milcherzeugung

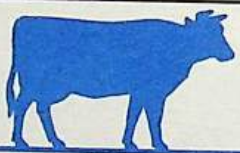



(durchschnittliche Jahresleistung in kg je Kuh)



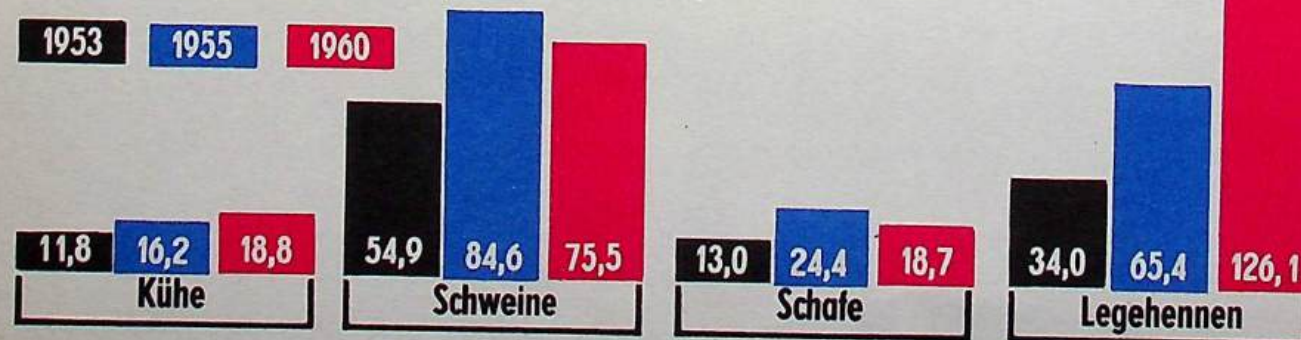
Fleisch- und Eiererträge

Jahr	 1000 t Schlachtvieh	 Mio Stück Eier
1950	625	1209
1955	1202	2043
1960	1363	3512

Viehbesatz je 100 ha landwirtschaftliche Nutzfläche

Jahr	 Kühe	 Schweine	 Schafe	 Legehennen
1938	29,2	85,7	26,5	165,3
1950	24,8	87,4	16,6	—
1955	32,4	134,3	27,9	339,9
1960	33,9	129,5	31,4	437,9

Entwicklung der genossenschaftlichen und persönlichen Viehhaltung in den LPG je 100 ha landwirtschaftliche Nutzfläche



Herausgegeben von der Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED

„Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands entwickelte die den Bedingungen der Deutschen Demokratischen Republik entsprechenden Formen und Methoden, die es dem städtischen Kleinbürgertum sowie den kleineren und mittleren Unternehmern erleichterten, freiwillig und bewußt den Weg der sozialistischen Umgestaltung zu beschreiten. Die Handwerker begannen auf sozialistische Weise zu arbeiten, indem sie sich in Produktionsgenossenschaften vereinigten. Private Einzelhändler schlossen Kommissionsverträge mit dem sozialistischen Handel ab, kleine und mittlere Unternehmer nahmen staatliche Beteiligungen an ihren Betrieben auf... Die Angehörigen dieser Schichten erhalten damit zugleich eine günstige Perspektive für sich und ihre Familie.“

Programm der SED

Zahl der Betriebe und Einzelhandelsgeschäfte

Jahr	PGH	Handwerksbetriebe	Kommissionshandel	Privater Einzelhandel	Betriebe mit staatl. Beteiligung	Privatbetriebe
1956	239	237 897	45	169 475	144	13 733
1958	2 107	209 337	9 141	146 599	1 744	10 923
1960	3 878	173 243	20 178	104 660	5 234	7 070
1962	4 114	159 576	21 731	87 303	6 103	5 501



Walter Ulbricht gab im März 1966 anlässlich des 10. Jahrestages der Bildung von Betrieben mit staatlicher Beteiligung einen Empfang für Komplementäre.

Walter Ulbricht
Grundfragen der ökonomischen und politischen Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik

Referat auf der 12. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands am 16. Oktober 1957

Über die Einbeziehung der privatkapitalistischen Kleinindustrie, der Handwerker und der Einzelhändler in den sozialistischen Aufbau

Um die ökonomischen Hauptaufgaben des zweiten Fünfjahresplans zu lösen, ist es erforderlich, alle vorhandenen Möglichkeiten zur Steigerung der Produktion auszunutzen. Es kommt also darauf an, die noch ungenutzten Produktionsreserven auszuschöpfen, die bestehenden Produktionshemmnisse zu überwinden und alle verfügbaren Kräfte mit in den sozialistischen Aufbau einzubeziehen. Das gilt auch für die privaten Industrie- und Handwerksbetriebe, deren Einbeziehung...

GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik
Teil I

1955 Berlin, den 31. August 1955 Nr. 72

Verordnung über die Bildung halbstaatlicher Betriebe. Vom 26. März 1959

Der Arbeiter-und-Bauern-Staat hat den kleinen und mittleren Privatbetrieben stets seine Unterstützung gewährt. Die Unternehmer haben frei vom Druck des Monopolkapitals und frei von Wirtschaftskrisen am wirtschaftlichen Aufschwung in der Deutschen Demokratischen Republik teilgenommen. Mit der staatlichen Beteiligung gibt ihnen der Arbeiter-und-Bauern-Staat die Möglichkeit, an der Seite der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen den Weg zum Sozialismus zu gehen und durch die Einbeziehung ihrer Betriebe in den Prozeß der sozialistischen Umgestaltung die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu überwinden.

Verordnung über Produktionsgenossenschaften des Handwerks. Vom 18. August 1955

Der mit Erfolg durchgeführte erste Fünfjahresplan hat auch dem Handwerk der Deutschen Demokratischen Republik die Möglichkeiten gegeben, seine Leistungen erheblich zu steigern. Um weiterhin in noch größerem Maße an dieser Entwicklung teilzuhaben und nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit handwerkliche Erzeugnisse besser Qualität herzustellen, haben sich fortgeschrittene Handwerksmeister und Gesellen zu Produktionsgenossenschaften zusammengeschlossen. Dadurch wird die Arbeitsproduktivität gesteigert und auf der Grundlage gegenseitiger Gleichberechtigung das Leistungsprinzip durchgesetzt. Das führt zu einer ständigen Verbesserung der materiellen und kulturellen Lebensbedingungen der Genossenschaftler. Zur Unterstützung dieser Entwicklung im Handwerk wird folgendes verordnet:

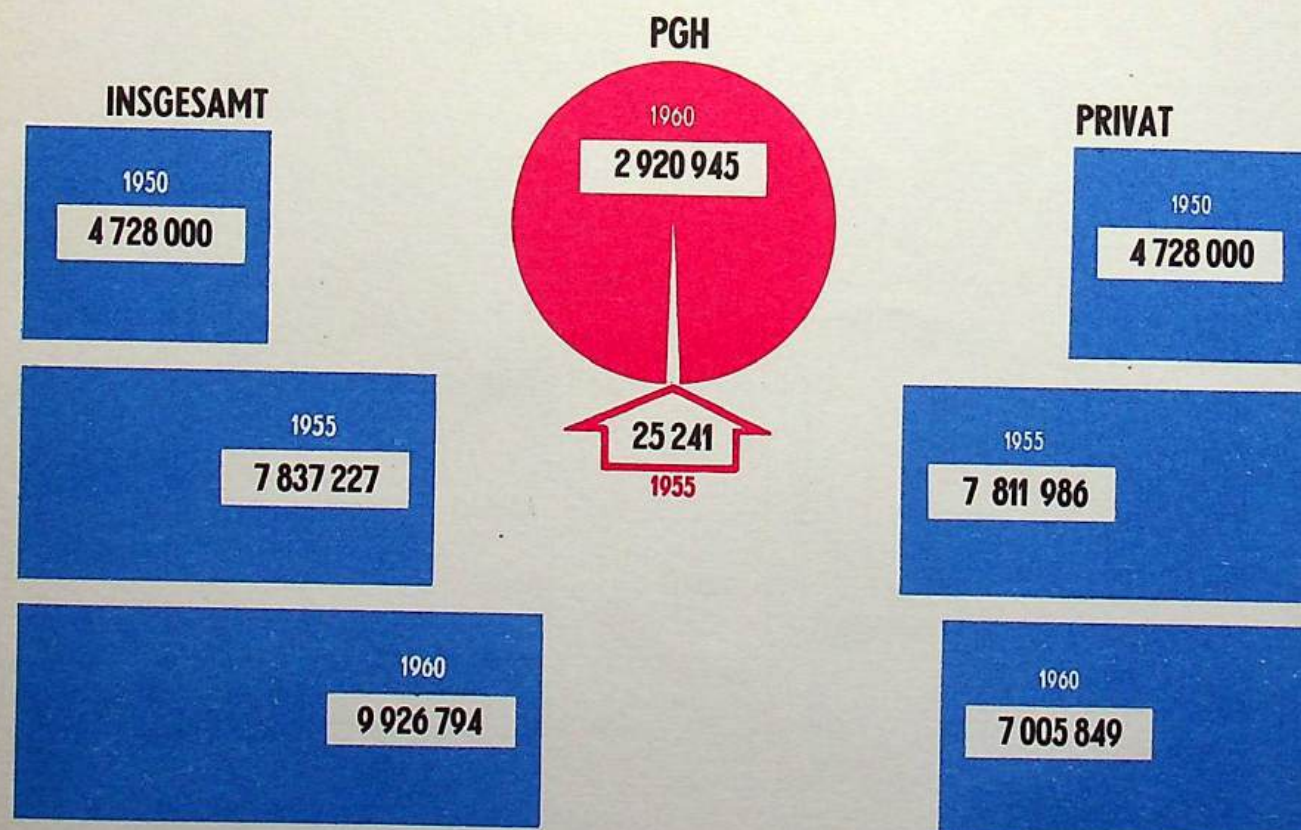
Struktur und Leistungen des Handwerks 1950 – 1960

„Im Interesse der schnelleren Steigerung des Lebensstandards der gesamten Bevölkerung kommt es gegenwärtig besonders darauf an, Produktionsgenossenschaften im Bau- und Ausbaugewerbe, zur Herstellung hochwertiger Konsumgüter sowie für Reparaturen und Dienstleistungen zu bilden.“

Walter Ulbricht, V. Parteitag der SED, Juli 1958

HANDWERKS BETRIEBE				BESCHÄFTIGTE		
INSGESAMT	PGH	PRIVAT	JAHR	INSGESAMT	PGH	PRIVAT
303 821	—	303 821	1950	858 329	—	858 329
248 315	85	248 230	1955	855 218	2 779	852 439
177 221	3 878	173 243	1960	598 847	145 499	453 348

LEISTUNGEN (in 1000 Mark)



Entwicklung des Einzelhandels 1950 – 1960

Zahl der Verkaufsstellen, davon

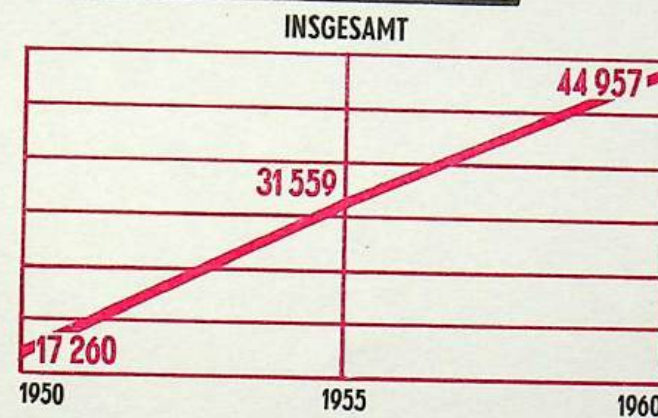
Jahr	insgesamt	HO	Konsumgenossenschaften	Private
1950	242 381	2 294	14 073	219 007
1955	229 800	25 114	29 055	166 800
1960	220 488	39 404	41 542	104 660

Kommissionshandel

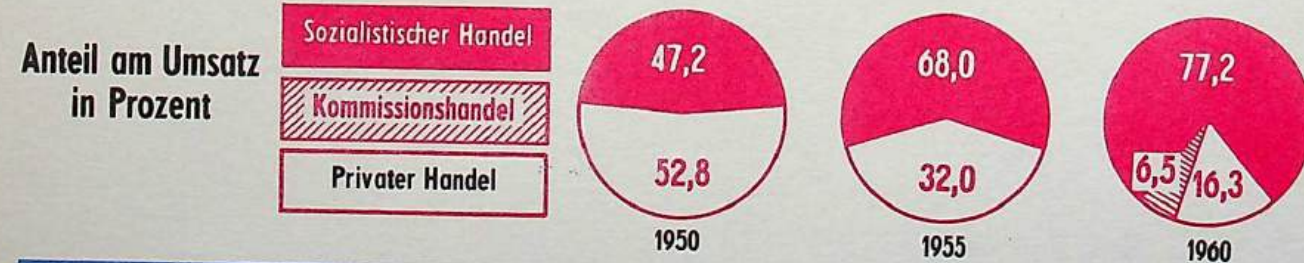
1956	45	1958	6 329	1960	19 835
------	----	------	-------	------	--------



Einzelhandelsumsatz Mrd. Mark



HO		KONSUMGENOSSENSCHAFTEN		PRIVAT	
4 551	1950	2 937	1950	9 106	
11 170	1955	8 755	1955	10 101	
16 742	1960	14 777	1960	7 352	



Der bis zum Ende des Jahres 1955 vorgesehene Warenumsatz im Einzelhandel in Höhe von 27 Milliarden Mark wurde schon 1953 erreicht.

Im Jahre 1957 gab es 86 Selbstbedienungsverkaufsstellen, 1960 waren es bereits 10 887.

„Um den Fünfjahrplan erfüllen zu können, brauchen wir hochqualifizierte Fachkräfte, die über Einsicht in die Entwicklungsgesetze der menschlichen Gesellschaft verfügen . . . Eine fortschrittliche, dem Frieden dienende deutsche Wissenschaft zu entwickeln, heißt lernen, lehren und forschen als Anleitung zum Handeln, und zwar zum Handeln im Interesse der fortschrittlichen Entwicklung.“

4. Tagung des ZK der SED, Januar 1951

Die nächsten Aufgaben in den Universitäten und Hochschulen

Mit dem Fünfjahrplan werden den Universitäten, Hochschulen, Forschungsinstituten, Bibliotheken, Museen und sonstigen wissenschaftlichen Einrichtungen bedeutende Aufgaben bisher unbekanntem Ausmaßes gestellt. Mit dem Beginn des Fünfjahrplans beginnt deshalb auch für sie eine neue Etappe in ihrer Entwicklung zu fortschrittlichen, dem Frieden dienenden deutschen Einrichtungen.

Die nächsten Aufgaben der allgemeinbildenden Schule

Der III. Parteitag hat als entscheidende Aufgabe für die Arbeit an den Schulen im Fünfjahrplan „die Hebung des wissenschaftlichen Niveaus im gesamten Schul- und Bildungswesen“ gefordert und die Weiterführung der demokratischen Schulreform zu einer wichtigen Aufgabe der kulturpolitischen Arbeit der Partei erklärt.

Zur Verbesserung der Berufsausbildung

Der vom III. Parteitag beschlossene Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft stellt dem deutschen Volk gigantische und noch nie dagewesene Aufgaben. Eine der Voraussetzungen zur Erfüllung dieser Aufgaben besteht in der Qualifizierung der Arbeitskräfte und in der Ausbildung neuer Arbeitskräfte. Unter anderem fordert der Fünfjahrplan den Einsatz von 800 000 neuen Arbeitskräften, die Erhöhung des Anteils der Gelernten auf mindestens 75 Prozent und

Allgemeinbildende Schulen

Jahr	Schulen insgesamt	davon Einklassenschulen	Grundschulen	Sonderschulen	Mittelschulen	Oberschulen
1951	10 245	245	9 636	264		345
1953	11 117	122	9 909	592		616
1955	11 007	34	9 557	626	404	420

Fachschulen

Jahr	Zahl	Schüler	davon weiblich
1951	225	34 737	10 490
1955	259	85 285	23 840

Arbeiter- und Bauern-Fakultäten

Zahl der ABF	Studierende insges.	davon Arbeiter- und Bauernkinder
11	9 475	80,0%
15	11 265	85,2%

Universitäten und Hochschulen

Jahr	Universitäten und Hochschulen	Studierende Direktstudium	davon weiblich	Fernstudenten	Arbeiter- und Bauernkinder	Studierende pro 10 000 der Bevölkerung
1951	21	27 822	6 510	3 690	41,0%	17,2
1955	46	60 148	17 650	14 594	54,8%	41,7

Studierende 1955 (1951 = 100%)

Universitäten	159	Technische Hochschulen	376	Pädagogische Hochschulen	1252
Hochschulen für Wirtschafts- und Staatswissenschaften		286			



Herausgegeben von der Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED



„Die Wissenschaften sind ein bedeutsamer Faktor für die Entwicklung der Produktivkräfte der Gesellschaft. Von den Leistungen unserer Wissenschaftler und Techniker, von dem konsequenten Kampf um den wissenschaftlich-technischen Höchststand hängt in hohem Maße die Erfüllung der vor uns stehenden gewaltigen volkswirtschaftlichen Aufgaben ab.“

Walter Ulbricht zur 550-Jahr-Feier der Karl-Marx-Universität Leipzig, Oktober 1959

Universitäten und Hochschulen

Jahr	Universitäten Hochschulen	Studierende Direktstudium	davon weiblich
1956	46	63 911	19 245
1961	44	74 205	23 729
Jahr	Arbeiter- und Bauernkinder	Fernstudenten	
1956	55,8%	16 641	
1961	55,6%	27 335	

Arbeiter- und Bauernfakultäten

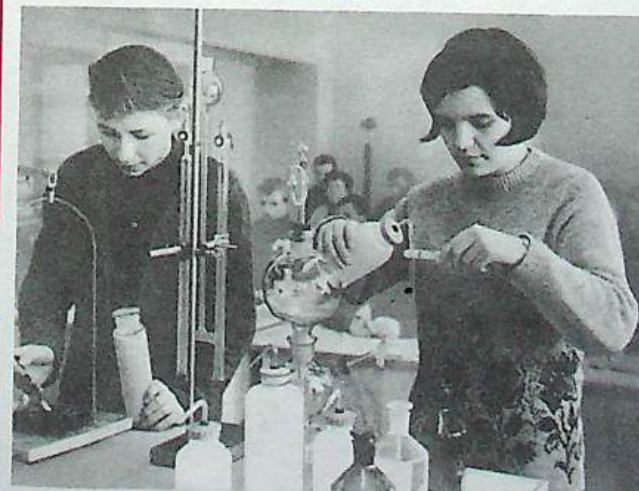
Jahr	Zahl der ABF	Studierende	davon weiblich
1956	15	8 894	2 074
1961	16	6 353	1 169
Jahr	Zulassungen jährlich	Absolventen	
1956	2 950	3 960	
1961	2 900	3 384	

Studierende im Direktstudium nach Universitäten und Hochschulen

Jahr	1956	1958	1961	Jahr	1956	1958	1961
Universitäten	42 982	41 078	45 980	Hochschulen für Wirtschafts- und Staatswissenschaften	3 396	2 647	1 169
Technische Hochschulen	8 976	10 786	12 898	Hochschulen für Kunst	1 626	1 331	1 963
Pädagogische Hochschulen	4 512	5 611	8 838	Hochschulen für Körperkultur	587	656	1 114
Medizinische Akademien	1 079	1 222	1 650				
Landwirtsch. Hochschulen	753	775	593				

Entwicklung der Fachschulen

Jahr	Zahl	Schüler	davon weiblich
1956	308	126 715	46 085
1961	298	184 827	55 477
Jahr	Zulassungen jährlich	Absolventen	
1956	28 965	57 316	
1961	41 296	69 202	



Entwicklung der allgemeinbildenden Schulen

Jahr	insgesamt	Allg. polytechnische Oberschulen	EOS
1956	11 343	10 333	387
1961	9 750	8 897	321

„Der kulturelle Aufschwung in der Deutschen Demokratischen Republik ist eine gesetzmäßige Erscheinung der sozialistischen Entwicklung.“

Walter Ulbricht,
Kulturkonferenz des ZK der SED, April 1960



Entwicklung der Theater in der DDR

Jahr	Anzahl	Besucherzahlen in 1000
1951	77	13 958
1961	89	14 720

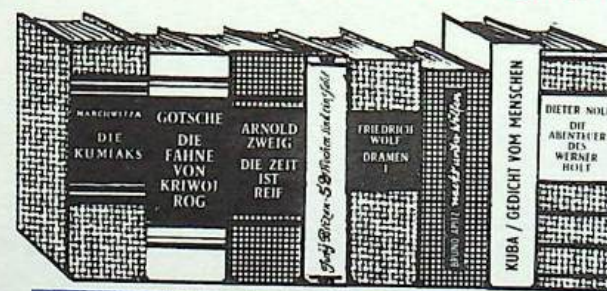
Entwicklung anderer Kulturstätten in der DDR

Jahr	Filmtheater	Kulturhäuser	Allgem. öffentl. Bibliotheken
1951	1494	565	12 830
1961	1327	1155	13 254



„Unsere Aufgabe besteht darin, auf der Grundlage des Aufbaus des Sozialismus die neue sozialistische Nationalkultur zu schaffen und mit ihrer Hilfe den Kampf um die Überwindung der Überreste der kapitalistischen Ideologie, der kapitalistischen und bürgerlichen Gewohnheiten zu führen ... Es geht darum, unserer Literatur, der bildenden Kunst, den schönen Künsten überhaupt einen neuen, sozialistischen Inhalt zu geben und sie dem ganzen Volke zugänglich zu machen.“

Walter Ulbricht



„Es ist unser Ziel und es entspricht den Interessen der Jugend und der Werktätigen, Körperkultur und Sport auf neue sozialistische Art zur Sache des ganzen Volkes zu machen.“

Walter Ulbricht



Entwicklung von Sportanlagen

Jahr	Sportstadien	Schwimmstadien	Turn- und Übungshallen	Sprung-schanzen	Sportlerheime
1952	122	222	1112	145	407
1955	158	474	1127	230	595
1961	194	575	3185	291	924

„Die Sorge um den Menschen ist ein unumstößlicher Grundsatz der sozialistischen Gesellschaft...“

Beschluß des V. Parteitag
der SED, Juli 1958



Neugebaute und instandgesetzte Wohnungen und für den Wohnungsbau aufgewandte Mittel

Jahr	Anzahl der Wohnungen	Geschaff. Wohnfläche (in 1000 m ²)	Aufgewandte Mittel (in Millionen Mark)
1950	31 000	1 800	286
1955	32 000	2 157	1 128
1961	92 000	5 063	1 856

Kinderkrippen und deren Plätze (für Kinder unter 3 Jahren)

Jahr	Anzahl	Plätze
1950	194	4 674
1955	1 586	50 171
1961	2 759	90 490

Feriedienst des FDGB

Jahr	Ferienplätze	Ferienreisen
1950	45 751	368 863
1955	84 838	1 049 846
1961	96 776	1 186 432



Entwicklung der Einrichtungen des Gesundheitswesens

Jahr	Krankenhausbetten	Polikliniken	Ambulatorien
1951	188 962	229	292
1955	202 401	369	264
1961	206 318	409	420

Ausgaben im Staatshaushalt für Gesundheitswesen, Arbeit und Sozialleistungen (in 1000 M)

1951	5 444 577,2
1955	8 241 182,0
1961	13 079 315,0

Von der Sozialversicherung bezahlte Kuren

Jahr	Heilkuren	Genesungskuren	Prophylaktische Kuren
1951	135 363	201 202	—
1955	153 823	100 399	—
1961	177 797	31 516	50 034

„... die Kommunistische Partei der Sowjetunion und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, die Regierungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Deutschen Demokratischen Republik haben eine große historische Arbeit vollbracht, indem sie die Freundschaft zwischen unseren Völkern und Staaten beharrlich und zielbewußt bis zu ihrem so erfreulichen heutigen Stand entwickelten, der es gestattet, deren geistige und materielle Potenzen für das Glück der Menschen, vor allem für das Glück unserer Völker, für den Triumph des Sozialismus und Kommunismus zu vereinen.“

Walter Ulbricht, 11. Tagung des ZK der SED, Juli 1969

NEUES DEUTSCHLAND

ORGAN DES ZENTRALKOMITEES DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

Vertrag der Freundschaft unterzeichnet

Schlusskommuniqué über die Verhandlungen zwischen der DDR und der Sowjetunion

VERTRAG
über die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der UdSSR



Der gegenseitige Besuch von Partei- und Regierungsdelegationen trug zur Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR bei.

Durch den Staatsvertrag vom 20. Sept. 1955 wurde die Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik völkerrechtlich bestätigt

Entwicklung der Mitgliederzahlen der Gesellschaft für Deutsch-sowjetische Freundschaft

1950	1 962 569	1957	3 201 212
1952	2 986 833	1960	3 547 193

15. Oktober 1949

Die Regierung der UdSSR erkennt die DDR diplomatisch an

15. Mai 1950

Die UdSSR erläßt der DDR die noch zu zahlende Reparationssumme um 50 Prozent

10. März 1952

Die Regierung der UdSSR unterbreitet in einer Note an die drei Westmächte den Entwurf der Grundlagen des Friedensvertrages mit Deutschland

20.-22. August 1953

Verhandlungen zwischen der Regierung der UdSSR und einer Regierungsdelegation der DDR in Moskau. Es werden wichtige Vereinbarungen getroffen, die die Volkswirtschaft der DDR entscheidend stärken und es ermöglichen, den materiellen Wohlstand der Bevölkerung rasch zu heben.

1. Januar 1954

Übergabe der restlichen 33 SAG-Betriebe an die DDR. Erlaß der noch verbliebenen Reparationsverpflichtungen der DDR gegenüber der UdSSR

25. März 1954

Erklärung der Sowjetregierung über die Herstellung der vollen Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik

20. September 1955

Abschluß des Staatsvertrages zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

16./17. Juli 1956

Verhandlungen zwischen Regierungsdelegationen der DDR und der UdSSR in Moskau. Die DDR erhält einen zusätzlichen Kredit von 7,5 Mrd. Rubel; sowjetische Hilfe beim Bau eines Atomkraftwerkes; die jährlichen Kosten für den Unterhalt der in der DDR stationierten sowjetischen Truppen werden auf 50 Prozent herabgesetzt

12. März 1957

Abkommen zwischen den Regierungen der DDR und der UdSSR über die zeitweilige Stationierung sowjetischer Streitkräfte auf dem Gebiet der DDR unterzeichnet

2. November 1958

Eröffnung einer Sonderausstellung mit den von der Sowjetunion geretteten und an die DDR zurückgegebenen Kunstschätzen

10. Januar 1959

Die Regierung der UdSSR unterbreitet erneut den Entwurf eines Friedensvertrages mit Deutschland

„Der Warschauer Vertrag ist ein bedeutungsvoller Schritt zu einem gesamteuropäischen System der kollektiven Sicherheit. Er entspricht voll und ganz den staatlichen Interessen der Deutschen Demokratischen Republik ... Von nun an wird ihre Sicherheit von sieben Staaten unter

Führung des stärksten Staates der Welt, der Sowjetunion, garantiert ... Die Deutsche Demokratische Republik wird alle Kräfte anspannen, um ihren Beitrag zur Stärkung des Friedenslagers zu leisten, und die Wiederholung einer Aggression durch den deutschen Imperialismus nicht zulassen.“

Otto Grotewohl, Warschauer Konferenz, Mai 1955



„Es wurde der Vorschlag der Delegation der Deutschen Demokratischen Republik angenommen, daß nach der Schaffung der Nationalen Volksarmee der Deutschen Demokratischen Republik ihre bewaffneten Kontingente in die Vereinten Streitkräfte einbezogen werden. Es wurde ebenfalls beschlossen, daß der Minister für Nationale Verteidigung der Deutschen Demokratischen Republik entsprechend der festgelegten Ordnung ein Stellvertreter des Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages sein wird.“

Schlußkommuniqué der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages vom 27./28. Jan. 1956



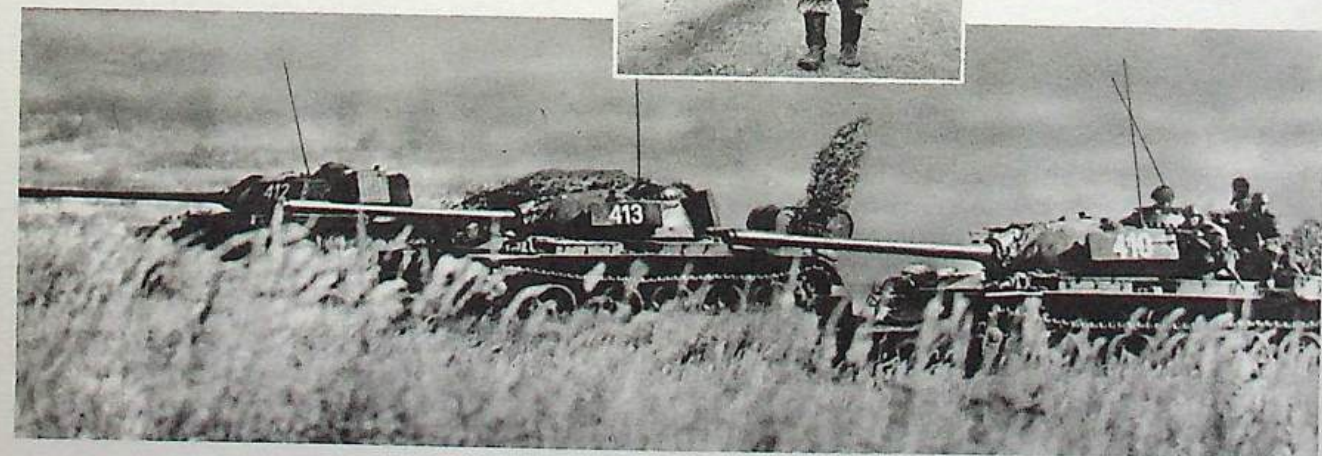
NEUES DEUTSCHLAND
ORGAN DES ZENTRALKOMITEES DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

Dem Vaterland den Frieden sichern

Nationale Volksarmee beschlossen

GESETZ

BESCHLUSS



Herausgegeben von der Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED

BILDUNG DES STAATSRATES DER DDR

„Im Staatsrat verkörpert sich die patriotische Einheit der Bevölkerung, die Einheit der staatlichen Führung und die Einheit der Bevölkerung mit der staatlichen Führung. Die Wahl des Staatsrates ist der Ausdruck der immer breiter werdenden sozialistischen Demokratie, der rasch wachsenden Bewußtheit und Initiative unserer Menschen bei der Lösung der gemeinsamen großen Aufgaben“.

Walter Ulbricht, Erklärung vor der Volkskammer, Oktober 1960



Gerald Götting



Dr. Johannes Dieckmann



Walter Ulbricht
1. Sekretär des ZK der SED
Vorsitzender des Staatsrates der DDR



Otto Grotewohl



Heinrich Homann

Stellv. des Vorsitzenden

Stellv. des Vorsitzenden



Manfred Gerlach



Hans Rietz

MITGLIEDER DES 1. STAATSRATES DER DDR

Bruno Leuschner, Friedrich Ebert, Prof. Dr. Dr. Erich Correns, Prof. Dr. Dr. Peter-Adolf Thießen, Prof. Dr. Karl Polak, Bernhard Koenen, Karl Rieke, Günter Christoph, Luise Ermisch, Hans Rodenberg, Karl Mewis, Otto Krauss, Erich Grützner, Friedrich Kind, Irmgard Neumann, Horst Schumann, Otto Gotsche, Sekretär des Staatsrates

Wichtige Beschlüsse und Erlasse des Staatsrates der DDR

- Programmatische Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates vom 4. Oktober 1960
- Erlaß über die Eingaben der Bürger und die Bearbeitung seitens der Staatsorgane vom 27. Februar 1961
- Erlaß über den aktiven Wehrdienst in der Nationalen Volksarmee vom 24. Januar 1962
- Erlaß über die grundsätzlichen Aufgaben und die Arbeitsweise der Organe der Rechtspflege vom 4. April 1963
- Beschluß zum Abschluß des Vertrages über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR vom 24. Juni 1964
- Erlaß über die Weiterentwicklung und Vereinfachung der staatlichen Führungstätigkeit vom 14. Januar 1966
- Beschluß „Jugend und Sozialismus“ vom 31. März 1967
- Beschluß über die Weiterentwicklung der Haushalts- und Finanzwirtschaft der Städte und Gemeinden vom 15. September 1967
- Beschluß über weitere Maßnahmen zur Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus vom 26. April 1968
- Beschluß über die Weiterführung der 3. Hochschulreform und die Entwicklung des Hochschulwesens bis 1975 vom 3. April 1969

„Die Diktatur des Proletariats, die Periode des Übergangs zum Kommunismus, wird zum erstmalig Demokratie für das Volk, für die Mehrheit bringen, aber zugleich wird sie notwendigerweise eine Minderheit, die Ausbeuter, niederhalten.“

W. I. Lenin, Staat und Revolution



VORWÄRTS
NEUES DEUTSCHLAND
ORGAN DES ZENTRALKOMITEES DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

VORSCHLAG
der 3. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands
über Maßnahmen zur breiteren Entfaltung der Demokratie in der
Deutschen Demokratischen Republik

In der Deutschen Demokratischen Republik wird die politische Macht, die bei den von der Arbeiterklasse geführten Werktätigen liegt, durch die von ihnen gewählten Volksvertretungen in der Republik, im Bezirk, im Kreis, in der Stadt und in der Gemeinde verwirklicht.

Anzahl der Abgeordneten der Volkskammer 1958	466
davon Arbeiter	286
davon Bauern	36

Anzahl der Abgeordneten in den örtlichen Volksvertretungen	218 089	Ständige Kommissionen	Anzahl	55 144
davon Bezirkstage	2 624			
Kreistage	15 404			
Stadtverordnetenversammlungen u. Gemeindevertretungen	194 420	Mitglieder	220 955	

10. Dezember 1953

Der Ministerrat beschließt die Verordnung über die weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter und der Erweiterung der Rechte der Gewerkschaften

17. Januar 1957

Die Volkskammer beschließt das Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht und das Gesetz über die Rechte und Pflichten der Volkskammer gegenüber den örtlichen Volksvertretungen. Rund 4,5 Millionen Bürger haben die Grundlagen dieser Gesetzesvorlagen in einer vom Nationalrat der Nationalen Front eingeleiteten öffentlichen Diskussion erörtert

11. Februar 1958

Die Volkskammer beschließt das Gesetz über die Vervollkommnung und Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates in der DDR. Das Gesetz beruht auf Vorschlägen der 32. und 33. Tagung des ZK der SED und auf den Ergebnissen einer umfassenden Diskussion in den Partei-

organisationen, staatlichen Organen und demokratischen Massenorganisationen.

24. September 1958

Die Volkskammer beschließt das Gesetz über die Wahlen zur Volkskammer der DDR am 16. November 1958. Es beinhaltet den weiteren Ausbau der demokratischen Grundlagen des Wahlsystems in der DDR

3. Juni 1959

Die Volkskammer beschließt das Gesetz über die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. In über 9000 Dörfern und LPG, an Universitäten, Hoch- und Fachschulen der Landwirtschaft und auf der VI. Konferenz der LPG ist der Entwurf ausführlich beraten worden

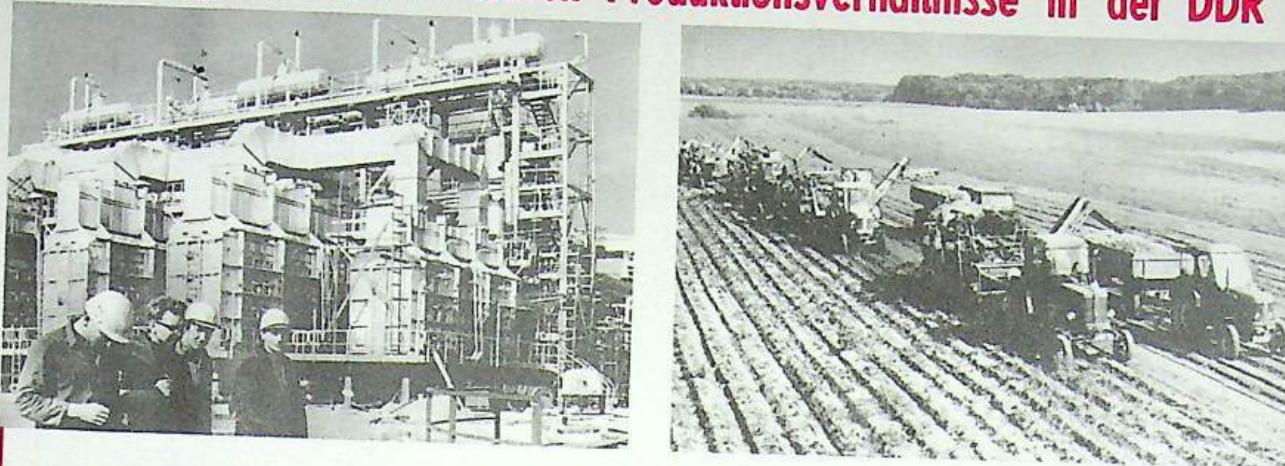
12. April 1961

Die Volkskammer verabschiedet das Gesetzbuch der Arbeit. Der Entwurf ist nach seiner Veröffentlichung auf Vorschlag des FDGB in rund 325 000 Versammlungen unter Teilnahme von 7 Millionen Bürgern der DDR beraten worden

„Ständig und planvoll wurden in den zurückliegenden Jahren die Formen und Möglichkeiten, alle Bürger in die Mitberatung und Mitentscheidung der öffentlichen Angelegenheiten einzubeziehen, erweitert und ausgebaut.“

Thesen „20 Jahre DDR“

Der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR



Was ist durch den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR erreicht worden?

- Die Produktionsmittel sind aus den Händen der Kapitalisten in die Hände des Volkes übergegangen
- Die Macht der kapitalistischen Großgrundbesitzer wurde gebrochen. Die Bauern nahmen den Boden, der ihnen von den Großgrundbesitzern geraubt worden war. Sie schlossen sich in landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften zusammen
- An die Stelle des kapitalistischen Handels trat der staatliche und genossenschaftliche Handel unter Beibehaltung bestimmter Formen des privaten Einzelhandels
- Die Arbeiterklasse errichtete und festigte ihre Staatsmacht und entwickelte die sozialistische Demokratie
- Die sozialistischen Produktionsverhältnisse haben also gesiegt. Die kapitalistische Klasse wurde abgeschafft
- Im Prozeß des Aufbaus des Sozialismus wurde die materiell-technische Basis erweitert
- Das Lebensniveau der Bevölkerung wurde weiter erhöht
- Neue gesellschaftliche Beziehungen zwischen den Menschen und ein sozialistisches Bewußtsein entwickelten sich
- Die Kulturrevolution in der Deutschen Demokratischen Republik machte große Fortschritte und zeitigte große Erfolge

Walter Ulbricht, 17. Tagung des ZK der SED, Oktober 1962

ANTEIL NACH EIGENTUMSFORMEN 1962



Herausgegeben von der Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED

13. AUGUST 1961

„Es gibt einen deutschen Friedensstaat, der starke Verbündete hat und alles in seinen Kräften Stehende tut, um zu verhindern, daß Deutschland noch ein drittes Mal den Weg des Eroberungskrieges geht.“
Walter Ulbricht, Ansprache bei der Parade der Kampfgruppen, 13. August 1966



Walter Ulbricht enthüllt auf der internationalen Pressekonferenz am 19. Juli 1960 in Berlin die Kriegsvorbereitungen der westdeutschen Imperialisten.



DIE ERFOLGE DER SICHERUNGSMASSNAHMEN VOM 13. AUGUST 1961:



- Sicherung des Friedens und des Sozialismus durch das unzerstörbare Bündnis der DDR mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Bruderländern.
- Dokumentation der Einmütigkeit der Arbeiterklasse der DDR und aller mit ihr in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland verbündeten Kräfte.
- Den Bonner Revanchepolitikern wurde das reale Kräfteverhältnis in Deutschland und Europa vor Augen geführt. Die NATO-Verbündeten des westdeutschen Imperialismus anerkannten den Status quo in Deutschland.
- Beendigung der imperialistischen Ausplünderung der DDR
- Sicherung des friedlichen Lebens der Werktätigen der DDR.
- Schaffung wichtiger Voraussetzungen für die Herbeiführung normaler völkerrechtlicher Beziehungen zwischen der DDR und der westdeutschen Bundesrepublik.
- Stärkung der friedliebenden und demokratischen Kräfte in Westdeutschland



Arbeiter des VEB Elektroholze rufen alle Werktätigen zum **PRODUKTIONSAUFGEBOT** für die Vorbereitung des Friedensvertrages

*In stärkerer die DDR, desto stärker der Friede
Wir haben Ressourcen, Anhalte in der gleichen
Zeit für das gleiche Geld mehr produzieren*

*Einheitsverband des FDGB soll Vorkurs sein
Anhalt in der letzten Woche vor der Wahl
Wir wählen die Kandidaten der Nationalen Front*

„Das Geheimnis der Erfolge der Deutschen Demokratischen Republik liegt in der richtigen Verbindung einer konsequenten marxistisch-leninistischen Politik mit der Schöpferkraft des Volkes. Ich erinnere mich immer wieder an die Ereignisse von 1961. Der Bonner Bundestag und seine Parteiführungen hatten zum Angriff gegen die DDR aufgerufen, um sie in die NATO einzugliedern und die Bevölkerung unter den Stiefel des deutschen Militarismus zu zwingen. Große wirtschaftliche Verluste hatte

uns der Gegner zugefügt. Obwohl der Beschluß über die Sicherung der Grenze bereits gefaßt war, war das für uns nicht das Entscheidende. Entscheidend war die Antwort auf die Frage, ob die Arbeiter, die Angehörigen der Intelligenz und die Bauern bereit waren, durch besondere Anstrengungen und auch mit persönlichen Opfern die wirtschaftlichen Schäden zu überwinden.“

Walter Ulbricht, Festrede zum 15. Jahrestag der Gründung der DDR

„Das Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, einer Partei von konsequent marxistisch-leninistischem Charakter, reicht in seiner Bedeutung weit über den Rahmen unserer Partei hinaus. Es ist das Programm des Volkes.“

Walter Ulbricht, VI. Parteitag der SED, Januar 1963



PROGRAMM

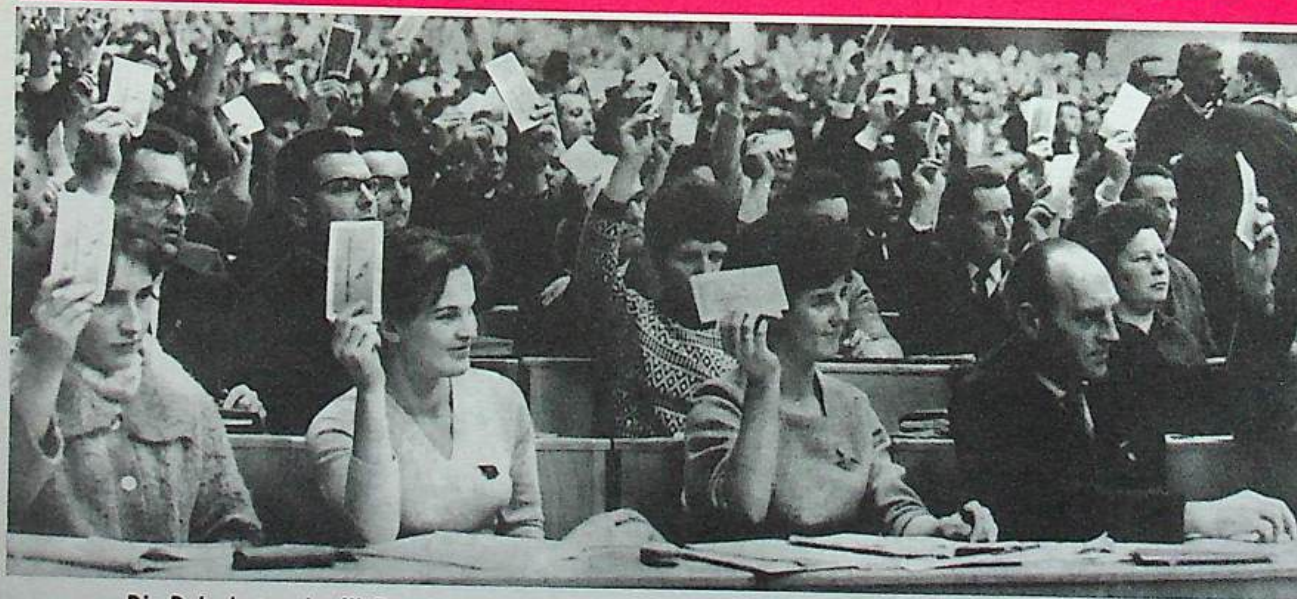
DER
SOZIALISTISCHEN
EINHEITSPARTEI
DEUTSCHLANDS



„Ein neues Zeitalter in der Geschichte des deutschen Volkes hat begonnen: das Zeitalter des Sozialismus. Es ist das Zeitalter des Friedens und der sozialen Sicherheit, der Menschenwürde und Brüderlichkeit, der Freiheit und Gerechtigkeit, der Menschlichkeit und Lebensfreude ... In der neuen Gesellschaft gilt der Grundsatz: Alles mit dem Volk, alles durch das Volk, alles für das Volk ...

Seit über hundert Jahren ist die sozialistische Gesellschaft das Kampfziel der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung. Ihrem heroischen und opferreichen Kampf ist es zu verdanken, daß heute der Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik Wirklichkeit wird.“

Programm der SED



Die Delegierten des VI. Parteitages beschließen einstimmig das Programm des Sozialismus in der DDR

Herausgegeben von der Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED

MITGLIEDER UND KANDIDATEN DES POLITBÜROS
UND SEKRETÄRE DES ZENTRALKOMITEES DER SED



Erich Honecker
Sekretär des ZK



Walter Ulbricht
Erster Sekretär des ZK



Willi Stoph



Friedrich Ebert



Paul Fröhlich



Gerhard Grüneberg
Sekretär des ZK



Kurt Hager
Sekretär des ZK



Hermann Matern
Vorsitzd. der ZPKK



Günter Mittag
Sekretär des ZK



Erich Mückenberger



Alfred Neumann



Albert Norden
Sekretär des ZK



Horst Sindermann



Paul Verner
Sekretär des ZK



Herbert Warnke

Kandidaten des Politbüros



Hermann Axen
Sekretär des ZK
Sekretär des ZK



Georg Ewald



Walter Halbritter



Werner Jarowinski
Sekretär des ZK



Günter Kleiber



Margarete Müller



Werner Lamberz



„Das Führungskollektiv der Partei der Arbeiterklasse leistet unter der Leitung des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Walter Ulbricht, eine schöpferische Arbeit bei der Lösung der jeweils heranreifenden Probleme des sozialistischen Aufbaus, im Kampf gegen den Imperialismus, im Ringen um die Bewahrung des Friedens und für die Gewährleistung der Sicherheit auf unserem Kontinent.“

Thesen „20 Jahre DDR“

Das Volk der DDR gab sich seine sozialistische Verfassung

„Alle politische Macht in der Deutschen Demokratischen Republik wird von den Werktätigen ausgeübt. Der Mensch steht im Mittelpunkt aller Bemühungen der sozialistischen Gesellschaft und ihres Staates. Das gesellschaftliche System des Sozialismus wird ständig vervollkommenet.“

Verfassung der DDR



Die Volksaussprache über den Entwurf der neuen Verfassung der DDR — Ausdruck der Gemeinsamkeit aller Kräfte des Volkes bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft.

In mehr als 750000 Veranstaltungen haben über 11 Millionen Bürger aus allen Schichten der Bevölkerung den Verfassungsentwurf sorgfältig geprüft.

An 232 Konferenzen der Bürgervertreter in den Kreisen und Stadtbezirken nahmen 95869 Vertreter der Bürger teil, von denen fast 3000 zu Wort kamen.

Bei der Kommission zur Ausarbeitung einer sozialistischen Verfassung der DDR gingen 12454 Vorschläge ein. Auf Grund der Vorschläge und Anregungen der Bürger der DDR wurden insgesamt 118 Veränderungen vorgenommen.

Von den 12 208 986 stimmberechtigten Bürgern haben 94,49 Prozent in freiem, demokratischem Entscheid ihr „Ja“ der sozialistischen Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik gegeben.

Die sozialistische Verfassung der DDR verankert die Errungenschaften zweier siegreicher Revolutionen und kündigt davon, daß der Sieg des von der SED geführten werktätigen Volkes unwiderruflich ist. Sie ist zugleich Hebel und aktives Instrument zur Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus, indem sie die Grundsätze der weiteren Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens verbindlich festlegt.

8

Herausgegeben von der Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED

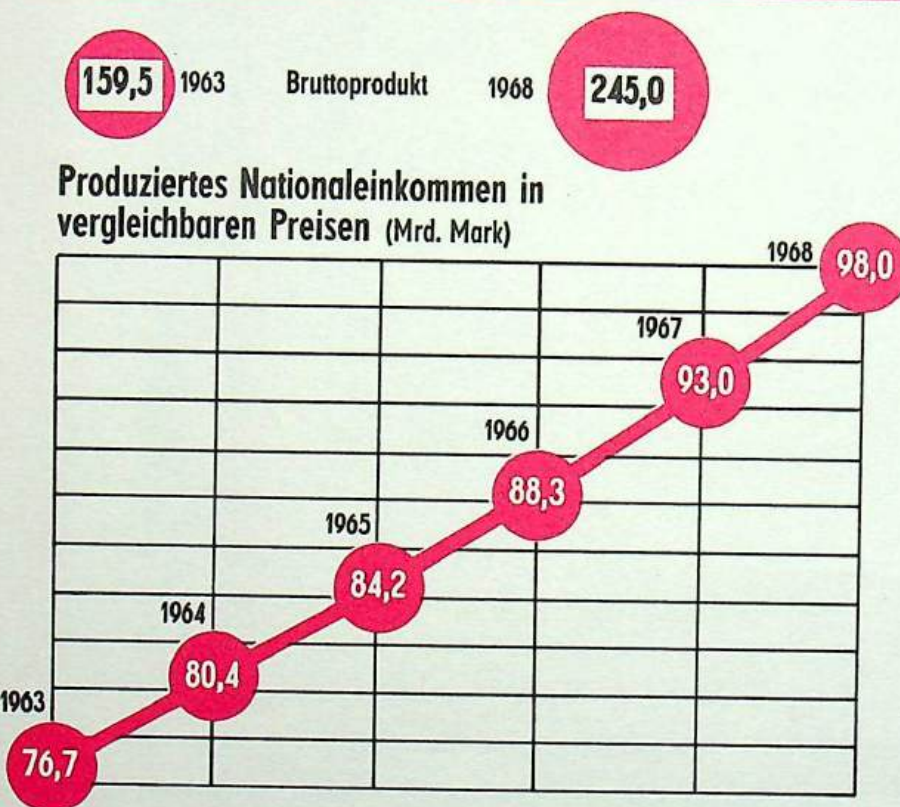
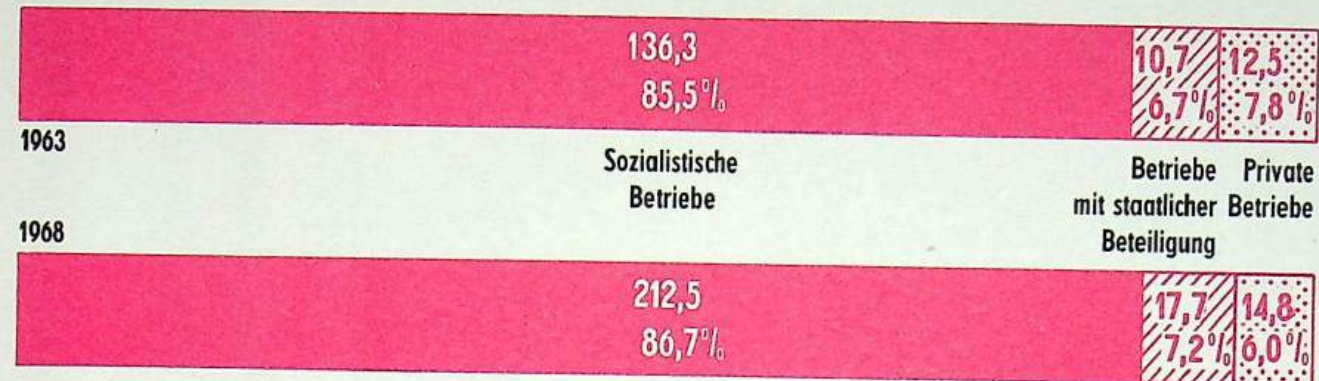
VERFASSUNG
DER DEUTSCHEN
DEMOKRATISCHEN
REPUBLIK



„Heute ist die Deutsche Demokratische Republik zu einem stabilen und leistungsfähigen sozialistischen Industriestaat mit moderner, intensiver Landwirtschaft geworden. Die Arbeiterklasse und die ganze werktätige Bevölkerung haben überzeugend bewiesen, daß sie in der Lage sind, ohne die Monopolherren und Junker – und besser als sie – Staat und Wirtschaft zu leiten.“

Thesen „20 Jahre DDR“

Anteil am Aufkommen des gesellschaftlichen Gesamtprodukts in Mrd. Mark und Prozent



Index des produzierten Nationaleinkommens in vergleichbaren Preisen (1950 = 100)

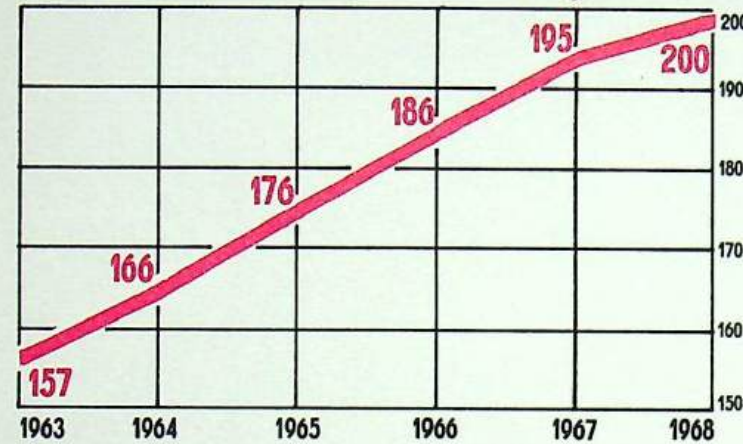


Das Nationaleinkommen, dessen Höhe und Entwicklung das ökonomische Niveau und Wachstumstempo eines Landes kennzeichnen, stieg seit 1950 auf das Dreieinhalbfache. Im zwanzigsten Jahr der DDR überschritt es erstmalig die 100-Milliarden-Mark-Grenze. Die Bevölkerung der DDR macht nur 0,5 Prozent der Weltbevölkerung aus, aber die DDR produziert 1,7 Prozent des Nationaleinkommens aller Länder der Erde.

„Die Partei der Arbeiterklasse hat in der zwanzigjährigen Geschichte der DDR stets und entschieden die rasche Entwicklung der materiellen Basis unseres sozialistischen Staates, der sozialistischen Ökonomik, geleitet und gelenkt. Von den Anfängen der sozialistischen Planwirtschaft bis zur Ausarbeitung und schrittweisen Anwendung des ökonomischen Systems des Sozialismus veränderte sich unsere Volkswirtschaft gewaltig.“

Thesen „20 Jahre DDR“

Verwendetes Nationaleinkommen in vergleichbaren Preisen (1955 = 100)



Durchschnittlicher Grundmittelbestand je Berufstätiger in ausgewählten Bereichen der sozialistischen Wirtschaft in Mark

Bereich	1963	1967
Energie- und Brennstoffindustrie	139 285	187 703
Metallurgie	57 805	70 217
Chemische Industrie	65 207	82 033
Land- und Forstwirtschaft	21 838	28 779
Maschinen- und Fahrzeugbau	22 161	26 992
Elektrotechnik Elektronik / Gerätebau	15 613	19 357
Textilindustrie	22 644	27 178

Akkumulation in vergleichbaren Preisen (1955 = 100)

Kategorie	1963	1968
Akkumulation insgesamt	275	411
Nettoinvestitionen im produzierenden Bereich	340	631
Investitionen im nichtproduzierenden Bereich	197	295
Zuwachs an Beständen	406	202

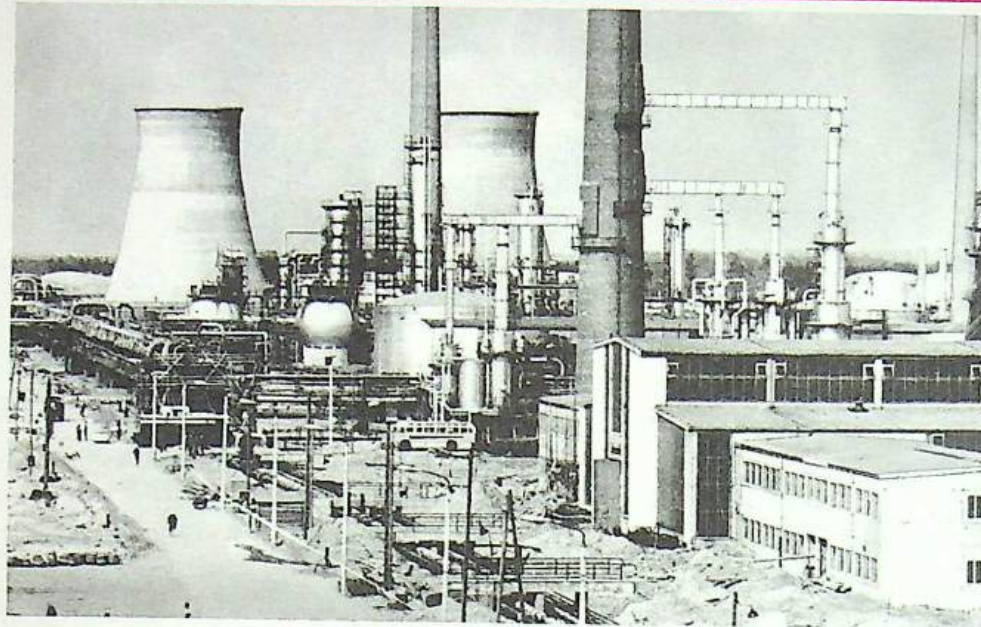
Konsumtion in vergleichbaren Preisen (1955 = 100)

Kategorie	1963	1968
Konsumtion insgesamt	144	178
davon individuelle Konsumtion	144	174
davon gesellschaftliche Konsumtion	149	209

Die Investitionen im Bereich der Volkswirtschaft erhöhten sich von 17 091 Millionen Mark im Jahre 1963 auf 26 470 Millionen Mark im Jahre 1968. 1969 stand eine achtmal größere Summe an Investitionen zur Verfügung als im Jahre 1950

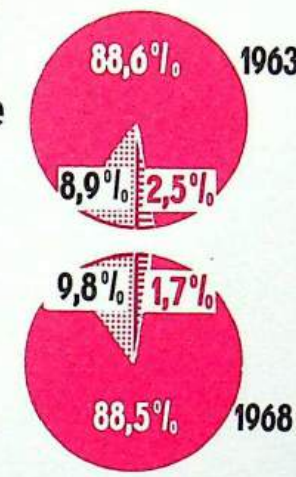
„Die Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik beruht auf dem sozialistischen Eigentum an den Produktionsmitteln. Sie entwickelt sich gemäß den ökonomischen Gesetzen des Sozialismus auf der Grundlage der sozialistischen Produktionsverhältnisse.“

Verfassung der DDR



Industrielle Bruttoproduktion nach Eigentumsformen der Betriebe

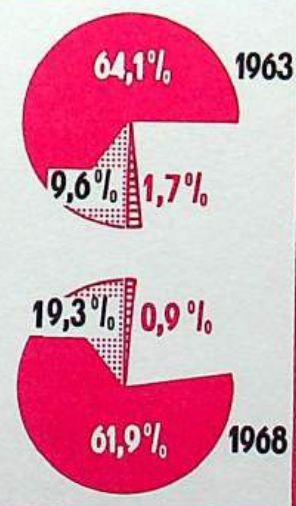
Jahr	Brutto- produktion insgesamt	Sozialistische Betriebe	Betriebe mit staatlicher Beteiligung	Private Betriebe
1963	81 491,0	72 186,1	7 279,9	2 025,0
1966	94 563,8	83 130,7	9 464,7	1 968,4
1968	129 069,2	114 268,1	12 614,3	2 202,2



Bauproduktion der Bauindustrie nach Eigentumsformen der Betriebe

Jahr	Bauproduktion Bauindustrie insgesamt	Volkseigene Betriebe	Betriebe mit staatlicher Beteiligung	Private Betriebe
1963	5 965,5	5 066,1	764,3	135,0
1968	10 904,5	9 353,8	1 421,8	128,9

SOZIALISTISCHE
BETRIEBE
BETRIEBE MIT
STAATLICHER
BETEILIGUNG
PRIVATE
BETRIEBE



„Heute steht ein erfahrener und be-
wußter Arbeiter auf seinem Platz . . .
Vom Ungelernten zum Facharbeiter, vom
Facharbeiter zum Meister, vom Meister
zum Ingenieur ging sein Weg, und der
hohe Anteil der geistigen Arbeit an
seiner Tätigkeit ist heute nichts Ver-
wunderliches mehr.“

Walter Ulbricht, 4. Sitzung der Volkskammer, Dezember 1967



Arbeiter und Angestellte (in 1000) nach Eigentumsformen der Betriebe

Jahr	insgesamt	darunter weiblich	sozialistisch	mit staatlicher Beteiligung	privat
1963	6219,1	2913,8	5286,3	398,6	534,2
1968	6377,4	3106,3	5476,1	415,1	486,2

Berufstätige mit Hoch- und Fachschulabschluß in der sozialistischen Wirtschaft

Jahr	Hochschul- abschluß	Fachschul- abschluß	insgesamt
1963	153 629	283 181	436 810
1968	230 273	402 832	633 105



1969 FANDEN 889 MMM MIT EINER BETEILIGUNG
VON 495 956 JUGENDLICHEN STATT

„Der Prototyp des jüngeren Arbeiters der 70er Jahre wird der Arbeiter mit dem Abschluß der zehnklassigen polytechnischen Oberschule sein, der sich auch nach der Schule im Berufsleben weiterbildet, und der auch schon praktische Erfahrungen aus der Teilnahme an Leitungsprozessen sowohl im Betrieb, in den gesellschaftlichen Organisationen als auch im Wohngebiet erworben hat.“

Walter Ulbricht, 9. Tagung des ZK der SED, Oktober 1968

Die DDR verfügt über eine moderne, intensive Landwirtschaft

„Die Erfahrungen lehren, daß sich die Produktivkräfte in den LPG und VEG nur in vielfältiger Kooperation ungehindert entwickeln können. Daraus ziehen immer mehr Genossenschaftsbauerinnen und -bauern die Schlußfolgerung, daß für den nächsten Entwicklungsabschnitt die zunehmende Kooperation das Hauptkettenglied bildet. Sie ist für die Weiterentwicklung des ökonomischen Systems des Sozialismus in der Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft von hervorragender Bedeutung.“

Walter Ulbricht, VII. Parteitag der SED, April 1967



Zahl der LPG und ihrer Mitglieder

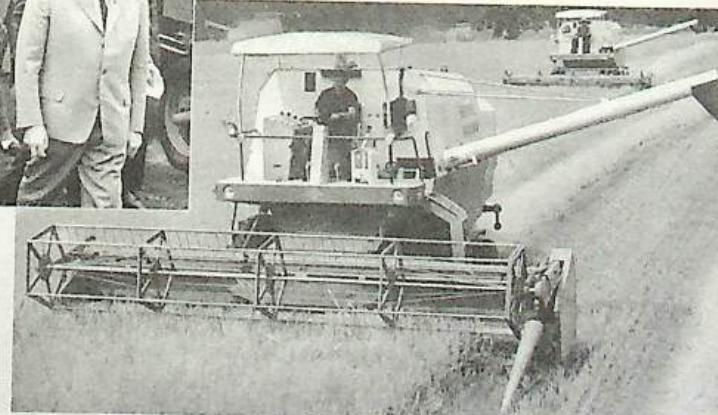
Jahr	LPG	Mitglieder	darunter weibliche Mitglieder
1968	11 513	957 410	454 766

Ausbildungsstand in den LPG

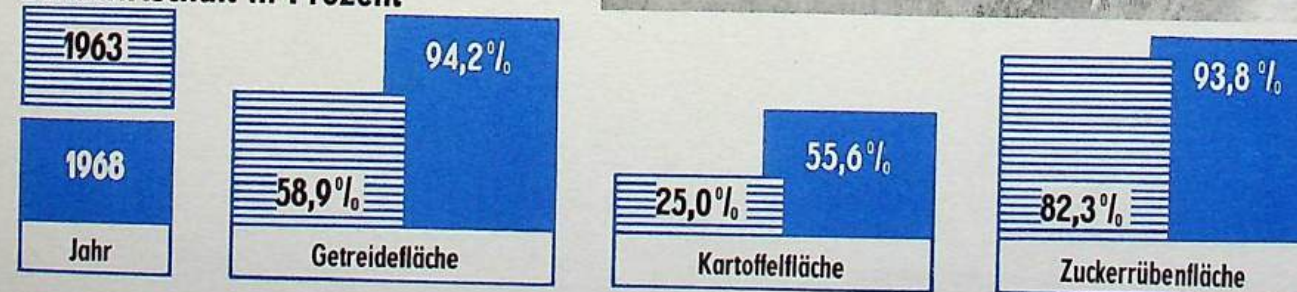
Jahr	Männer		Frauen	
	1961	1968	1961	1968
Hochschulabschluß	1 466	4 139	100	312
Fachschulabschluß	7 126	17 763	822	2 226
Meisterprüfung	16 489	29 267	630	2 478
Facharbeiterprüfung	56 462	149 183	10 984	102 286



Markkleeberg, die „Universität im Grünen“ veranschaulicht die fortgeschrittensten theoretischen und praktischen Ergebnisse der gemeinsamen Arbeit der Schrittmacher aus Wissenschaft und Produktion



Mit Vollerntemaschinen abgeerntete Flächen der sozialistischen Landwirtschaft in Prozent



Herausgegeben von der Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED

FREUNDSCHAFTSVERTRAG MIT DER SOWJETUNION – ZUVERLÄSSIGES BÜNDNIS MIT DER ZUKUNFT

NEUES DEUTSCHLAND
 ORGAN DES ZENTRALKOMITEES DER SOZIALISTISCHEN EINIGKEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

12. Juni 1964
 im Kiew.
 Ereignis von
 weltgeschichtlicher
 und
 historischer
 Tragweite

**Vertrag DDR-UdSSR
 macht unsere Freundschaft
 fest und unzerstörbar**

VERTRAG

Der Freundschaft, gegenseitigen Bündnis
 und Zusammenarbeit zwischen der Deutschen
 Demokratischen Republik und der Sowjetunion
 ist ein Beispiel für die Regelung der Beziehungen
 zwischen Völkern, die der Ausbeutung des Menschen
 durch den Menschen ein Ende gesetzt, die Herrschaft
 der imperialistischen Ausbeuter beseitigt und durch
 die soziale Revolution der Arbeiterklasse die Gesellschaft
 auf sozialistische Weise neu gestaltet haben. Die
 brüderliche Freundschaft zwischen der Sowjetunion
 und der Deutschen Demokratischen Republik, zwischen
 unseren Völkern ist unverbrüchlich und wird immer
 stärker!



НАРОДЫ СССР И ГДР ОБЪЕДИНЯЕТ
 НИКАКАЯ ЦЕЛЬ – ПОСТРОЕНИЕ КОММУНИЗМА

ПРАВДА

ДОГОВОР

БРАТСКАЯ ДРУЖБА, НЕРУШИМАЯ СЛОЖНОСТЬ

В этот великий день в зале Центрального Коммунистического Партии в Горьком подписан Договор о дружбе, сотрудничестве и взаимной помощи между Германской Демократической Республикой и Советским Союзом.



„Dieser Freundschaftsvertrag entspricht in seinem ganzen Wesen dem Charakter unserer Epoche des Sieges des Sozialismus. Er ist ein glänzendes Beispiel für die Regelung der Beziehungen zwischen Völkern, die der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ende gesetzt, die Herrschaft der imperialistischen Ausbeuter beseitigt und durch die soziale Revolution der Arbeiterklasse die Gesellschaft auf sozialistische Weise neu gestaltet haben. Die brüderliche Freundschaft zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik, zwischen unseren Völkern ist unverbrüchlich und wird immer stärker!“

Walter Ulbricht
 zum 5. Jahrestag der Unterzeichnung des
 Freundschaftsvertrages DDR-UdSSR



77

„Vom Brot in den bitteren Nachkriegstagen an, über die ersten tausend Traktoren 1949 bis hin zum größten Erdölstrom und der Lieferung modernster wissenschaftlich-technischer Dokumentationen half uns die Sowjetunion, eine eigene schwerindustrielle Basis zu schaffen und unsere Volkswirtschaft kontinuierlich zu entwickeln. Zugleich wuchs auch der Beitrag, den die DDR mit ihren Mitteln und Möglichkeiten zur Unterstützung des kommunistischen Aufbaus in der Sowjetunion leisten konnte.“

Thesen „20 Jahre DDR“

Auf der Grundlage des Vertrages über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR vom 12. Juni 1964 wurden u. a. folgende bedeutsame Abkommen abgeschlossen:

1. 10. 1964	Abkommen zur Vertiefung der wissenschaftlich-kulturellen Zusammenarbeit
13. 7. 1965	Abkommen über die Erweiterung der Zusammenarbeit bei der Errichtung von Atomkraftwerken in der DDR
3. 12. 1965	Langfristiges Handelsabkommen mit einem Warenumsatz von 60 Milliarden Valuta-Mark für 1966 bis 1970
16. 3. 1966	Bildung einer Paritätischen Regierungskommission für ökonomische und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR
29. 7. 1967	Vereinbarung über die direkte ökonomische und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium für Elektrotechnik und Elektronik der DDR und dem Ministerium für Elektronik der UdSSR
23. 5. 1968	Abkommen über die Lieferung von Erdgas aus der UdSSR in die DDR und die Zusammenarbeit beim Bau einer Erdgasleitung
20. 12. 1968	Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Elektronik und des wissenschaftlichen Gerätebaues, der Kernenergie und moderner Prozesse der chemischen Großproduktion

Erste Datenfernübertragung Leipzig — Moskau — Leipzig — eine wissenschaftlich-technische Großtat sozialistischer Gemeinschaftsarbeit zwischen der DDR und der UdSSR



„Die enge Kooperation mit der Sowjetunion ist eine Lebensnotwendigkeit, das Unterpfand, um die wissenschaftlich-technische Revolution erfolgreich zu meistern“

Thesen „20 Jahre DDR“

„Unsere DDR ist ein großes Land, weil sie zur mächtigen sozialistischen Staatengemeinschaft gehört. Wir sind mit dem Potential der sowjetischen Großindustrie und dem Potential der sowjetischen Wissenschaft verbunden, wir sind mit dem Produktions- und Forschungspotential der anderen sozialistischen Staaten verbunden, und dies bedeutet, daß unsere Wissenschaft gewaltige Perspektiven besitzt.“

Walter Ulbricht, 9. Tagung des ZK der SED, Oktober 1968

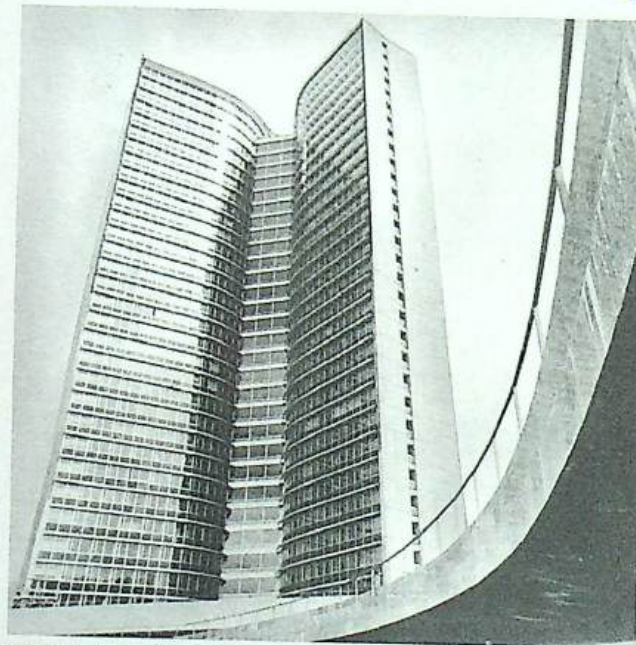
RGW-LÄNDER

18,4% des Territoriums der Erde

10,0% der Weltbevölkerung



31,0% der Industrieproduktion der Welt (1968)



RGW-Hochhaus Moskau



Festsitzung zum 20. Jahrestag der Gründung des RGW, Berlin

Die ökonomische Zusammenarbeit und sozialistische Integration der Länder des RGW ermöglichen, die ökonomischen und wissenschaftlichen Potenzen eines jeden Landes rationeller zu nutzen. Ihr Nationaleinkommen wuchs in den letzten zehn Jahren um 93 Prozent.

Einige gemeinsame Einrichtungen und Industriezweig-Organisationen des RGW

Vereinigtes Energieverbundsystem „Frieden“

Erdölleitung „Freundschaft“

Intermetall

Organisation für die Zusammenarbeit der Wälzlagerindustrie

Gemeinsamer Güterwagenpark

Internationale Bank für Wirtschaftliche Zusammenarbeit

REGISTER

1. Die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei
Tafel: 5, 7, 8, 9, 10, 12, 13, 14, 15, 16, 20, 21, 22, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 38, 40, 43, 45, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 64, 65, 66, 70, 71, 85, 86, 87, 90
2. Die Freundschaft zwischen der DDR und der UdSSR und ihre Zusammenarbeit in der sozialistischen Staatengemeinschaft
Tafel: 3, 6, 21, 27, 31, 54, 55, 77, 78, 79, 80, 89, 90
3. Das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft und den anderen Schichten der Bevölkerung
Tafel: 10, 11, 13, 14, 28, 30, 31, 32, 34, 35, 44, 45, 47, 48, 56, 58, 59, 62, 73, 75, 85, 86
4. Die Staatsmacht der DDR und die Entwicklung der sozialistischen Demokratie
Tafel: 10, 11, 12, 30, 31, 32, 34, 36, 40, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 62, 63, 66, 71, 77, 86, 87, 90
5. Der Demokratische Block und die Nationale Front in der DDR
Tafel: 5, 9, 10, 11, 28, 30, 31, 34, 35, 58, 62, 63, 66, 86
6. Entwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse
Tafel: 15, 16, 24, 39, 44, 47, 48, 49, 59, 64, 69, 73, 75, 76
7. Entwicklung der Klassenstruktur und der Berufstätigen
Tafel: 13, 22, 43, 44, 47, 48, 70, 75, 85
8. Entwicklung der Volkswirtschaft
Tafel: 4, 12, 13, 14, 15, 16, 20, 21, 23, 24, 25, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 59, 67, 68, 69, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 78, 79, 80, 84
9. Der sozialistische Wettbewerb und die Steigerung der Arbeitsproduktivität
Tafel: 20, 21, 23, 38, 40, 41, 42, 60, 71, 72, 90
10. Zur Industrieproduktion in der DDR
Tafel: 20, 23, 24, 37, 38, 41, 42, 68, 69, 72
11. Zur landwirtschaftlichen Produktion in der DDR
Tafel: 13, 14, 25, 44, 45, 46, 73, 74
12. Bildungswesen und Entwicklung von Kultur und Sport
Tafel: 17, 18, 19, 50, 51, 52, 70, 73, 81, 82, 83
13. Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung
Tafel: 26, 49, 53, 68, 76, 84, 86
14. Außenpolitik und Außenwirtschaft der DDR
Tafel: 6, 54, 55, 77, 78, 79, 80, 88, 89
15. Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes und Kampf um die Sicherung des Friedens
Tafel: 6, 27, 29, 30, 31, 54, 55, 60, 77, 87, 90

Herausgegeben von der Parteihochschule „Karl Marx“ beim Zentralkomitee der
Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Lehrstuhl Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Wissenschaftliche Bearbeitung:

Prof. Dr. H. Neef, Dr. W. Beschorner, G. Gonschorek, W. Groß

Grafische Gestaltung: Gerhard Fritzsche, Berlin

Redaktionsschluß: April 1970

Offsetrotationsdruck: (52) Nationales Druckhaus, Berlin

EVP: 9,50 M

Ag 637/1/70

Vervielfältigungsgenehmigung des Mdl Nr.: 1042/69